

Michael Matheus (Hrsg.)

Juden in Deutschland

Institut für
Geschichtliche Landeskunde
an der Universität Mainz e.V.

Mainzer
Vorträge

1



Franz Steiner Verlag Stuttgart

Mainzer Vorträge

1

Herausgeber:
Institut für Geschichtliche Landeskunde an der Universität Mainz

Podiumsdiskussion

VERANSTALTET VOM INSTITUT FÜR GESCHICHTLICHE LANDESKUNDE AN DER UNIVERSITÄT MAINZ E.V.
IN ZUSAMMENARBEIT MIT DEM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

JUDEN IN DEUTSCHLAND HEIMAT ODER DIASPORA ?



SYNAGOGA Chwastek, Rein Blättermann 1994 / 5754 ☉ / Copyright: Institut für Geschichtliche Landeskunde an der Universität Mainz e.V.

LEITUNG: PROF. DR. GUIDO KNOPP / **TEILNEHMER:** IGNATZ BUBIS
PROF. DR. GERRARD BREITBART / PROF. DR. ALFRED HAVERKAMP
DR. ANTON MARIA KEIM / PROF. DR. MICHAEL WOLFFSOHN

DIENSTAG 7. MÄRZ 1995, 19.00 UHR
PLENARSAL DES LANDTAGES RHEINLAND-PFALZ, MAINZ, DEUTSCHHAUSPLATZ

Michael Matheus
(Hrsg.)

Juden in Deutschland

Mit 20 Abbildungen und drei Karten



Franz Steiner Verlag Stuttgart · 1995

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme
Juden in Deutschland / Michael Matheus (Hrsg.). - Stuttgart :
Steiner, 1995
(Mainzer Vorträge ; 1)
ISBN 3-515-06788-4
NE: Matheus, Michael [Hrsg.]; GT



ISO 9706

Jede Verwertung des Werkes außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Übersetzung, Nachdruck, Mikroverfilmung oder vergleichbare Verfahren sowie für die Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen. Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier. © 1995 by Franz Steiner Verlag Wiesbaden GmbH, Sitz Stuttgart. Druck: Druckerei Peter Proff, Eurasburg.

Printed in Germany

Inhalt

Einleitung	6
Alfred Haverkamp Zur Siedlungs- und Migrationsgeschichte der Juden in den deutschen Altsiedellanden während des Mittelalters	9
Friedrich Schütz Die Geschichte des Mainzer Judenviertels.....	33
Fritz Reuter Die Heilige Gemeinde Worms. Zur Geschichte des Oberrheinischen Judentums.....	61
Franz-Josef Heyen Emanzipation, Reform und Selbstbesinnung. Juden in rheinisch- pfälzischen Gemeinden im 19. Jahrhundert	85
Hans-Walter Herrmann Von der Assimilation zur Deportation. Jüdisches Leben in Rheinland- Pfalz zwischen den beiden Weltkriegen.....	101
René Blättermann SYNAGOGA. Die Synagoga im Zyklus Hebräer.....	119
Podiumsdiskussion Juden in Deutschland. Heimat oder Diaspora?	122

Einleitung

Im Jahre 1995 wurde auf vielfältige Weise des Kriegsendes sowie der damit einhergehenden Befreiung der Konzentrationslager vor fünfzig Jahren und zugleich des Massenmordes am jüdischen Volk gedacht. Letztlich stehen wir fassungslos vor dem dunklen Abgrund dieses Grauens, können und dürfen aber nicht sprachlos bleiben, jedenfalls nicht denen das Wort überlassen, die jene Katastrophe in Abrede stellen oder relativieren wollen. Es kommt darauf an, sich immer wieder neu einer Vergangenheit zu stellen, zu der dieser beispiellose Völkermord gehört, an dem nur relativ wenige unmittelbar beteiligt waren, den aber viel zu viele tolerierten bzw. gleichgültig und wegschauend geschehen ließen.

Mit einer Veranstaltungsreihe hat das Institut für Geschichtliche Landeskunde an der Universität Mainz in Zusammenarbeit mit dem Landtag Rheinland-Pfalz im Frühjahr 1995 einen Beitrag zu dieser notwendigen Erinnerungsarbeit leisten wollen. Es handelte sich um wissenschaftliche Vorträge, um eine Ausstellung von Graphiken unter dem Thema „Die Synagoga im Zyklus Hebräer“ sowie um eine Podiumsdiskussion im Plenarsaal des rheinland-pfälzischen Landtages. Diese verschiedenen Veranstaltungsformen boten je eigene Versuche der Annäherung an ein aus deutscher Sicht besonders sensibles Thema. Auf vielfältigen Wunsch können die Erträge der Reihe dank dem Entgegenkommen des Steiner Verlages, namentlich Herrn V. Sievekings, in diesem Band festgehalten und auf diese Weise die kurzlebigen Eindrücke von Vorträgen, Podiumsdiskussion und Ausstellung vertieft und nachbereitet werden. Der Band eröffnet zugleich die neue Reihe „Mainzer Vorträge“, in der auch zukünftig vergleichbare Veranstaltungen des Mainzer Instituts dokumentiert werden sollen.

Der landesgeschichtlichen Zielsetzung des Instituts entsprechend, konzentrieren sich die hier weitgehend unverändert abgedruckten und um Literaturhinweise ergänzten Vorträge auf die Geschichte der jüdischen Gemeinden an Rhein und Mosel. Die Beiträge behandeln einen wichtigen Teil der jahrhundertealten, wechselvollen Geschichte jüdischer Kultur in Deutschland und Europa. Innerhalb des aschkenasischen Judentums haben gerade die Judengemeinden der Bischofsstädte Mainz, Speyer und Worms eine besondere Rolle gespielt. Unter den Herausforderungen der Diaspora hat sich

hier im Mittelalter jüdische Gelehrsamkeit und religiöses Brauchtum in beeindruckender Vitalität entfalten können. Auch schon vor dem Holocaust kam es immer wieder zu Verfolgungen, die Juden ins Elend trieben und viele das Leben kosteten. Das Aufeinanderprallen zweier, jeweils für sich Ausschließlichkeitsanspruch erhebender Religionen und Kulturkreise hat zwar auch Phasen des Mit- oder doch des gegenseitig befruchtenden Nebeneinanders gekannt, aber oftmals dazu geführt, daß die jüdische Minorität von der überwiegend christlichen Majorität ausgegrenzt, vertrieben und ermordet wurde. Aber erst der Prozeß der jüdischen Emanzipation seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert, begleitet von einer schmerzvollen innerjüdischen Diskussion im Ringen um Selbstbesinnung und Reform, endete im systematischen Massenmord und führte damit zum definitiven Verlust ganz wesentlicher Teile jüdischer Substanz.

Mit diesem Massenmord der Nationalsozialisten ist eine spezifische, europäische jüdische Kultur weitgehend und endgültig zerstört worden, auch jene der „Schum-Städte“ Speyer, Worms und Mainz. In den ersten Nachkriegsjahren, welche die wenigen verbliebenen oder zugewanderten Juden in Deutschland als Periode der „gepackten Koffer“ erlebten, schien ungewiß, ob Deutschland ein Land ohne jüdisches Leben sein werde. Seit den sechziger Jahren wird für Juden und Nichtjuden immer deutlicher, daß es auch weiterhin – wenngleich unter völlig veränderten Bedingungen – eine jüdische Geschichte in Deutschland geben wird. Die jüdischen Gemeinden befinden sich derzeit vor allem aufgrund des Zuzugs aus den Ländern Osteuropas vor neuen Herausforderungen und erleben zugleich tiefgreifende strukturelle Veränderungen. Gerade angesichts sich schnell wandelnder Rahmenbedingungen bedarf es der Vergewisserung auf jüdischer und nichtjüdischer Seite über ein stets neu zu gestaltendes Verhältnis zueinander.

In diesem Sinne versuchen die Arbeiten René Blättermanns zum Thema der „Synagoga“ (der vorliegende Band präsentiert drei ausgewählte Arbeiten) alte, komplexe christliche Symbolik über das Judentum in moderne Graphiken einzubeziehen und zu verarbeiten, historische und ästhetische Elemente miteinander zu verbinden, zur Reflexion anzuregen und auf diese Weise zugleich Hoffnung und Versöhnungsbereitschaft zum Ausdruck zu bringen.

Die geringfügig gekürzten und redaktionell überarbeiteten Beiträge der Mitwirkenden an der Podiumsdiskussion spiegeln die schwierige Aufgabe einer Standortbestimmung von Juden und Nichtjuden im wiedervereinigten Deutschland. Das Thema der Diskussion „Juden in Deutschland. Heimat

oder Diaspora?“ wirft die Frage nach der Identität der Deutschen ebenso auf, wie die Frage nach der Identität der Juden in der Bundesrepublik. Hermann Kesten schrieb schon im Jahre 1959: „Wer heute in Deutschland noch ein Antisemit ist, der ist sicherlich ein ordinärer Mensch. Im übrigen waren Antisemiten zu allen Zeiten ordinäre Menschen. Aber darf man deshalb keine Witze mehr über Sachsen oder Juden machen. Haben Juden keine Fehler? Darf man Juden nicht mehr attackieren? Darf man keine Kritik an Israel üben? Soll ich mir meine Tabus von mordenden Antisemiten vorschreiben lassen?“ Im Jahre 1995 erscheint die Zahl „ordinärer“ Antisemiten immer noch viel zu groß; von einem unverkrampfteren Umgang mit Juden, den auch I. Bubis während der Diskussion einforderte, sind die meisten Nichtjuden in Deutschland immer noch weit entfernt. Dazu bedarf es geduldiger, ausdauernder, offener und kritischer Aufarbeitung, die freilich den beispiellosen nationalsozialistischen Massenmord nicht verdrängt und unterschlägt.

Abschließend sei allen gedankt, welche die Veranstaltungsreihe sowie die Drucklegung dieses Bandes durch organisatorische Unterstützung und finanzielle Zuwendungen ermöglicht haben: dem Präsidenten des rheinland-pfälzischen Landtages, Herrn Chr. Grimm, Herrn Direktor A. Issel und der LBS Mainz, der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Herrn Prälat W. Seidel und nicht zuletzt Frau D. Peckhaus, Herrn Dr. E. Rettinger, Frau Dr. S. Schmitt für ihre engagierte Mitarbeit. Herrn Dr. Rettinger danke ich besonders für die sorgfältige redaktionelle Betreuung des vorliegenden Bandes.

Mainz im August 1995

Michael Matheus

Alfred Haverkamp

Zur Siedlungs- und Migrationsgeschichte der Juden in den deutschen Altsiedelländern während des Mittelalters*

Mit meinem Vortrag knüpfe ich an eine Forderung an, die Eugen Taeubler (1879-1953), Gründer des „Gesamtarchivs der deutschen Juden“ (1906), zwischen 1925 und 1933 Ordinarius für Alte Geschichte an der Universität Heidelberg und bis zum selben unseligen Jahr auch Mitglied der Heidelberger Akademie der Wissenschaften, bereits einige Jahre vor dem Ersten Weltkrieg aus dem Blickwinkel der deutschen Geschichte formuliert hat: „Die Erkenntnis der Geschichte der Juden in Deutschland muß [...] in einer Mittellinie vorwärts streben, die ihre Richtung ebenso von der allgemeinen deutschen Geschichte wie von der allgemeinen Geschichte der Juden erhält.“ Zu erfassen sei sie nach den Begriffen „Siedlung, Assimilation und Eigenart“.

* Mit einigen anderen Akzenten habe ich über dasselbe Thema am 9. Februar 1994 an der Hochschule für jüdische Studien in Heidelberg referiert. Herrn Rektor Prof. Dr. Julius Carlebach danke ich auch an dieser Stelle für die ehrenvolle Aufgabe und für sein Verständnis, daß ich den Vortrag in der damaligen Fassung nicht publizieren wollte. Der folgende Text gibt mit einigen, teils technisch bedingten Änderungen das Referat wieder, wie es zu Beginn der Vortragsreihe am 10. Januar 1995 dank der Initiative von Herrn Kollegen Matheus gehalten wurde. Dabei muß leider bis auf wenige Ausnahmen auf die Wiedergabe der im Vortrag gezeigten zahlreichen Karten verzichtet werden, was um so bedauerlicher ist, weil damit die Aussagekraft der kartographischen Methode nur noch ansatzweise verdeutlicht werden kann. Die gezeigten Karten waren weit überwiegend den Dissertationen meiner Schüler Franz-Josef Ziwes und Gerd Mentgen entnommen. Die Arbeit von Herrn Ziwes liegt inzwischen im Druck vor, jene von Herrn Mentgen wird noch 1995 folgen. Für meine vergleichenden Betrachtungen stütze ich mich inhaltlich weitgehend auf diese meines Erachtens auch in methodischer Hinsicht grundlegenden Bände. Den Herren Dr. Mentgen und Dr. Ziwes sowie auch meinem Mitarbeiter Herrn Dr. Friedhelm Burgard bin ich zu Dank verpflichtet, daß Sie der Publikation von Karten aus ihren Arbeiten zugestimmt haben. Herrn Dr. Gerd Mentgen danke ich außerdem für seine wertvolle Hilfe bei der Drucklegung dieser Studie.

Die methodische Maxime Taeublers zielte auf eine Verortung der Geschichte der Juden in ihrer jeweiligen nichtjüdischen Umwelt. Ihre Voraussetzung war eine Überwindung der bis dahin bestehenden scharfen Trennung zwischen der Geschichtswissenschaft vom Judentum einerseits und der allgemeinen, speziell auf die deutsche Geschichte konzentrierten Forschung andererseits. Die Isolation war eine Folge der deutsch-jüdischen Beziehungen seit der Entstehung der Geschichtswissenschaft im 19. Jahrhundert. Sie äußerte sich bei den maßgeblichen Historikern – nicht nur bei den Mediävisten – nichtjüdischer Herkunft fast ausnahmslos derart, daß sie die Geschichte der Juden in ihrem jeweiligen Untersuchungsobjekt ausklammerten und sich damit selbst nicht befaßten. Dies änderte sich auch nicht während der Weimarer Republik. Und auch nach der Schoah und dem Zweiten Weltkrieg verging mehr als ein Vierteljahrhundert, ehe einige wenige deutsche Historiker nichtjüdischer Herkunft erstmals Studien über die Geschichte der Juden im Mittelalter publizierten, was ähnlich auch für die neuzeitlichen Jahrhunderte vor der sogenannten Emanzipation und Assimilation der Juden – also vor der Wende zum 19. Jahrhundert – zutrifft.

Dieser seit den siebziger Jahren unseres Jahrhunderts einsetzende langsame Wandel geht wesentlich auf Fernwirkungen von Forschungsansätzen zurück, die von Historikern jüdischer Herkunft seit dem Anfang des 20. Jahrhunderts konzipiert wurden und vor allem in den letzten Jahren der Weimarer Republik zu Publikationen führten, die noch heute grundlegend und vielfach auch richtungweisend sind – und das auch deswegen, weil diese verheißungsvollen Aktivitäten von den deutschen Nationalsozialisten grausam beendet wurden.

Nur eine durch unser ganzes Jahrhundert führende, für mein Thema unmittelbar relevante Spur will ich Ihnen kurz skizzieren. Vor nun mehr als neunzig Jahren, im Jahre 1903, faßte die „Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft des Judentums“ den Beschluß, unter dem symptomatischen Titel „Germania Judaica“ „ein alphabetisches Verzeichnis aller [Landschaften und] Ortschaften des deutschen Reiches, [in] denen von den ältesten Zeiten bis zu den Wiener Verträgen [also 1815] jüdische Ansiedlungen bestanden [oder hervorragende Juden gelebt] haben, anlegen und deren Geschichte auf Grund der Quellen wissenschaftlich darstellen zu lassen“. Berücksichtigt werden sollten – so heißt es weiter – „alle Nachrichten, die sich auf die äußere und innere Geschichte der [jeweiligen] Gemeinde und auf die hervorragenden Männer, die in ihr gelebt haben, beziehen.“ Die Durchführung des Plans stieß freilich auf erheblich größere Schwierigkeiten als vorhersehbar. Auch wegen des Ersten Weltkriegs konnte der erste Teil

des ersten Bandes, der „von den ältesten Zeiten bis 1238“ reichte, erst 1917 erscheinen. Und es war ebenso wesentlich durch den späteren Verlauf der deutschen Geschichte bestimmt, daß dieser erste Band erst 17 Jahre später, 1934, abgeschlossen werden konnte. In einem geradezu verzweifelten Akt der Selbstbehauptung beschloß die „Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaft des Judentums“ am 4. Juni 1936 die Fortsetzung der Arbeit an der „Germania Judaica“, also am „jüdischen Deutschland“, und dies unter Zurückstellung aller anderen Vorhaben. Es war wie eine Vorahnung der bevorstehenden Ereignisse, daß der Untersuchungszeitraum des zweiten Bandes nicht – wie ursprünglich geplant – mit der Zeit um 1500 begrenzt wurde, sondern mit den Pogromen um die Mitte des 14. Jahrhunderts, als im Zusammenhang des Schwarzen Todes die schwersten Judenverfolgungen in der Geschichte des Judentums in Europa vor der Schoah stattfanden.

Tatsächlich wurden die geradezu fieberhaft betriebenen Vorarbeiten für den zweiten Band durch die Pogrome seit dem 9. November 1938 abgebrochen. Ein Teil der bereits fertiggestellten Artikel für Germania Judaica II wurden vom Rosenberg'schen „Institut für Rassenforschung“ beschlagnahmt. Der Großteil der Unterlagen konnte glücklicherweise ins Exil nach London gerettet werden und gelangte schließlich 1954 nach Jerusalem. Aus diesen Überresten vollendeten jüdische Historiker deutscher Herkunft, die der Ermordung durch die deutschen Nationalsozialisten entkommen waren, in Israel in entsagungsvoller Arbeit den zweiten Band des „jüdischen Deutschland“, der 1968 in Tübingen erschien.

Es hat sich längst als segensreich für die deutsche Geschichtswissenschaft und insbesondere für die Mediävistik erwiesen, daß bald danach jüdische Historiker deutscher Herkunft in Israel den Mut aufbrachten, die Germania Judaica fortzusetzen. Diese gewannen im Jahre 1969 als Herausgeber für den dritten, das Mittelalter mit dem Jahre 1519 abschließenden Band Dr. Arye Maimon. Er war niemand anderer als Herbert Fischer, der – 1903, im „Gründungsjahr“ der Germania Judaica, geboren – 1931 seine von dem an der Universität Breslau wirkenden bedeutenden Historiker Richard Koebner betreute Dissertation über „Die verfassungsrechtliche Stellung der Juden in den deutschen Städten während des 13. Jahrhunderts“ veröffentlichte: und damit ein (1969 ohne sein Wissen wiederaufgelegtes) Werk, dessen methodische Ausrichtung genau der „Mittellinie“ Taeublers folgt und dementsprechend auch die Fruchtbarkeit der Trias von „Siedlung, Assimilation und Eigenart“ erweist.

Herbert Fischer, der auch viele Beiträge zu den ersten beiden Bänden der Germania Judaica beige-steuert hat, war nach seiner im April 1933 aufgrund

des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ erfolgten fristlosen Entlassung aus dem Schuldienst 1937 zunächst nach Costa Rica emigriert und hat dann in Montevideo zeitweise als Milchmann seinen Lebensunterhalt verdient, ehe er 1949 nach Israel einwanderte, dort zunächst als Lehrer in einem Kibbuz und zuletzt als Organisator der Erwachsenenbildung in Tel Aviv wirkte. So kehrte der gebürtige Breslauer erst nach mehr als drei Jahrzehnten mit der *Germania Judaica* in Israel wieder zu seinen wissenschaftlichen Ursprüngen zurück. Auf vielen Reisen in die ihm damals zugänglichen deutschsprachigen Lande ermunterte Arye Maimon eine größere Zahl von zumeist jüngeren Historikern zur Mitarbeit. Seiner Begeisterungsfähigkeit, seiner in bester deutscher Tradition stehenden akribischen Gründlichkeit und seiner reichen Erfahrung sind im wesentlichen die Anfänge einer systematisch ausgerichteten Erforschung der mittelalterlichen Geschichte der Juden in den deutschen Landen seit den siebziger Jahren zu verdanken. Um so tragischer ist, daß Arye Maimon (gest. am 5.12.1988) den Abschluß seines Lebenswerkes mit dem Erscheinen der weiteren Teile des dritten Bandes von *Germania Judaica* nicht mehr erlebt hat.

So versteht es sich von selbst, daß meine Ausführungen auf der *Germania Judaica* fußen. Angeleitet durch den in diesem schicksalsschweren Forschungsprojekt gesammelten und verarbeiteten Erfahrungsschatz stütze ich mich auch auf Forschungen, die meine Schüler, Mitarbeiter und ich selbst seit mehr als zwei Jahrzehnten an der Trierer Universität in ständigem Kontakt vornehmlich mit israelischen Gelehrten betrieben haben. Diese Aktivitäten erhielten seit 1987 ein breiteres Fundament in dem von mir betreuten Teilprojekt „Zur Geschichte der Juden im hohen und späten Mittelalter“ innerhalb des Trierer Sonderforschungsbereichs 235.

Mittlerweile sind innerhalb des Teilprojektes aus den überlieferten Quellen – und damit teils über den bisherigen Forschungsstand einschließlich der *Germania Judaica* wesentlich hinausgehend – alle Daten für eine Siedlungsgeschichte der Juden in einem breiteren geographischen Längsschnitt von den Niederlanden bis nach Lothringen und dem Elsaß und – partiell noch weiter zum Süden vordringend – in die Schweiz, die *Franche Comté* sowie nach Savoyen für die Zeit von den jeweiligen Anfängen jüdischen Lebens im Mittelalter bis zum Beginn des 16. Jahrhunderts erfaßt und bereits mehr oder weniger intensiv ausgewertet worden. Dieser geographische Längsschnitt vom Norden zum Süden, von der Nordsee bis zum Mittelmeer, umfaßt sowohl Gebiete der östlichen Romania als auch der westlichen *Germania*. Er berührt aber auch noch die italienische Romania mit Stichproben, die wir bis nach Piemont ausgedehnt haben. Im Norden befin-

den wir uns im aschkenasischen Judentum, im Süden berühren wir zumindest die sephardische jüdische Kultur im Mittelmeerraum.

In diesem weitgestreckten Untersuchungsgebiet besitzen wir also einen Beobachtungshorizont, der Einblicke in wesentliche Vorgänge der westeuropäischen Geschichte der Juden und zugleich der allgemeinen westeuropäischen Geschichte zwischen Romania und Germania zulässt. Wir begegnen so auch der Gefahr, die jüdische Geschichte mit ihren teils universalen Konnexen durch nationale oder gar moderne nationalstaatliche Barrieren zu verkürzen oder zu zerstückeln.

Andererseits soll mit diesem Ansatz eine „Verortung“ der Geschichte der Juden angestrebt werden: Es soll also systematisch versucht werden, die Juden als Individuen und als Gruppen, in ihren Gemeinschaften, Gemeinden und in ihren anderen Organisationsformen mit ihrem jeweiligen weiteren historischen Umfeld zu erfassen. Dieses Umfeld – und insoweit auch die Lebensbedingungen der Juden – war in den nördlichen mittel- und westeuropäischen Landen weit mehr als etwa auf der iberischen Halbinsel von der christlichen Mehrheit bestimmt. Im Zentrum unseres Interesses stehen die vielseitigen Wechselbeziehungen zwischen Juden und Christen auf den lokalen, regionalen und räumlich weiter ausgreifenden Ebenen und in den diversen Lebensbereichen bis hin zu den unterschiedlichen Formen des Handelns, des Denkens und der Vorstellungen. Dieses Vorhaben kann nur in enger Zusammenarbeit mit kompetenten historisch ausgerichteten judaistischen Gelehrten gelingen, wie wir sie seit Jahren insbesondere mit meinem Kollegen Israel Yuval von der Hebräischen Universität in Jerusalem praktizieren. So gewinnt der Historiker mitten im kontinentalen Europa die einzigartige Chance, die Begegnungen, Konflikte und anderweitigen Beziehungen zwischen zwei Religionen und Kulturen in ihrem ganzen Spektrum zu beobachten und auf diese Weise in universalgeschichtliche Dimensionen vorzustoßen. Um diesen hochgesteckten Zielen näher zu kommen, wird als übergreifendes Vorhaben in unserem Teilprojekt ein kommentiertes Kartenwerk zur Siedlungs- und Migrationsgeschichte der Juden im hohen und vor allem im späten Mittelalter für den bezeichneten Untersuchungsraum vorbereitet.

Im ersten Teil meiner weiteren Ausführungen versuche ich, in groben Zügen einen Einblick über die Siedlungsgeschichte der Juden innerhalb des Regnum teutonicum während des Mittelalters zu vermitteln. Dabei konzentriere ich mich auf die Altsiedellande, die auch im Hinblick auf die jüdische Geschichte insgesamt deutliche Unterschiede zu den vor allem seit der Mitte des 12. Jahrhunderts entstandenen Neusiedellanden jenseits von Elbe

und Saale aufweisen. Innerhalb der deutschen Altsiedellande, in denen die aschkenasischen Juden am frühesten ihre „patria“ fanden, werde ich im folgenden aus den in Mainz naheliegenden Gründen, aber auch aufgrund der erwähnten Vorarbeiten insbesondere von Ziwes und Mentgen näher auf den weiteren Mittelrheinraum und auf das Elsaß eingehen. Nur aus dem Zwang, in insgesamt etwa einer Stunde über fast ein halbes Jahrtausend zu sprechen, wird die Zeit bis zu den katastrophalen Pogromen im unmittelbaren Vorfeld und Zusammenhang des Schwarzen Todes um die Mitte des 14. Jahrhunderts stärker berücksichtigt. Die anschließenden anderthalb Jahrhunderte, in denen die mittelalterliche Geschichte der Juden in Deutschland zu Ende ging und gleichsam nur noch wenige und zudem dünne Fäden für den Übergang in die keineswegs bessere Neuzeit besaß, wird nur noch in ganz wenigen Ausblicken gestreift.

Ein Blick auf die Verbreitung der Niederlassungsorte innerhalb des *Regnum teutonicum* bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts mag genügen, um den hohen Stellenwert des Mittelrhein-Raumes und des Elsaß innerhalb des aschkenasischen Judentums zu erkennen. Bis zu diesem tiefen Einschnitt sind in mehr als tausend Orten Juden nachzuweisen. Davon entfällt mit etwa 190 Belegen fast ein Fünftel auf unsere engeren Untersuchungsräume. Die Bedeutung vor allem des Mittelrhein-Raumes geht über diese quantitativen Befunde hinaus, wie schon die Schum-Städte Speyer, Worms und Mainz zeigen. Diese waren bekanntlich vom ausgehenden 11. Jahrhundert bis in die erste Hälfte des 14. Jahrhunderts die hervorragenden religiösen und kulturellen Zentren des aschkenasischen Judentums. Zugleich waren die Jüdingemeinden von Speyer und Worms die frühesten Empfänger der für die Rechtsstellung des aschkenasischen Judentums maßgeblich gewordenen Privilegien. Dies war wiederum im wesentlichen eine Folge der Tatsache, daß die Kathedralstädte Speyer und Worms zentrale Mittelpunkte der salischen Hauslande waren, die, wie der Mittelrhein-Raum insgesamt, zum Kernbereich der staufischen Reichslande wurden.

Bis etwa zur Mitte des 13. Jahrhunderts, also bis gegen Ende der Regierungszeit Kaiser Friedrichs II., war der Anteil vornehmlich des Mittelrhein-Raumes an den jüdischen Niederlassungsorten noch höher, denn von den damals kaum mehr als hundert Orten mit jüdischer Siedlung befand sich etwa ein Viertel am Mittelrhein und im Elsaß. Und es besteht kein Zweifel, daß insbesondere Mainz einen hohen Rang innerhalb der Grundausstattung der späteren deutschen Lande mit jüdischen Gemeinden seit dem 10. Jahrhundert – also den Anfängen der deutschen Geschichte – besaß. Damals setzte die jüdische Einwanderung unter der Führung auch später hervorra-

gender Geschlechter, wie der Kalonymos-Familie, in größerem Umfang wohl hauptsächlich aus dem südlichen Italien und daneben aus dem südlichen Frankreich ein. Bis zu den schweren Pogromen im Zusammenhang des Ersten Kreuzzugs von 1096 bestand innerhalb des *Regnum teutonicum* nur wenig mehr als ein Dutzend jüdischer Gemeinden, die fast ausschließlich auf die größeren Kathedralstädte, also die urbanen Zentren des ottonisch-salischen Reichs, konzentriert und damit auch in herrschaftlich-politischer Hinsicht eng verknüpft waren.

Eben auch darauf und auf die damit zusammenhängende Stellung innerhalb der *ecclesia universalis* und somit auch der Heilsgeschichte stützte sich auch das Selbstverständnis der Städte nicht zuletzt als *civitas sancta*, was vielfach auch von den frühen christlichen Stadtgemeinden übernommen wurde. Dafür verweise ich beispielhaft nur auf das um die Mitte des 12. Jahrhunderts nachweisbare Siegel der Mainzer Stadtgemeinde mit der auf die „goldene Stadt“ in der Johannes-Apokalypse anspielenden Umschrift *aurea Maguntina Romane ecclesie specialis filia*. Und es ist eben auch ein aufschlußreiches Zeugnis für die noch bei weitem nicht ausgeschöpfte Aussagekraft der von Taebler aufgestellten methodischen Trias von „Siedlung, Assimilation und Eigenart“, wenn – worauf jüngst mein israelischer Kollege und Freund Israel Yuval aufmerksam gemacht hat – in einer hebräischen Chronik aus derselben Zeit Mainz umschrieben wird als: „unsere Mutterstadt, der Ort unserer Väter. Die uralte Gemeinde, die hochgelobte unter allen Gemeinden des Reichs“ und ferner anlässlich des Pogroms von 1096 unter Verwendung eines auf die Zerstörung Jerusalems bezogenen Verses aus den Klageliedern: „Gebrochen ist die mächtige Stütze, der prächtige Stab, die heilige, wie Gold hochgeschätzte Gemeinde Mainz.“

Trotz aller hier nicht weiter artikulierbaren Vorbehalte macht die Übersicht über den Siedlungsbestand bis 1348/49 den enormen Wandel von diesem Fundament jüdischen Gemeindelebens in den wenigen Zentren urbaner Kultur gegen Ende des 11. Jahrhunderts bis zu den schlimmen Pogromen von 1348/49 evident. Nur bei einer regional fokussierten Betrachtungsweise in seinen jeweiligen Ausmaßen, Bedingungsbeziehungen und Auswirkungen auslotbar ist das Faktum, daß die enorme Steigerung und Ausweitung der jüdischen Siedlung zwischen ca. 1250 und 1348 um das Zehnfache in besonderer Intensität innerhalb der letzten Jahrzehnte des 13. und im ersten Drittel des 14. Jahrhunderts erfolgte: und damit in einem Zeitraum, in dem im Jahre 1290 die Juden aus England und aus den angevinischen Fürstentümern auf dem Kontinent und seit 1306 aus den Kronlanden des französischen Königs vertrieben wurden, während Karl II. von Anjou im Jahre

1289 die Juden aus seinen französischen Grafschaften Maine und Anjou auswies und zwischen 1290 und 1293 seine jüdischen *servi camerae regiae* in seinem süditalienischen Regno zu Tausenden zur Taufe zwang.

Diese räumlich und zeitlich weit ausgreifenden Beobachtungen bieten wichtige Orientierungen für unsere engeren Untersuchungsfelder, denen wir uns nun am kartographischen Leitfaden zuwenden.

Die Kartenserie beider Arbeiten wie auch des in Vorbereitung befindlichen kommentierten Kartenwerks beginnt mit einer Bestandsaufnahme um 1250. Die weiteren zeitlichen Querschnitte folgen etwa im Rhythmus von jeweils einem halben Jahrhundert bis zum Ende unseres Untersuchungszeitraumes zu Beginn des 16. Jahrhunderts. Die Siedlungskarten werden ergänzt durch ebenfalls kartographisch fundierte Darstellungen über Judenverfolgungen und andere Aspekte wie insbesondere Migrationen.

In die Siedlungskarten aufgenommen werden generell auch Angaben über die spezifische Qualität der Niederlassungsorte im christlichen Herrschafts- und Sozialgefüge und ebenso über die Ausstattung der jüdischen Gemeinden mit eigenem Friedhof und eigener Synagoge, während die Nachweise für einen Judenrat, jüdische Herbergen und Hospitäler wie auch für andere zentrale Einrichtungen in der jeweiligen Darstellung eingehend berücksichtigt, jedoch zumindest im kommentierten Kartenwerk nicht dargestellt werden.

Mit Hilfe dieser Kriterien läßt sich – unter Berücksichtigung der freilich nur vereinzelt einigermaßen abschätzbaren Zahl der jüdischen Bevölkerung – eine gewisse Hierarchie unter den jüdischen Niederlassungsorten aufzeigen, wobei vor allem den Friedhöfen ein hoher Stellenwert zukommt. Daß dabei eine enge, aber keineswegs starre Beziehung zwischen der urbanen Qualität des Siedlungsorts und der zentralen Rolle der dort ansässigen jüdischen Gemeinde unter den Juden der weiteren Umgebung oder sogar innerhalb des aschkenasischen Judentums besteht, wird ja bereits an den Schum-Städten ersichtlich, aber auch aus dem schon um 1250 feststellbaren Aufkommen der Pfalz- und Königsstadt Frankfurt. Ebenso trug die Ansiedlung von Juden zur urbanen Qualität der Niederlassungsorte in der Regel bei.

Doch schon ein Vergleich mit der Übersicht über die jüdischen Siedlungsorte bis 1348/49, in der im städtereichen Maas-Schelde-Raum oder auch im jüngeren Netz der Hansestädte im weiteren Ostsee-Gebiet Judensiedlungen nur sporadisch auftreten, warnt vor einer kurzsichtigen Generalisierung. Auch in dieser Hinsicht lohnt sich eine landesgeschichtlich vertiefte Betrachtungsweise, wie bereits der Vergleich zwischen den Sied-

lungsbefunden von 1250 und 1300 jeweils im Mittelrhein-Gebiet und dem Elsaß und zwischen diesen beiden Landschaften veranschaulichen kann.

Die erhebliche Zunahme der jüdischen Niederlassungsorte im mittleren Rheingebiet während der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts äußert sich in den insgesamt bis zum Stichjahr 1300 neu hinzugekommenen 36 Orten, so daß der bis 1250 vorhandene Bestand von 21 weit mehr als verdoppelt, ja fast verdreifacht wurde. Offenkundig folgte dieser Zuwachs hier der fortschreitenden Urbanisierung. Dazu trugen die Juden ihrerseits bei, indem sie vor allem durch ihre Handels- und Geldleihetätigkeit die wirtschaftliche Bedeutung ihrer jeweiligen Wohnorte erhöhten und zugleich die finanziellen Einkünfte der Stadt- und Landesherrn und teils auch bereits der christlichen Stadtgemeinden steigerten.

Im Elsaß war der Zugewinn im selben Zeitraum prozentual etwa gleich hoch, doch waren die absoluten Zahlen erheblich geringer, nämlich nur 5 Siedlungen bis 1250 und 14 bis 1300. Obwohl nunmehr Juden in weit mehr Städten heimisch wurden – und dies vornehmlich im südlichen Elsaß, wo in Colmar ein neues Zentrum (neben Straßburg und Hagenau) heranwuchs –, blieb die Zahl der Orte mit Stadtrecht doch noch erheblich größer als die der jüdischen Siedlungen. Diese Diskrepanz ist offenbar dadurch mitbedingt, daß in dieser staufischen Reichslandschaft aufgrund eben dieser spezifischen herrschaftlichen Gegebenheiten viele Orte Stadtrechte erhalten haben, sich aber sonst kaum von Dörfern in anderen Landschaften unterschieden, also für die Juden noch nicht genügend Existenzmöglichkeiten boten.

Dieser Befund ändert sich grundlegend spätestens seit der Wende zum 14. Jahrhundert (siehe Karte 1). Bis zu den Pogromen zur Zeit des Schwarzen Todes stieg die Zahl der von Juden bewohnten Orte von 14 auf etwa 58 an, wobei freilich der Unsicherheitsfaktor bei den auf der Karte insgesamt 10 dörflichen Ansiedlungen sehr hoch ist. Im Oberelsaß waren in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts in allen, vielfach im Abstand von weniger als fünf Kilometern aufeinanderfolgenden urbanen Siedlungen auch Juden ansässig. Derartige Städte massierten sich in der Region zwischen den Flüssen Breusch und Thur bzw. zwischen Molsheim im Norden und Gebweiler bzw. Ensisheim im Süden. Dort sind nur noch in fünf Orten mit Stadtrecht in dieser Zeit keine Juden nachweisbar. Ebendieselbe Region ist der wirtschaftliche Kernraum des Elsaß. Dort herrschte der Weinbau vor, der das wichtigste Exportgut des Elsaß lieferte, und damit eine Intensivwirtschaft mit hohem Kapitalbedarf, aber auch mit großem, allein schon witterungsbedingtem Risiko. Zugleich bot hier die Königsstadt Colmar den Juden bei Verfolgungen noch wirksamen Schutz, wie das militärische Eingreifen eines Teils

der Colmarer Bürger zugunsten der Juden gegen die mörderischen „Armleder“-Banden im Jahre 1338 eindrucksvoll zeigte.

Die Colmarer Judengemeinde gehörte damals zu den überragenden Judengemeinden im Elsaß. Sie besaß ebenso wie jene von Hagenau und Straßburg einen Judenfriedhof, der als Zentralfriedhof auch den in der weiteren Umgebung lebenden Juden zur Verfügung stand. Hinzu kam für das südliche Elsaß ein Judenfriedhof in dem bei Mülhausen gelegenen Rixheim, wo offenbar jedoch keine Juden ansässig waren. Die Distanzen waren stets in einer Tagesreise von höchstens 30 bis 40 km zu überwinden. Noch kürzer waren die Abstände zwischen den etwa fünfzehn Orten, in denen für diese Zeit mehr oder weniger sicher eine Synagoge nachgewiesen werden kann. Diese verteilten sich relativ gleichmäßig, was allein schon eine Mitbenutzung dieses Gebäudes durch die in den benachbarten Orten lebenden Juden zumindest an den hohen Festtagen nahelegt.

Weniger ausgewogen war das Zentralitätsgefüge in demselben Zeitraum im mittleren Rheingebiet (siehe Karte 2), wo die Zahl der Judenniederlassungen während der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts von 57 auf 133 anstieg. Im Vergleich zum Elsaß war die Zahl der Synagogen mit etwa 20 erheblich geringer. Dasselbe gilt für die Judenfriedhöfe, die sich nur in den Schum-Städten und ferner in Koblenz, Frankfurt und Miltenberg befanden und von den abgelegener wohnenden Juden keineswegs immer in einer Tagesreise leicht erreichbar waren. Bezeichnenderweise ist unter diesen sechs jüdischen Gemeinden nur in Miltenberg kein Judenrat und übrigens auch kein jüdisches Hospital nachzuweisen.

In dem sich nunmehr stark verdichtenden jüdischen Siedlungsnetz im Mittelrhein-Raum lebten Juden in relativ zahlreichen Orten ohne Stadtrecht (nämlich in 35 gegenüber 98 Städten). Die Massierung der Niederlassungsorte erfolgte auch hier in den ausgeprägten Weinbaugebieten an Mosel, Lahn, Mittelrheinraben, im Rheingau, in Rheinhessen sowie an der Wein- und der Bergstraße. Dort betrug der Abstand zwischen den von Juden besiedelten Orten – wie im Elsaß – oft nur wenige Kilometer. Im Unterschied zum Elsaß mit seinen noch immer zahlreichen Städten aus dem staufischen Erbe setzten sich im Mittelrheingebiet die diversen Landesherrn trotz scharfer Konkurrenz untereinander viel stärker gegen die früheren Positionen des Königtums durch.

Eben diese Landesherrn, teils aber auch die politisch selbständig agierenden größeren Königs- und Reichsstädte konkurrierten schon aus fiskalischen Gründen untereinander um die Juden. Freilich gerieten die Juden um so mehr in die Interessengegensätze und teils auch militärischen Auseinan-

dersetzungen zwischen diesen Gewalten. Solchen Konflikten waren sie besonders in den kleinen Siedlungsorten um so mehr ausgeliefert, wenn sie bei akuter Gefahr nicht schnell Zuflucht in Burgen oder auch mächtigeren Städten finden konnten. Für diese Verwicklungen nur eine besonders schaurige, aber dennoch symptomatische Begebenheit. Graf Walram von Sponheim hatte wegen seiner hohen Schulden bei Juden des Trierer Erzstifts 1332 die kleine Stadt Kirchberg, den Hauptort der ihm unterstehenden Vorderen Grafschaft, an Erzbischof Balduin von Trier verpfändet. Daraufhin ließen sich in Kirchberg auch finanzkräftige trierische Juden nieder, bei denen sich Walram in der Folgezeit nochmals stark verschuldete. Bald nach dem Tode seines Vaters nutzte Walram offenbar die verbreitete Pogromstimmung im Zusammenhang der bereits erwähnten „Armleder“-Verfolgungen und ließ 1338 gezielt die Kirchberger Juden des Trierer Erzbischofs ermorden. Hingegen befahl er, daß seine eigenen Kirchberger Juden verschont blieben.

Doch bevor wir uns den Verfolgungen und Pogromen als wesentlichen Faktoren für die Siedlungs- und Migrationsgeschichte der Juden zuwenden, sei noch kurz der Frage nachgegangen, woher die Juden stammten, die den doch enormen Zuwachs an jüdischen Niederlassungsorten getragen haben. Diese Frage ist um so dringlicher, als offenbar auch jene Judengemeinden, die schon vor 1300 bestanden, oft während der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts an Mitgliedern wuchsen. In der früheren Forschung ist man zumeist davon ausgegangen, daß der Anstieg der jüdischen Bevölkerung durch den Geburtenüberschuß der in den deutschen Altsiedelländern bereits ansässigen Juden bewirkt worden sei. Genauere Untersuchungen in unserem Teilprojekt lassen jedoch erkennen, daß zudem auch eine Zuwanderung von Juden aus Frankreich nach den 1306 und in den frühen 1320er Jahren nochmals vorgenommenen Vertreibungen aus dem Königreich erfolgt sind.

Eine Zwischenbilanz der Recherchen ist auf einer von Friedhelm Burgard erstellten Karte 3 abzulesen. Nur vereinzelt sind die Indikatoren so überzeugend wie eine Originalurkunde vom Januar 1333, mit der der Graf von Sayn den *Lewe judeus gallicus* und dessen Mutter und Kinder zunächst auf drei Jahre in den seiner Herrschaft unterstehenden Ort Vallendar bei Koblenz aufnahm. Wie Franz-Josef Ziwes nachgewiesen hat, ähneln die Bestimmungen dieses Einzelprivilegs weitgehend jenen, die etwa 100 Jahre früher Hugo von Lusignan als Graf von Angoulême und de la Marche für einen aus Poitiers zugewanderten Juden gewährt hat. Aufgrund weiterer Indizien kann er sogar die weitergehende These wagen, daß offenbar über diese Zuwanderer aus der Romania – und unter Vermittlung des ebenfalls

mit der Romania bestens vertrauten Trierer Erzbischofs Balduin von Luxemburg – in der Germania das bis dahin dort unbekannte Privileg für einzelne Juden und deren Familien als Modell transferiert wurde. Diese Form der Privilegierung wurde seit den Wiederansiedlungen nach dem Schwarzen Tod in den deutschen Landen weit verbreitet und vielerorts zur Regel.

Im übrigen führte die Zuwanderung von romanischen Juden teils auch zu Konflikten mit den einheimischen Juden. So wird 1312 in Worms festgelegt, daß u.a. kein *walich* – also kein Welscher, was sehr wahrscheinlich einen Angehörigen einer aus der Romania eingewanderten Familie dieses Namens meint – in den Judenrat aufgenommen werden dürfe. Im Jahre 1338 stellte die Straßburger Stadtgemeinde 16 Jüdinnen und Juden – „teils mit, teils ohne Familie“ – einen neuen Schutzbrief aus, in dem es eingangs ausdrücklich heißt, er gelte nur für die *Tutschen* [Juden] ..., *die in unserre stat zu Strazburg geseszen sind*. Vereinzelt findet sich sogar bei einem Juden von Masmünster im südlichen Elsaß der Beiname „der Engländer“, was auf einen 1290 aus England vertriebenen Immigranten rückschließen läßt. Jedenfalls ist die Migration von Juden über die französisch-deutsche Sprachgrenze auch noch in späterer Zeit erheblich größer gewesen, als die Forschung bisher angenommen hat.

Erstmals fanden in den deutschen Altsiedelländern etwa gleichzeitige Pogrome in mehreren Orten im engen Zusammenhang mit dem Ersten Kreuzzug im Jahre 1096 statt. Betroffen waren davon Juden in Metz, Trier, Köln, Mainz, Worms und Speyer, damals wohl die einzigen Judengemeinden in unserem weiteren Untersuchungsraum. Trotz dieses tiefen Einbruchs in das christlich-jüdische Verhältnis haben sich die Judengemeinden in diesen Kathedralstädten mit Ausnahme von Metz relativ schnell an ihren ursprünglichen Plätzen inmitten des urbanen Lebens regeneriert. Tatsächlich beschränkten sich in den nächsten etwa 190 Jahren Pogrome zu unterschiedlichen Zeiten auf relativ wenige Orte: oft, wie in Bacharach (1146) und Aschaffenburg (1147), in Mainz (1188) und in Speyer (1196) wiederum in Zeiten der Kreuzzugsstimmung.

Diese immerhin fast 200 Jahre umfassende Phase, in der – wie wir gesehen haben – das jüdische Siedlungsgefüge vor allem am Mittelrhein sich erheblich verdichtete, endete in eben dieser Region in den achtziger Jahren des 13. Jahrhunderts. Ein böses Fanal bildete der Pogrom in Mainz und Bacharach am Ostermontag 1283. Er entzündete sich jeweils an einer Ritualmordbeschuldigung, jenem antijüdischen Stereotyp, das zuvor schon an vielen Orten Westeuropas Motiv oder doch Anlaß zu Pogromen gewesen war, jetzt aber das erste Mal im mittleren Rheingebiet sich so verheerend

auswirkte, daß davon – wie die Annalen von Worms bezeugen – die „Juden in ganz Deutschland erschüttert“ wurden (*feria secunda pasche christiani in civitate Moguntinensi Iudeos invaserunt, multis ex eis occisis, omnem substantiam eorum sibi diripuerunt; que plaga omnes Iudeos per totam Alemanniam percussit*; *Annales breves Wormatienses*, MGH SS XVII, S. 74). Mit den Pogromen in Mainz und Bacharach war auch die Ermordung von 13 Juden am Freitag nach Ostern desselben Jahres in dem raugräflichen Flecken Rockenhausen verknüpft. Hingegen war der Pogrom in Koblenz – wohl im Sommer desselben Jahres – in Auseinandersetzungen zwischen dem Trierer Erzbischof (dem Herrn der Stadt und der Judengemeinde) und Oppositionsgruppen in der Stadt begründet.

Nur wenige Jahre später löste der Vorwurf des Ritualmordes an Werner „von Oberwesel“ – angeblich am Karfreitag 1287 geschehen – im Frühjahr und Sommer desselben Jahres eine viel weiter ausgreifende Pogromwelle aus. Sie wirkte sich auch noch nördlich unseres Untersuchungsgebietes in Andernach, Sinzig und Altenahr und noch in wenigen anderen nördlicher gelegenen Orten bis zum niederrheinischen Kempen aus. Doch konzentrierte sie sich ansonsten auf den Mittelrhein und die untere Mosel, eben auf ausgeprägte Weinbaugebiete. Und so mag es auch nicht überraschen, daß „der gute Werner“ – wenn auch bisher erst für das 16. Jahrhundert nachgewiesen – später bis in die Franche Comté, die Auvergne und Bourgogne als Patron der Winzer verehrt wurde.

Nur wenig mehr als ein Jahrzehnt nach dieser ersten größeren Verfolgungswelle des Spätmittelalters brach nach einer angeblichen Hostienerschändung im fränkischen Städtchen Röttingen eine Pogromflut los, die sich im Sommer 1298 über weite Teile Frankens ausbreitete. Sie wirkte sich bis zum Osten unseres Untersuchungsraumes aus und griff sogar bis nach Weinheim an der Weschnitz aus. Erwähnt sei nur noch, daß diese schlimmen Vorgänge, die wohl mehr Juden das Leben kosteten als die Kreuzzugsverfolgungen insgesamt, durch den Thronstreit zwischen König Adolf von Nassau und Albrecht von Habsburg stark beeinflusst waren.

Hingegen blieb das Elsaß bis an die Wende zum 14. Jahrhundert sogar von lokalen Pogromen frei. Ein erster Einbruch erfolgte hier – wenn auch insgesamt nur in kleineren Orten und mit geringer räumlicher Ausstrahlung – im Jahre 1309. Hauptort und Ausgangspunkt dieses Serienpogroms war Rufach mit einem Überfall auf die dortigen Juden, die – ebenso wie jene aus Sulz – dem Straßburger Bischof unterstanden. Und in ebendemselben Rufach begann im Januar 1338 eine Reihe von Verfolgungen, die gemeinhin als „Armleder“-Pogrome bezeichnet werden. Diese Pogromwelle kon-

zentrierte sich auf die Verdichtungszone jüdischer Siedlungen im elsässischen Weinbaugebiet, griff aber noch zum Süden weiter aus. Ausgehend von einem politisch bedingten Konflikt mit dem Straßburger Bischof, nahm diese Judenverfolgung im Elsaß die Formen eines Kreuzzugs an. An dessen Spitze stand ein „rex Armleder“, ein Schankwirt namens Johann Zimberlin, mit dem angeblich göttlichen Auftrag, das Martyrium Christi an allen Juden zu rächen und sie vom Erdboden zu vertilgen, aber auch ein adliger Burggraf von Dorlisheim. Jedenfalls setzten sich die „Judenschläger“ keineswegs nur aus dem niederen Landvolk zusammen.

Dabei wurde im Elsaß nur nachgeahmt, was 1336 in Franken unter der Anführung des aus seiner Heimat verbannten Ritters Arnold von Uissigheim, König Armleder genannt, begonnen hatte. Im Spätsommer des folgenden Jahres griff die Pogromhetze auf die Umgebung Frankfurts, die Lahn, den Mittelrhein und die untere Mosel über. So wurden hier – fünfzig Jahre nach den Pogromen wegen Werner „von Oberwesel“ – an nicht wenigen Orten (wie Oberwesel, Boppard, Koblenz, Alken, Münstermaifeld, Cochem und Kirchberg) die Juden erneut schwer heimgesucht. Es sei nur an die geschilderten Vorgänge in Kirchberg im Jahre 1338 erinnert, um jedenfalls anzudeuten, wie stark die zweifellos weit verbreitete antijüdische Stimmung durch lokale oder doch sehr eng begrenzte politische und wirtschaftliche Motive selbst einzelner Herrschaftsträger zu grausamen Pogromen gesteigert werden konnte. Erst diese schweren Judenverfolgungen scheinen zumindest an einigen der genannten Orte das Ende der jüdischen Gemeinde oder sogar jeglicher Niederlassung von Juden herbeigeführt zu haben, wie dies sicher für Oberwesel und wahrscheinlich auch für Bacharach zutrifft.

Auch andere Indizien sprechen dafür, daß die sogenannten Armleder-Verfolgungen an Mittelrhein und Mosel die bis dahin noch anhaltende Expansion jüdischer Siedlung beendet haben. So mußte sich auch Erzbischof Balduin von Luxemburg im Mai 1338 gegenüber der Trierer Stadtgemeinde zur Begrenzung der im Herzen der Stadt lebenden Trierer Judengemeinde auf nicht mehr als 50 hausgesessene Familien vertraglich verpflichten. Zugleich verschlechterte sich – zumindest im Erzstift Trier – auch die rechtliche Stellung der Juden: auch infolge ihres gewachsenen Schutzbedürfnisses, das sie noch stärker von ihren diversen Herren und potentiellen, aber eben nur höchstens beschränkt wirksamen Schutzgewalten abhängig machte. Es war zugleich die Zeit, in der die Urbanisierung in den deutschen Altsiedelländern kaum noch voranging oder doch längst ihren Höhepunkt überschritten hatte.

Zu diesen insgesamt erheblich verschlechterten Rahmenbedingungen jüdischer Existenz kam seit 1346 mit dem wittelsbachisch-luxemburgischen Thronstreit ein weiterer politisch destabilisierender Faktor hinzu, von dem die Juden vor allem in den alten Reichslanden in Franken, am Mittelrhein und auch im Elsaß besonders stark betroffen waren. Entscheidend wurde jedoch die existentielle Bedrohung aller Menschen durch die *pestilentia permaxima et adhuc inaudita*, den Schwarzen Tod. Die weitaus meisten Pogrome fanden vor dem jeweiligen Ausbruch der Pest statt. Viel wirksamer waren die Angst vor dem unberechenbaren Tod und die dadurch wesentlich herbeigeführte Entfesselung inhumaner Einstellungen und Verhaltensweisen bei einem großen Teil der christlichen Bevölkerung. In diesem Klima erhielt der Vorwurf der Brunnenvergiftung gegen die Juden seine verheerende Wirkung, die von diversen Individuen und Gruppen aus sehr unterschiedlichen Interessen – nicht nur aus in engerem Sinne materiellen, sondern nicht zuletzt auch politischen – gesteuert werden konnte und auch zu planvollem Mord an Juden genutzt wurde.

Im Gebiet des Mittelrheins blieben die Juden offenbar in kaum einem ihrer Siedlungsorte von den Massakern, die manchmal auch in das teuflische Gewand rechtlich geregelter Verfahren gekleidet wurden, verschont.

Das Ausmaß der Katastrophe von 1348/49 im Elsaß läßt sich bereits im Vergleich zwischen dem Siedlungsbestand bis zum Schwarzen Tod und jenem für die Zeit von 1351-1400 erahnen. Mit 29 Niederlassungsorten ist nur noch die Hälfte der Orte vor 1348/49 bezeichnet. Unter diesen 29 Belegen sind zudem mindestens 8 unsicher. In fast allen Fällen ließen sich die Juden nach 1349 in Orten nieder, wo sie bereits zuvor ansässig gewesen waren – und dies waren ausschließlich Städte, darunter vorzüglich solche, in denen schon vor 1349 eine Synagoge und insbesondere ein Friedhof bestanden. Freilich – und dies ist nicht genug zu betonen: Selbst in diesen noch verbliebenen Orten waren die jüdischen Gemeinden, sofern sie sich überhaupt wieder etablieren konnten, erheblich kleiner als vor 1348/49. Ebenso fällt ins Gewicht, daß sich Juden in denselben Orten während der zweiten Hälfte des 14. Jahrhundert nicht kontinuierlich aufhielten.

Am frühesten erfolgte die Wiederansiedlung offenbar in Hagenau (1354), einige Jahre danach in Colmar und wiederum noch etwas später in Mülhausen; in Straßburg erst am Ende der sechziger Jahre. Und eben aus dieser oberrheinischen Metropole wurden die Juden bereits im Jahre 1390 – also nach etwa zwei Jahrzehnten – vertrieben, nachdem schon zuvor die ohnehin gegenüber der Zeit vor 1349 erheblich kleinere Straßburger Stadtgemeinde nochmals in ihrer Mitgliederzahl erheblich zurückgegangen war.

Die Vertreibung der Juden aus der Freien Stadt Straßburg schon im Jahre 1390 – vier Jahre vor der weit über das Mittelalter hinaus wirksamen endgültigen Vertreibung der Juden aus dem Königreich Frankreich und kurz vor den schrecklichen Pogromen auf der iberischen Halbinsel – bildete das Fanal (in manchen Fällen vielleicht sogar das Modell) für die seit dem Beginn des 15. Jahrhunderts auf immer breiterer Front erfolgenden Vertreibungen der Juden aus Städten und Territorien in den deutschen Ländern.

Auf diesem durch die Vertreibung von 1390 nochmals geminderten Niveau konservierte sich das jüdische Siedlungsgefüge im Elsaß im wesentlichen in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts. Die Reduktion auf die alte Kernlandschaft im südlichen Elsaß – also auf die Weinwirtschaftslandschaft – gewann jedoch schärfere Konturen. Das Judentum blieb im Elsaß auch noch bis 1479 stadtsässig. Freilich dünnt sich nun die alte Kernlandschaft noch weiter aus.

Einen tiefen Einschnitt bewirkte eine Verfolgungs- und Fluchtwelle 1476/77, der eine Ausweisung der Juden aus den Orten des Hochstifts Straßburg folgte. Ein wesentliches, langfristig wirksames Ergebnis bestand darin, daß die Juden seit dieser Zeit nicht mehr überwiegend in urbanen Zentren lebten, sondern in dörflichen Siedlungen. Doch selbst in den Städten war die Zahl der dort ansässigen Juden vielfach auf eine – wie sogar in Hagenau zu Anfang des 16. Jahrhunderts – oder doch ganz wenige Familien begrenzt. Und selbst diese lebten oft nur für eine ganz kurze Zeit in dem jeweiligen Ort. Größere funktionierende jüdische Gemeinden waren zu einer Ausnahmeerscheinung geworden. Das Leben der Juden war nun durch Instabilität und Individualisierung gekennzeichnet. Das Zeitalter des Dorfjudentums begann und damit eine neue Epoche, die im Elsaß zwar am Ende des Mittelalters einsetzte, aber eben nicht mehr typisch mittelalterlich, vielmehr neuzeitlich ist. Die Zahl der Judenniederlassungen erreichte etwa jene aus der Zeit vor 1348/49, doch die Qualität der Lebensbedingungen der Juden hatte sich grundlegend verschlechtert.

Etwa zur gleichen Zeit waren die erzwungene Instabilität, Individualisierung und Verdörflichung auch im weiteren Mittelrheingebiet bereits zu weithin bestimmenden Formen jüdischer Lebensweise geworden. Auch hier erwiesen sich die Pogrome zur Zeit des Schwarzen Todes, die die Juden in etwa 85 Orten heimgesucht hatten, als ein Faktor, der das jüdische Siedlungsgefüge tiefgreifend veränderte. Zwar ließen sich Juden schon relativ früh wieder in den alten jüdischen Metropolen Speyer (1352), Worms (1353) und Mainz (1356) nieder, doch waren die Rahmenbedingungen zur Regeneration der jüdischen Gemeinden insgesamt viel ungünstiger gewor-

den als im hohen Mittelalter und selbst noch in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts. Im selben Jahr 1390, in dem die Straßburger Juden aus der elsässischen Metropole vertrieben wurden und in dem König Wenzel im Interesse von Adel und Fürsten erneut eine Annullierung der Schulden bei Juden gestattete, ließ der rheinische Pfalzgraf Ruprecht II., wohl im September oder Oktober, die jüdischen Glaubensgenossen aus den Orten seines engeren Territoriums ausweisen. So wurde die Heidelberger Synagoge, die inzwischen zu *unser frauwen capellen* – also zu einer Marienkapelle – umgewandelt worden war, zusammen mit den ehemaligen Judenhäusern im Mai 1391 der Heidelberger Universität übereignet. Von der pfalzgräflichen Vertreibung waren außerdem die Juden in Bacharach, Alzey, Neustadt, Ladenburg und Weinheim betroffen.

Nur erwähnt seien noch die Vertreibung der Juden aus dem Erzstift Trier am Ende des Jahres 1418, das durch solche Akte herbeigeführte Ende der hervorragenden Judengemeinde von Speyer in den Jahren 1405 und 1435 und das von Vertreibungen und Wiederzulassung zwischen 1438 und 1470 extrem beeinträchtigte Schicksal der Mainzer Judengemeinde.

So stellte der Reichserbkämmerer Konrad von Weinsberg, der Beauftragte des Kaisers für die Judensteuer, im Juli 1439 resignierend fest, daß in Mainz, in Speyer, in Wimpfen und einer Reihe anderer Städte des Reiches keine Juden mehr seien; Konstanz und Heilbronn hätten ihre Juden zum Abzug aufgefordert und auch von Frankfurt seien die reichsten Juden abgewandert. Und derselbe Experte konstatierte wenige Jahre zuvor, daß fast überall im Reich *due Judischheit also geleidiget, besweret, besetzt, fluchtig gemacht und vertrieben sei*.

Wie sich diese insgesamt negativen Tendenzen bis zum Ende des Mittelalters auf die „Judischheit“ in der mittelhheinischen Zentrallandschaft des aschkenasischen Judentums ausgewirkt hat, zeigt eindrucksvoll ein Vergleich zwischen dem Siedlungsbestand bis etwa 1348 und jenem für die Zeit zwischen 1501 und 1520. Die krassen Unterschiede zu den ersten Jahrzehnten des 14. Jahrhunderts sprechen für sich, zumal wiederum berücksichtigt werden muß, daß die Juden in den ihnen zu Anfang des 16. Jahrhunderts noch verbliebenen Siedlungsorten zumeist nicht nur in viel geringerer Zahl, sondern auch viel unstetiger und insgesamt unter weitaus schlechteren Bedingungen lebten.

Diese qualitativen Verschlechterungen wirkten sich seit dem Ende des Mittelalters in manchen Fällen auch bis auf den engsten räumlichen Lebensbereich der Juden aus. Während sie bis dahin trotz der schweren Pogrome in den größeren Städten fast ausnahmslos inmitten des urbanen Le-

bens ihre Heimstätten und Wohnviertel besaßen oder sich dort selbst nach 1348/49 wieder ansiedeln konnten, wurden sie jetzt auch topographisch stärker ausgegrenzt und in die städtischen Randzonen verdrängt, sofern sie nicht ganz aus den Städten vertrieben wurden. In der Tat war es eine Ersatzhandlung für die andernorts vielfach bereits durchgeführte Vertreibung, daß der Rat der Frankfurter Reichsstadt die Juden 1462 von ihrem bisherigen zentralen Siedlungsort nahe der Bartholomäuskirche, dem Wahlort des *rex Romanorum*, verdrängte und gegen ihren Willen in ein Areal nahe der staufischen Stadtmauer – in peripherer Lage – umsiedelte. Die Juden hatten sich dagegen vergeblich unter anderem mit dem Argument gewehrt, sie verlören derart auch den Schutz ihrer wehrhaften christlichen Nachbarn.

Doch eine solche extreme Ghetto-Bildung blieb in den deutschen Landen auch noch in den letzten Jahrzehnten des Mittelalters eine Ausnahme. Viel verbreiteter waren die Vertreibungen aus den Städten. So blieb den Juden zumeist nur noch die Möglichkeit, durch eine Niederlassung in einer dörflichen Siedlung nahe den größeren Städten gleichsam besuchsweise am urbanen Wirtschaftsleben zur partizipieren. Und eben dieser Tatbestand spiegelt sich beispielsweise im Siedlungsbestand um die erzstiftische Stadt Koblenz, in der der Erzbischof erst im Jahre 1518 – hundert Jahre nach der Vertreibung der Juden aus dem Erzstift – die Ansiedlung von mehreren jüdischen Familien durchsetzen konnte.

Brechen wir hier, an der Wende zur Neuzeit, ab in der Hoffnung, daß meine kartographisch verankerten Skizzen – gleichsam aus der Vogelperspektive – doch erste Einblicke in die Aussagemöglichkeiten einer systematisch betriebenen Siedlungs- und Migrationsgeschichte der Juden vermitteln können. Ein solches Vorgehen ist jedenfalls eine unabdingbare Voraussetzung für eine genauere Betrachtung des jüdischen Lebens in der jeweiligen christlichen Umgebung – also vor Ort gleichsam aus der Fußgängerperspektive – und damit für eine vertiefte Analyse der vielfältigen wechselseitigen Beziehungen von Christen und Juden an ihren intensivsten Berührungspunkten: in der Nachbarschaft, auf den Straßen und Märkten, in Städten und Dörfern. Auf diese Weise ist auch eine bessere Kenntnis des friedlichen oder doch gewaltfreien Zusammenlebens von Christen und Juden möglich, das in nicht wenigen deutschen Orten und Städten für mehrere Jahrhunderte des Mittelalters bestand. Dieses Faktum wird sonst allzu leicht in der Flut von Nachrichten über Konflikte, Verfolgungen und nicht selten systematisch betriebene Morde von Christen an Juden übersehen, weil die zumeist allein zur Verfügung stehenden schriftlichen Quellen über die guten oder doch nicht nur schlechten Gegebenheiten auch im Hinblick auf die

Kontakte zwischen Christen und Juden in der Regel schweigen. In diesem weiteren Spektrum werden trotz aller Gegensätze und schweren Konflikte – und zugleich in diesen – auch die Gemeinsamkeiten zwischen Juden und Christen besser erkennbar. So kann es um so fundierter gelingen, die Juden als Bestandteil unserer eigenen Geschichte zu begreifen. Dafür ist der Brückenschlag zwischen den Historikern der „allgemeinen deutschen Geschichte“ und den Kennern der „allgemeinen Geschichte der Juden“ notwendig.

Mit diesem Rückgriff auf die eingangs zitierte Richtschnur Eugen Taeublers aus dem Anfang unseres Jahrhunderts wird die große Wegstrecke deutlich, die in der Erforschung der Geschichte der Juden und ihrer angemessenen Verankerung im kollektiven historischen Bewußtsein vor allem der Deutschen noch zurückzulegen ist.

Literaturauswahl

Klaus ARNOLD: Die Armlerbewegung in Franken 1336, in: Mainfränkisches Jahrbuch für Geschichte und Kunst 26, 1974, S. 35-62.

Thomas BARDELLE: Juden in einem Transit- und Brückenland. Studien zur Geschichte der Juden in Savoyen-Piemont bis zum Ende der Herrschaft Amadeus' VIII. [1398-1434], Hannover 1995 (Forschungen zur Geschichte Juden, Abteilung A: Abhandlungen, 4) (im Druck).

Friedhelm BURGARD: Zur Migration der Juden im westlichen Reichsgebiet im Spätmittelalter, in: Alfred HAVERKAMP, Franz-Josef ZIWES (Hgg.): Juden in der christlichen Umwelt während des späten Mittelalters, Berlin 1992 (ZHF-Beiheft, 13), S. 41-57.

Ismar ELBOGEN: Von Graetz bis Dubnow. Fünfzig Jahre jüdischer Geschichtsforschung, in: Festschrift zu Simon Dubnows siebzigstem Geburtstag, hg. v. Ismar ELBOGEN u.a., Berlin 1930, S. 7-23.

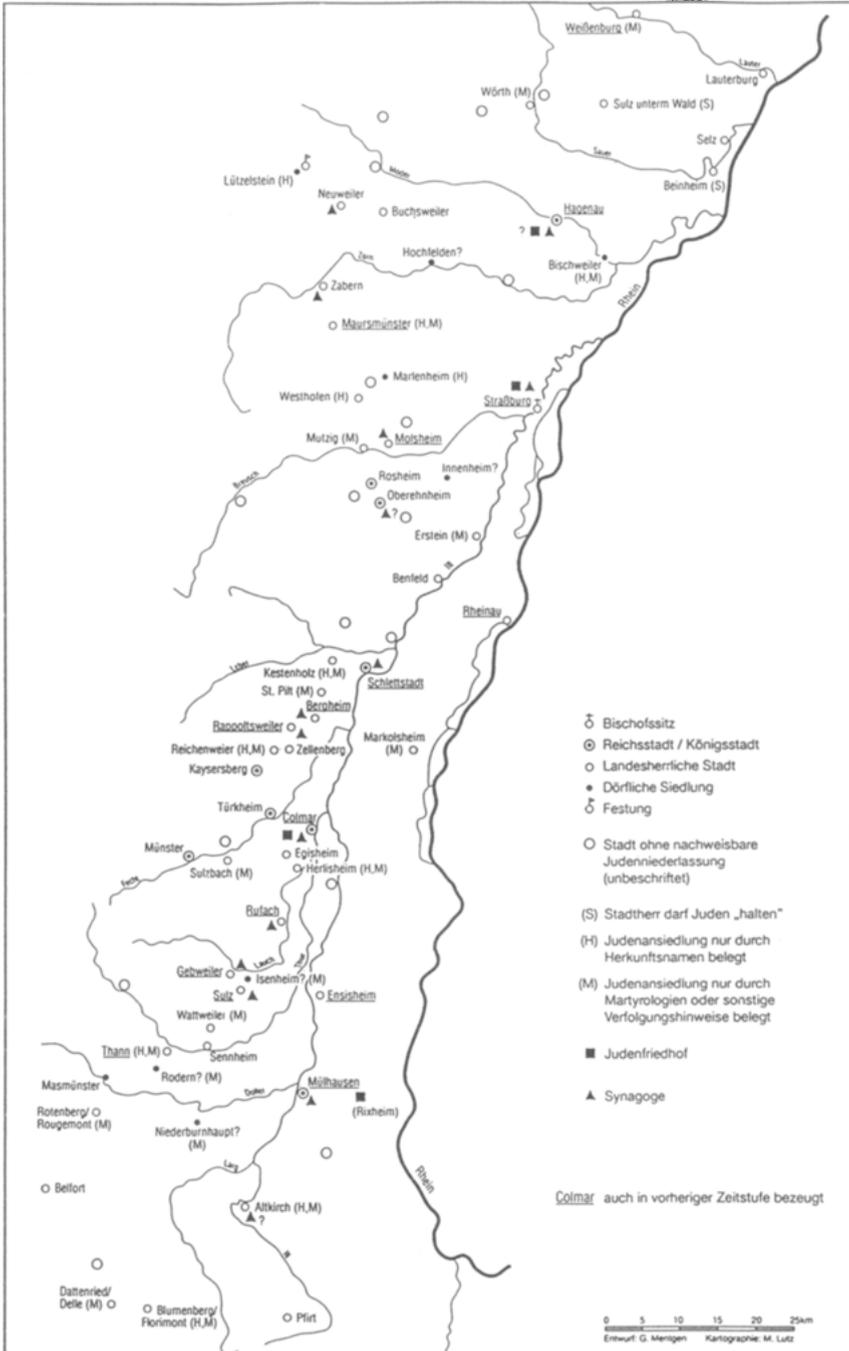
Herbert FISCHER: Die verfassungsrechtliche Stellung der Juden in den deutschen Städten während des 13. Jahrhunderts, Breslau 1931 (Ndr. Aalen 1969) (Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte, 140).

Germania Judaica, Bd. I: Von den ältesten Zeiten bis 1238, hg. von Ismar ELBOGEN u.a., Tübingen 1963, Bd. II: Von 1238 bis zur Mitte des 14. Jahrhunderts, hg. v. Zvi Avneri, 2 Tlbd., Tübingen 1968, Bd. III: 1350-1519, Tlbd. 1, hg. v. Arye MAIMON, Tübingen 1987, Tlbd. 2, hg. v. Arye MAIMON s.A., Mordechai BREUER und Yacov GUGGENHEIM, Tübingen 1995.

- František GRAUS: Pest – Geißler – Judenmorde. Das 14. Jahrhundert als Krisenzeit, 2., durchgesehene Aufl. Göttingen 1988 (Veröffentlichungen des Max-Planck-Instituts für Geschichte, 86).
- Alfred HAVERKAMP: „Concivilitas“ von Christen und Juden in Aschkenas, in: Robert JÜTTE, Abraham P. KUSTERMAN (Hgg.): Jüdische Gemeinden und Organisationsformen von der Antike bis zur Gegenwart, Wien, Köln, Weimar 1995 (ASCHKENAS-Beiheft) (im Druck).
- DERS.: Erzbischof Balduin und die Juden, in: Franz-Josef HEYEN (Hg.): Balduin von Luxemburg. Erzbischof von Trier – Kurfürst des Reiches, 1285-1354, Mainz 1985 (Quellen und Abhandlungen zur mittelhheinischen Kirchengeschichte 53), S. 437-483.
- DERS.: The Jewish Quarters in German Towns during the Late Middle Ages, in: Ronnie Po-chia HSIA, Hartmut LEHMANN (Hgg.): In and Out of the Ghetto: Jewish-Gentile Relations in Late Medieval and Early Modern Germany, New York 1995 (im Druck).
- DERS.: Die Juden im Erzstift Trier während des Mittelalters, in: Alfred EBENBAUER, Klaus ZATLOUKAL (Hgg.): Die Juden in ihrer mittelalterlichen Umwelt, Wien, Köln, Weimar 1991, S. 67-89.
- DERS.: Die Judenverfolgungen zur Zeit des Schwarzen Todes im Gesellschaftsgefüge deutscher Städte, in: DERS. (Hg.), Zur Geschichte der Juden im Deutschland des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit, Stuttgart 1981 (Monographien zur Geschichte des Mittelalters, 24), S. 27-93.
- DERS.: Lebensbedingungen der Juden im spätmittelalterlichen Deutschland, in: Dirk BLASIUS, Dan DINER (Hgg.): Zerbrochene Geschichte. Leben und Selbstverständnis der Juden in Deutschland (Fischer Taschenbuch), Frankfurt am Main 1991, S. 11-31.
- Robert JÜTTE: Die Emigration der deutschsprachigen „Wissenschaft des Judentums“. Die Auswanderung jüdischer Historiker nach Palästina 1933-1945, Stuttgart 1991.
- Adolf KOBER: Die Geschichte der deutschen Juden in der historischen Forschung der letzten 35 Jahre, in: Zeitschrift für die Geschichte der Juden in Deutschland 1 (1929), S. 13-23.
- Friedrich LOTTER: Hostienfrevelvorwurf und Blutwunderfälschung bei den Judenverfolgungen von 1298 („Rintfleisch“) und 1336-1338 („Armlleder“), in: Fälschungen im Mittelalter. Internationaler Kongreß der

- MGH, München, 16.-19. September 1986, Teil V, Hannover 1988 (Schriften der MGH, 33/5), S. 533-583.
- Gerd MENTGEN: Die Juden des Mittelrhein-Mosel-Gebietes im Hochmittelalter unter besonderer Berücksichtigung der Kreuzzugsverfolgungen, in: Monatsblätter für evangelische Kirchengeschichte des Rheinlandes 1995 (im Druck).
- DERS.: Die Ritualmordaffäre um den „Guten Werner von Oberwesel“ und ihre Folgen. In: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 1995 (im Druck).
- DERS.: Studien zur Geschichte der Juden im mittelalterlichen Elsaß, Hannover 1995 (Forschungen zur Geschichte der Juden, Abteilung A: Abhandlungen, 2).
- Dieter MERTENS: Christen und Juden zur Zeit des ersten Kreuzzuges, in: Bernd MARTIN, Ernst SCHULIN (Hgg.): Die Juden als Minderheit in der Geschichte, München 1981, S. 46-67.
- David N. MYERS: The Fall and Rise of Jewish Historicism: The Evolution of the Akademie für die Wissenschaft des Judentums (1919-1934), in: The Hebrew Union College Annual 63 (1992), S. 107-145.
- DERS.: Eugen Täubler. The Personification of „Judaism as Tragic Existence“, in: Leo Baeck Institute, Year Book 39 (1994), S. 131-150.
- Eugen TAEUBLER: Aufsätze zur Problematik jüdischer Geschichtsschreibung 1908-1950, hg. u. eingeleitet v. Selma STERN-TAEUBLER, Tübingen 1977 (Schriftenreihe wissenschaftlicher Abhandlungen des Leo Baeck Instituts, 36).
- Michael TOCH: Siedlungsstruktur der Juden Mitteleuropas im Wandel vom Mittelalter zur Neuzeit, in: Alfred HAVERKAMP, Franz-Josef ZIWES (Hgg.): Juden in der christlichen Umwelt während des späten Mittelalters, Berlin 1992 (ZHF-Beiheft, 13), S. 29-39.
- Israel Jacob YUVAL: Heilige Städte, heilige Gemeinden: Mainz als das Jerusalem Deutschlands, in: Robert JÜTTE, Abraham P. KUSTERMAN (Hgg.): Jüdische Gemeinden und Organisationsformen von der Antike bis zur Gegenwart, Wien, Köln, Weimar 1995 (ASCHKENAS-Beiheft) (im Druck).
- Franz-Josef ZIWES: Studien zur Geschichte der Juden im mittleren Rheingebiet während des hohen und späten Mittelalters, Hannover 1995 (Forschungen zur Geschichte der Juden, Abteilung A: Abhandlungen, 1).

Karte 1: Judenniederlassungen 1301-1350 im Elsaß



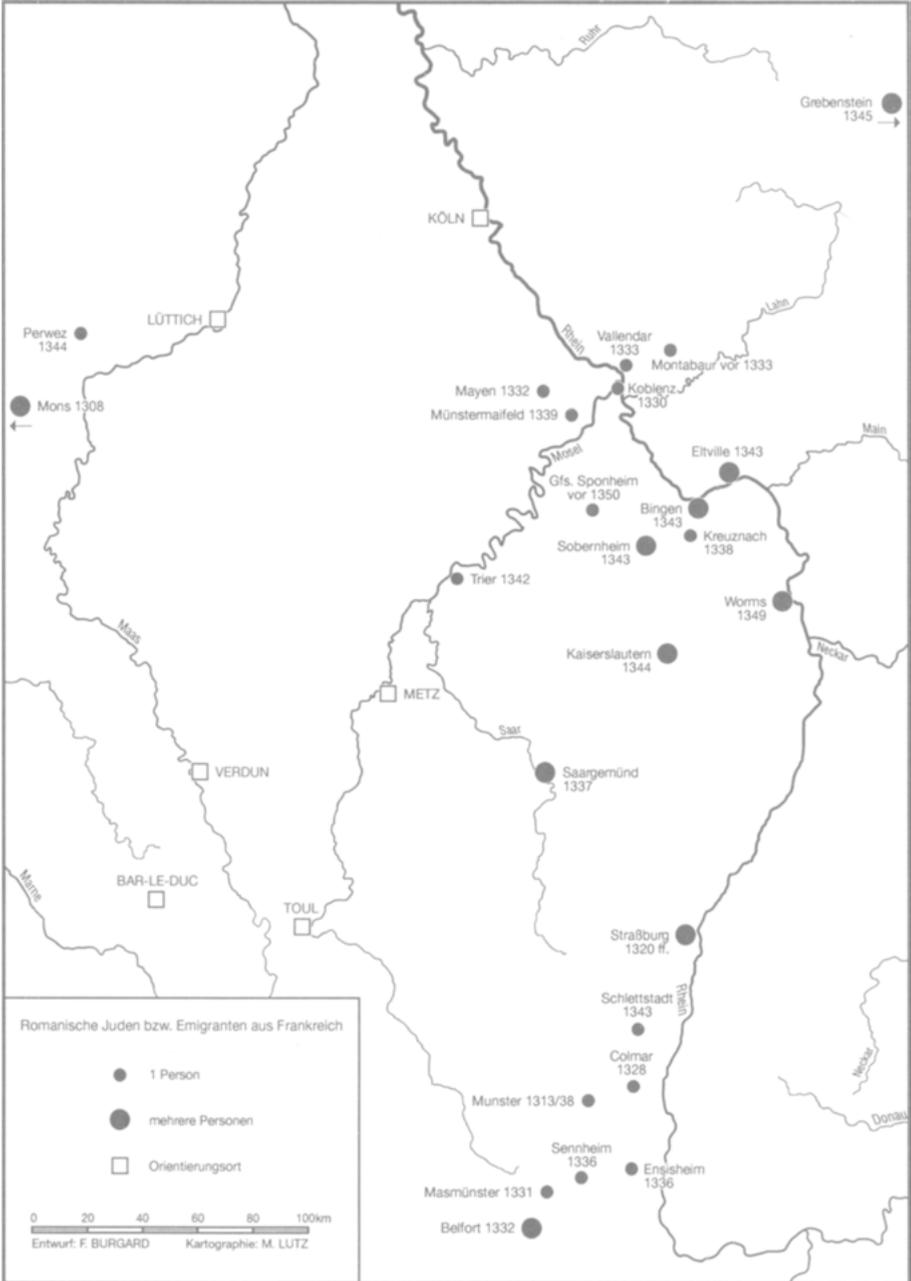
Karte 2: Judenniederlassungen 1301-1350 im Mittelrhein-Gebiet



- ◊ Bischofssitz
 - ⊙ Reichsstadt / Freie Reichsstadt
 - Landesherrliche Stadt
 - Siedlungsort ohne Stadtrecht
 - ◻ Judenfriedhof
 - ◻ Judenfriedhof, nicht mehr genutzt
 - ▲ Synagoge, nicht mehr genutzt
 - △ Judenrat als Gemeindevertretung
 - (G) Geplante Judenansiedlung
 - (H) Judenansiedlung nur durch Herkunftsnamen belegt
 - (M) Judenansiedlung nur durch Martyrologien belegt
- Koblenz** Judenniederlassung auch in vorheriger Zeitstufe bezugt
- 0 10 20 30 40 50km
Entwurf / Zeichnung: F.-J. Zewes / M. Lutz

Open Access Download von BiblioScout am 05.04.2023 um 00:24 Uhr

Karte 3: Romanische Juden im Westen des Reiches 1306-1350



Open Access Download von BiblioScout am 05.04.2023 um 00:24 Uhr

Friedrich Schütz

Die Geschichte des Mainzer Judenviertels

Die erste sichere Nachricht über Juden im Mainzer Raum stammt aus der Zeit um 900 nach Christus, als Regino von Prüm den Beschluß einer Mainzer Synode meldet, wonach jeder, der aus Haß oder Begierde einen Juden oder Heiden tötet, wie der Mörder eines Christen bestraft werden sollte.

Für das Entstehen einer größeren jüdischen Gemeinde in Mainz – und dies beinhaltet die Meldung des Regino von Prüm ohne Zweifel – sprechen die historischen Gegebenheiten ebenso wie die topographischen Fakten. Der dpolitische und wirtschaftliche Aufstieg aus den Trümmern des 5. nachchristlichen Jahrhunderts begann zaghaft im 7. Jahrhundert und hatte sich an der Wende vom 8. zum 9. Jahrhundert voll entwickelt. Mainz war zu einem bedeutenden Handelsplatz geworden. Ludwig Falck schreibt dazu: „Mainz war der bedeutendste Treffpunkt der östlichen Reichshälfte für Reisende aller Art aus Nord und Süd, Ost und West. Man zählte mit Denaren aus dem ganzen Frankenreich, sogar hin und wieder mit arabischem Geld“. Bezeugt ist der Handel mit Gebrauchs- und Luxusgütern aus der gesamten damals bekannten Welt, mit kostbaren Gewürzen aus dem Orient.

Ein maßgeblicher Träger des Fernhandels waren die Juden. Keinen nennenswerten Handelsbeschränkungen unterworfen, gelangte die Mainzer jüdische Gemeinde bald zu großem Wohlstand. Und dem Wohlstand folgte eine hohe geistige Blüte. Als die Nachrichten seit der zweiten Hälfte des 10. Jahrhunderts reichlicher flossen, hatte *Magenza*, der Name des jüdischen Mainz, in allen jüdischen Kulturkreisen ein hohes Ansehen. Viele berühmte Gelehrte lebten und wirkten in Mainz. Einige kamen aus Frankreich, einige – wie die Träger des berühmten Namens *Kalonymos* – aus Italien. Im 10. Jahrhundert war Mainz das bedeutendste Zentrum des aschkenasischen Kulturkreises der Juden geworden.

Der berühmteste der Mainzer Gelehrten, *Gerschom bar Jehuda*, ‘die Leuchte des Exils’, um 960 vermutlich in Mainz geboren und hier 1028 oder 1040 gestorben, konnte sich bereits auf eine wohlgegründete Tradition seiner Gemeinde stützen. Auf dem alten jüdischen Friedhof, dem Judensand, erinnert ein Gedenkstein an ihn. Dieser Mainzer Judensand ist der

älteste jüdische Friedhof in Europa. Die ältesten Grabsteine stammen aus dem frühen 11. Jahrhundert.

Wir wissen also, wo die Mainzer Juden seit dem Mittelalter zur letzten Ruhe gebettet wurden, aber wo befanden sich ihre Wohnungen? Die älteste Mainzer Synagoge befand sich auf dem Eckgrundstück Schusterstraße/Stadthausstraße (heute Kaufhof). Bei Ausschachtungsarbeiten für den Neubau des Tietzschen Warenhauses fand man im März 1907 zwei Steine mit Inschriftenfragmenten, die aus der Zeit vor 1350 stammen und der Synagoge eingefügt gewesen waren, wie die hebräischen Inschriften bezeugen. Die Synagoge wurde 1093 erstmals erwähnt, 1096 bei der ersten großen Judenverfolgung zerstört, wieder aufgebaut, bei den späteren Pogromen mehrfach beschädigt, aber immer wieder instandgesetzt.

Wie alle Fremden und bestimmte Berufszweige siedelten auch die Juden als Gruppe, da sie als solche – als Gemeinde – von den Landesherren betrachtet wurden. Aber auch die Gemeinsamkeit der politischen, juristischen, religiösen und wirtschaftlichen Interessen führte sie zusammen. Entsprechend ihrer Beschäftigung suchten sie die Gegenden auf, in denen der lebhafteste Verkehr herrschte und Markt gehalten wurde. Wo dies wegen der bestehenden baulichen Gegebenheiten nicht möglich war, waren sie bestrebt, möglichst nahe an den Verkehr und den Markt heranzukommen. Rechtlich waren die Juden in der frühen Zeit den Nichtjuden weitgehend gleichgestellt und konnten somit auch Grundbesitz erwerben.

Der vermutete älteste Siedlungskern des fränkischen Mainz innerhalb der viel zu groß gewordenen halbkreisförmigen römischen Stadtmauer lag am Rheinufer zwischen Fischtor und Karmeliterkirche und erstreckte sich von der Fischtorstraße und dem Markt über die Schusterstraße bis zur Christophgasse und Karmeliterstraße. Am Rand dieses Gebietes in nordwestlicher Richtung, zwischen Betzelsstraße und Flachsmarkt, siedelten die Juden.

Die von Juden bewohnte Gegend hieß *Unter den Juden*. Die heutige Ottiliengasse hatte auch die Bezeichnung *bei den Juden*, ebenso der Bereich westlich der Ecke Stadthausstraße/Sonnengäßchen. Eine weitere, in bezug auf ein Haus in der Emmeransstraße verwendete Abgrenzungsbezeichnung war *gegen die Juden*. Die Synagoge befand sich an der Ecke Schusterstraße/Stadthausstraße, das rituelle Frauenbad, die Mikwe, in Mainz *Kaltes Bad* genannt, an der Ecke Stadthausstraße/Stadionerhofstraße, gegenüber dem Kloster der Franziskanerinnen. Das Hospital war im selben Haus untergebracht wie die Metzgerei. Das *Häuschen* stand in nächster Nähe der Synagoge. Das Backhaus, Stadthausstraße 22, stand dieser gegenüber.

Abb. 1: Der vermutete fränkische Siedlungskern (schraffiert) von Mainz mit der Synagoge und dem Judenviertel am nordwestlichen Rand. Aus Ludwig Falck, Mainz im frühen und hohen Mittelalter, Düsseldorf 1972.



Am Rand der Gegend *Unter den Juden* lagen das Franziskanerinnenkloster in der Stadthausstraße und das Barfüßerkloster in der alten Universitätsstraße sowie die Pfarrkirchen St. Quintin in der Schusterstraße und St. Christoph an der Christophsstraße. Innerhalb des Judenviertels, auf dem Flachsmarkt, stand die Kapelle St. Maria *unter den Juden, inter judeos*, deren Patronat seit 1218 der Deutsche Orden innehatte.

Das mittelalterliche Judenviertel war zu keinem Zeitpunkt abgeschlossen durch besondere Mauern oder Tore, die meisten Häuser in diesem Gebiet waren vielmehr von Nichtjuden bewohnt. Dies blieb auch nach 1300 so, als man in anderen Städten allenthalben eine Absperrung der Judenviertel beobachten konnte und auch ein Mainzer Konzil 1310 festsetzte: *Christen dürfen nicht bei Juden wohnen.*

Das Bauegefüge *Unter den Juden* war wohl recht dicht, so daß das Blockinnere durch Innenhöfe aufgeschlossen wurde, um die großen Grundstücke bei wachsenden Bevölkerungszahlen besser auszunutzen. Denn schon in der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts schrieb der bedeutende Mainzer Rabbiner, Gelehrte und Schriftsteller Elieser b. Nathan in einem Rechtsgutachten: *In allen Wohnsitzen der Israeliten sind die Gassen offen, und die Leute kommen von zwei Seiten. Einmal gehen sie an der Tür des einen vorüber, das andere mal an der Türe des anderen. Meine Tür aber ist so gelegen, daß man beim Ein- und Ausgehen an Deiner Tür vorüber muß.*

Im 13. und 14. Jahrhundert hatte sich das besiedelte Gelände der Stadt Mainz nach Süden, Westen und Norden so sehr ausgedehnt, daß das Viertel der Juden längst im Stadtzentrum lag, wenige hundert Meter von dem östlich gelegenen Rhein und dem bürgerlichen Zentrum mit Rathaus und Kaufhaus und wenige hundert Meter von dem südlich gelegenen geistlichen Zentrum mit Dom und Erzbischofshof. In unmittelbarer Nähe lagen die Märkte: Flachsmarkt, Speisemarkt, Fischmarkt. In der unmittelbaren nördlichen Nachbarschaft zog sich die uralte, von der westlichen Anhöhe zum Rhein führende Marktstraße, die Emmeransstraße, entlang.

In bevorzugter Nähe zum Schutz bietenden Erzbischofshof, aber auch zum Markt und zum Handelszentrum am Brand befand sich die Synagoge, obwohl sie auch in Mainz relativ spät entstanden sein dürfte, als die Grundstücke schon vergeben waren. Alexander Pinthus erklärt dies so: Vor dem Bau einer Synagoge, der Schule, bestand seit den Anfängen einer Judensiedlung ein Betraum in einem Haus. Erlaubten Größe und Mittel einer Gemeinde den Bau einer Synagoge, dann stiftete oder verkaufte ein Gemeindeglied ein Teil seines großen Grundstücks nahe am Verkehrs-, Handels- und Regierungszentrum.

Das Judenviertel umfaßte im späten Mittelalter ein Neuntel des bebauten Stadtgebietes. Die Seelenzahl der Mainzer Juden wird für 1096, bevor fanatisierte Kreuzfahrermassen auch die Mainzer Gemeinde auslöschten, auf 600 bis 700 geschätzt. Eine sehr vorsichtige Schätzung nimmt für diesen Zeitraum etwa 6000 bis 7000 Einwohner insgesamt an. Nach 1096 erreichte die Jüdische Gemeinde nicht mehr die frühere Bedeutung, nahm aber nach wie vor einen sehr geachteten Platz in der deutschen Judenschaft ein. Die Seelenzahl betrug in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts etwa 350 Personen.

Bei dem im Zusammenhang mit der Pest entstandenen Pogrom von 1349 wurde die Mainzer Jüdische Gemeinde erneut ausgelöscht. Den Grundbesitz der Getöteten und Geflohenen konfiszierte die Stadt Mainz und verwaltete ihn unter der Bezeichnung *Judenerben* in den Stadtrechnungen, bis er in der Mainzer Stiftsfehde 1463 an den Kurfürsten fiel. Eine solche Stadtrechnung, allerdings erst aus dem Jahr 1432, führt 50 Judenerben auf. Einige hatte die Stadt Mainz zu diesem Zeitpunkt an Juden vermietet – diese waren 1356 bereits wieder zugelassen worden – die übrigen wurden von Nichtjuden bewohnt. Grundbesitz konnten die Juden nach 1349 nicht mehr erwerben, wie sich auch ihre gesamten Rechtsverhältnisse gegenüber den vorherigen Jahrhunderten verschlechtert hatten.

Im Jahre 1414 waren 27 Häuser in der Betzelsgasse, in der Stadtionerhofstraße und in der Schusterstraße an Juden vermietet. Manche zahlten auch Zins für zwei Häuser, in denen sie vermutlich Untermieter unterbrachten. In vier Häusern wohnten 1432 noch dieselben Familien wie 1417.

Wenn ein mit einem Schutzbrief versehener Jude eine Wohnung suchte, mußte er sich bei den städtischen Rechenmeistern melden, die ihm ein leerstehendes Judenerbe zuwiesen. Waren die Möglichkeiten erschöpft, konnte der Jude in der Stadt nach Belieben eine Wohnung suchen. Rabbiner Moses Menz schrieb 1456 über einen konkreten Fall, der vor dem Schiedsgericht des Rabbiners erörtert worden war: *Die Bürger besitzen hier Häuser in der Umgebung der Synagoge, die sie den Juden vermieten. Steht eines dieser Häuser leer, so ist ein Jude, der eine Wohnung sucht, verpflichtet, das leerstehende Haus zu mieten. Ein Jude namens Gumpchen, der eines dieser Häuser bewohnte, wollte in ein anderes Haus übersiedeln und ging deshalb vor Weihnachten zu den Rechenmeistern und erhielt die Erlaubnis hierzu. Zur gleichen Zeit suchte der Jude Simon für seine Tochter und seinen Schwiegersohn um ein Haus beim Rat an. Die Rechenmeister aber verlangten, daß Simon das freigewordene Haus des Gumpchen für seine Kinder mieten sollte. Da dem Simon dieses Haus nicht paßte, verständigte er sich*

mit Gumpchen, daß jener in seinem Haus verbleiben sollte und bot ihm dafür zwei Gulden im Jahr an. Gumpchen war damit einverstanden, und Simon konnte in der Stadt nach Belieben eine Wohnung mieten. Die beiden hatten noch verabredet, daß Simon, sobald sich ein Anwärter auf die Wohnung des Gumpchen fände, von der Zahlung der zwei Gulden befreit wäre. In der Tat fand sich ein Jude, namens Gumprecht, der seinen Bruder in Mainz ansiedeln wollte (ihm das Bürgerrecht verschaffen wollte), und dieser ging zu dem Juden Meier Weisenau, der bei den Rechenmeistern gut angesehen war, und bat ihn, er möchte bei Gumpchen und den Rechenmeistern erwirken, daß er dieses Haus und damit das Aufenthaltsrecht in Mainz bekäme. Meier von Weisenau vermittelte sowohl bei Gumpchen als auch bei den Rechenmeistern – bei diesen halfen Geld und gute Worte –, aber bevor der Vertrag abgeschlossen war, trat Gumpchen zurück. Er wollte noch bis Februar in seinem Haus bleiben, was ihm Gumprecht nur gestatten wollte, wenn Gumpchen auch bis Februar Miete zahlte, wozu Gumpchen nicht bereit war. Bei der Urteilsverkündung des Rabbiners vor dem Abendgebet wurde Gumpchen für wortbrüchig erklärt und verurteilt, dem Gumprecht dessen Unkosten zu erstatten und Miete für ein halbes Jahr zu entrichten. Sollten die Rechenmeister von Gumprecht den vollen Jahreszins fordern, so war er zur Bezahlung nicht verpflichtet, da das Gesetz dies nicht verlangte. Gumpchen hatte 30 Tage Zeit, das Haus zu räumen. Die Sache ging wohl gut aus, denn ein Jahr später zahlte Gumprecht die Miete für seinen Bruder.

Der Zins für ein Judenerbe war halbjährlich, am 24. Juni und am 11. November, zu entrichten. Er betrug 1410 beziehungsweise 1432 zwischen vier und 24 Pfund Heller, in zwei Fällen nur 13 beziehungsweise 25 Schilling.

Nach dem Vorbild anderer Städte vertrieb die Stadt Mainz 1438 die Juden, obwohl sie hoch verschuldet war. Treibende Kraft waren vermutlich die Zünfte, die aus Konkurrenzneid den Juden seit eh und je nicht wohlgesonnen waren. 1445 wurden sie zwar wieder zugelassen, aber 1448 zahlten nur noch 16 Familien und 1460 14 sowie zwei Witwen ihr jährliches Schutzgeld. Demnach hatten die Jüdische Gemeinde Mainz kurz nach 1450 nur noch 100 bis 130 Seelen. Das waren noch rund 1,7 Prozent der geschätzten Gesamtbevölkerung. Gegenüber der vermuteten Gemeindestärke in der Zeit vor 1349 war sie auf ein Drittel, gegenüber der in der Blütezeit vor 1096 auf ein Sechstel geschrumpft.

In dem erwähnten Mietprozeß von 1456 sagte der Zeuge Maier von Weisenau anklagend: *Sieh unsere trostlose Lage in der Stadt, so wenige jüdische Bürger zählt unsere Gemeinde, und auf uns lastet ein schweres Joch.*

Ständig suchen wir nach neuen Bürgern, die uns unser Los erleichtern sollen.... Und der angeklagte Gumpchen ergänzte, es stünden in Mainz viele Judenerben (Häuser und Höfe) leer, darunter so stattliche Häuser wie zum Falkenberg, Hohenbethe und zum Frankenberg.

Die Zeiten waren allgemein und für die Juden besonders unruhig und drückend geworden, die rechtlichen Beschwerden und finanziellen Belastungen ungewöhnlich scharf. In der Mainzer Stiftsfehde verjagte Erzbischof Adolf II. von Nassau die Juden wieder einmal aus der Stadt, nahm sie vorübergehend wieder auf und vertrieb sie 1470 aus dem gesamten Erzstift: Bis 1471 hatte der letzte Jude den Kurstaat zu verlassen. Die Judenerben gingen in den Besitz des Staates über, auf dem Judensand wurden die Grabsteine weggenommen und in der Stadt verbaut, die Synagoge wandelte der Erzbischof 1473 in eine Kapelle *Omnium Sanctorum* um. Der Pfründe des Geistlichen teilte er zwei anliegende, bei der Pfarrkirche St. Quintin gelegene Häuser und einige dabeiliegende Gärten zu, mit Ausnahme des Häuschens, in dem sich das jüdische Hospital und die Metzgerei befunden hatten. 1496 übergab Erzbischof Berthold von Henneberg das Anwesen seinem Weihbischof. Seitdem führte das Gebäude die Bezeichnung *Suffraganei*.

Als Zeitpunkt der Wiederbegründung der Jüdischen Gemeinde Mainz gilt allgemein das Jahr 1583, weil der erste Nachtrag im 1592 angelegten Memorbuch auf das Jahr 1583 datiert ist. Diese fehlende Kontinuität in der Geschichte der Jüdischen Gemeinde Mainz ist von den Historikern nicht in Frage gestellt worden. Vorsichtigen und indirekten Zweifel äußerte lediglich Ludwig Falck in seinem Beitrag „Glanz und Elend der mittelalterlichen Judengemeinde“. Er schreibt: „Unter schwierigsten Bedingungen und schärfsten beruflichen Einschränkungen wurden in den folgenden Jahrzehnten einzelne Juden auch in Mainz wieder zugelassen, aber das Jahrhundert mußte fast zu Ende gehen, bis man ihnen gestattete, endlich wieder eine Gemeinde mit Synagoge und Schule zu bilden“.

In der Tat geben die Quellen Anlaß zu berechtigten Zweifeln. 1492 nahm Erzbischof Berthold von Henneberg Isaak als Judenbürger an und wies ihm das Haus zum Kalten Bad, Stadthausstraße 15/17, als Wohnung zu. Er hatte dort durchreisende Juden zu beherbergen, das Ritualbad zu unterhalten und auf dem Judensand auswärtige Juden zu bestatten. Dies konnten nur Kurmainzer Juden sein, ein Beweis, daß im Erzstift weiterhin Juden siedelten. Denn nach wie vor war der Mainzer Judensand der zuständige Friedhof auch für die Juden in Bingen und im Rheingau. Isaak zum Kalten Bad durfte keinen Handel treiben und keine Festlichkeiten oder Versammlungen

abhalten. Zwar wiederholte Erzbischof Jakob von Liebenstein 1507 das Ausweisungsmandat, aber eine wirkliche Vertreibung fand nicht statt. Im Ratsprotokoll von 1510 wird der Jude Gumprecht, der Jude Mose und *die Juden* im Kalten Bad genannt. Erzbischof Albrecht von Brandenburg plante 1515 sogar die Vertreibung der Juden aus ganz Westdeutschland, aber das hinderte denselben nicht, bereits 1517 zahlreiche Juden für das Erzstift aufzunehmen, darunter den Juden Mose von Bingen, dem er als Wohnort die Vorstadt Vilzbach anwies. 1518 nahm er Moses und Bulchen, Sohn und Tochter des noch lebenden Seligmann im Haus zum Kalten Bad als Judenbürger an. In dem Vertrag, den die Mainzer Bürgerschaft im Bauernkrieg 1525 dem Domkapitel abrang, hieß es unter Punkt 14: *daß Euer Ehrwürden und Gnadten den Juden allhie zu Meincz den handel mit dem kauffen undt verkauffen, es sey gewandt, Silbergeschirr, Zinnwerk, new oder alt, gar nichts außgenommen, darzu gülden oder silbern münczen zu verwechsell, nit mehr vergunnen, sonder abstellen wöllen; daß sie sich aller gewerbe hiezzwischen der nechsten Meß enteussern, doch ausgeschieden were, dasselbig zu verkauffen macht haben, darbey auch zu verordtnen, daß sie, die Juden, von einem burger in Meincz die wochen von einem gulden nit mehr dan ein Binger heller zu gesuch zu nehmen.*

1558 erreichte Erzbischof Daniel Brendel von Homburg von Kaiser Ferdinand ein Mandat, das den Juden im Erzstift Mainz bei Strafe der Ausweisung die Geldleihe und den Handel mit Nichtchristen verbot. Dieses Mandat des Kaisers publizierte Daniel mehrfach, ebenso sein Nachfolger Wolfgang von Dalberg 1583, aber schon Karl Anton Schaab erkannte in seiner „Diplomatischen Geschichte der Juden zu Mainz“, daß die Ausweisungsbefehle und angedrohten Strafen nicht *immer strenge* in Vollzug gesetzt worden waren. Zwar war in den Bekanntmachungen der beiden Erzbischöfe seit 1577 die Rede von den *umbgessenen und unter fremden Obrigkeiten wohnenden Juden*, aber zu dieser Zeit hatte Mainz längst wieder eine wachsende Judengemeinde. Wenn die Nachträge im Memorbuch von 1592 richtig datiert sind, starben 1583 neun Juden in Mainz, vier Männer und fünf Frauen. Als Verstorbener für 1583 war der Vorstand *Rabbi Jakob Kohen, Sohn des Mayer Kohen* genannt. Die Existenz eines *Vorstandes* aber setzte immerhin eine größere Gemeinde und eine festgefügte Gemeindeorganisation voraus.

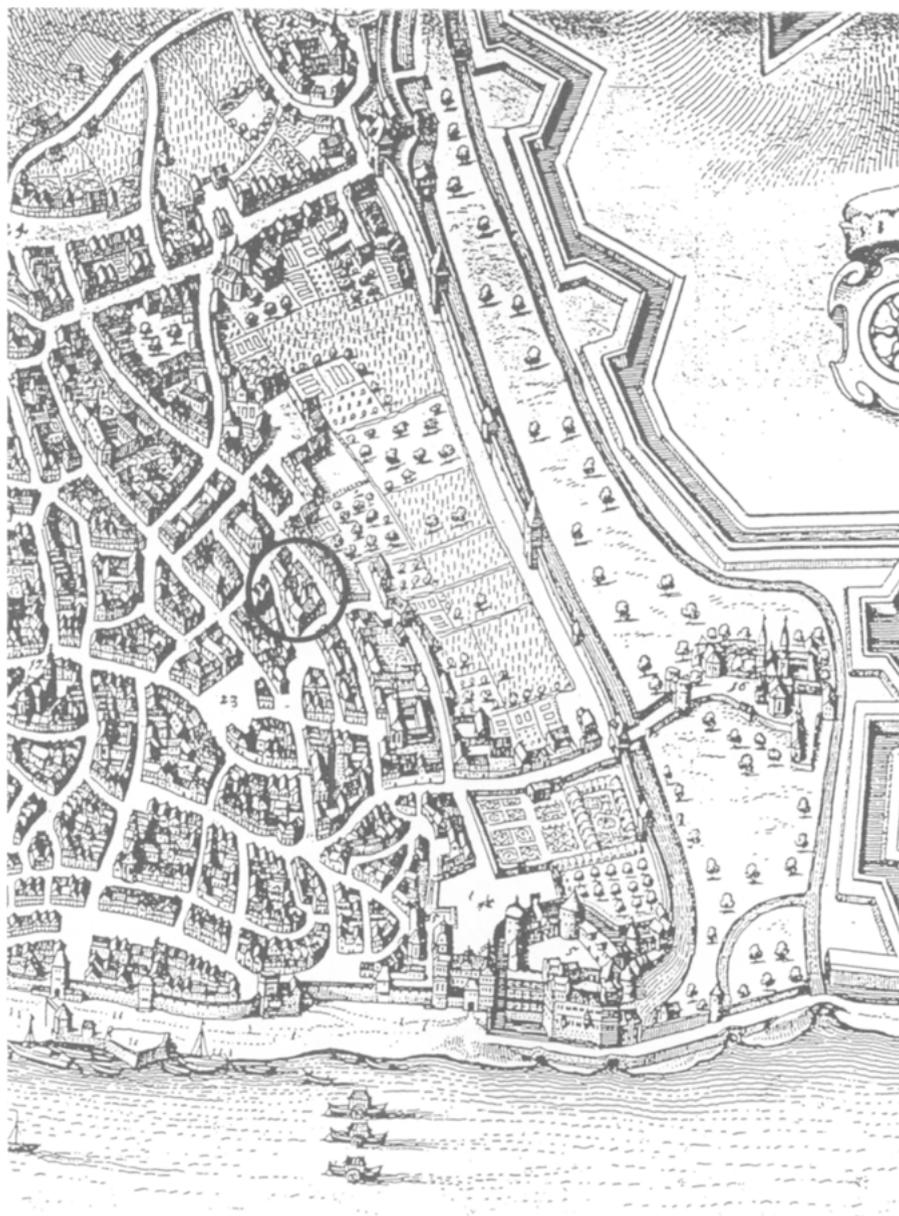


Abb. 2: Das nördliche Gelände der Stadt Mainz im Vogelschauplan von F. de Witt nach Merian, um 1633. In der Bildmitte, östlich des Antoniterklosters in der Klarastraße das spätere Judenviertel.

Werfen wir von dem Jahr 1583 noch einmal einen Blick zurück auf das Jahr 1568: Jetzt, bei einer sehr klein gewordenen Gemeinde, gab es plötzlich eine Judengasse. Es handelte sich nicht etwa um die Stadthausstraße – dort gab es *Judenhäuser* (Kaltes Bad u.a.) –, sondern um die spätere Synagogenstraße und die Hintere Synagogenstraße. Das Gelände befand sich am nördlichen Rand des besiedelten Stadtgebietes und war nur locker bebaut. Umschrieben war es in der Stadtaufnahme von 1568: *Das Eck gegen St. Tonges über die oberseit der Judengas hinab bis bei St. Claren und da herumb beim leusprun die gaß heruf. Oder die Hintere Synagogenstraße: Von der Seuweed unten die Sack- und Judengasß hinumb bis zum Büchsen-schützenschißgarten uf der Pleich.* Dort, im Bereich der Hinteren Synagogenstraße, nicht weit von dem Pestilenz- oder Siechenhaus auf der heutigen Großen Bleiche, gab es ein Grundstück, das wie folgt beschrieben wurde: *Ein alter stall und garten, die judenschul gewesen.* Daneben stand ein öffentlicher Brunnen *bei der alten Judenschul in der Judengasse oben.*

Nun verzeichneten die Stadtaufnahmen von 1568 zwar zwei jüdische Familien, nämlich Männle und die Witwe des Arztes Lazarus, beide im Haus zum Kalten Bad. In den sogenannten Judengassen ist aber nicht eine einzige jüdische Familie erwähnt, die *Judenschul* nur noch in der Erinnerung vorhanden. Fest steht also nur, daß dort mehrere jüdische Familien zwischen 1471 und 1568 gewohnt haben müssen, die in der Lage waren, eine Synagoge zu unterhalten.

Aber auch nach 1668 müssen jüdische Familien in Mainz gelebt haben. Denn es forderten 1578 die Mainzer Goldschmiede vom Stadtrat, den Juden zu befehlen, sich des Aufkaufens des Bruchsilbers und anderer dem Handwerk nachteiliger Praktiken zu enthalten. 1592 war der Jude Benedikt am Schillerplatz wohnhaft. Nach der Stadtaufnahme von 1594 lebten der Jude Joseph im Haus zum Kalten Bad und der Jude Mayer im Haus zum roten Löwen am Schillerplatz. In bezug auf das Haus zum Kalten Bad heißt es: *Ist nunmehr zusammengezogen, zu einem neuen Haus gebaut, samt einem jüdischen bronnen und Synagog durch Joseph, Juden.*

In den ersten erhaltenen Schatzungsunterlagen sind die Juden nicht erfaßt. Ein Schatzungsbelagbuch aus dem Jahr 1614 beziffert die *Judenschaft zu Mainz* auf sechs Familien. Bei zweien ist die Lage der Wohnungen nicht angegeben. Einer von ihnen wohnte in dem Judenerbe *Zum kleinen Wirtenberg* beim Kalten Bad, einer in dem schon genannten Haus *Zum (roten) Löwen* am Schillerplatz, wo auch ein weiterer Jude ein Haus besaß. Einer war auf der Rose, in der Nähe der Steingasse, Besitzer eines Hauses. Die beiden letzteren hatten auch Hausbesitz in Weisenau.

Weder in den Schatzungsunterlagen noch in den Stadtaufnahmen sind alle jüdischen Familien erfaßt, was möglicherweise mit der besonderen Besteuerung zusammenhing.

Bis zu Beginn des 17. Jahrhunderts hatten die Mainzer Juden gegen Entscheidungen der Vorsteher an die Rabbiner in Worms und Frankfurt appelliert. Das Kurfürstliche Kammeramt wies ihnen und den Juden in der Grafenschaft Königstein 1602 den Rabbiner in Bingen zu. Er durfte die Juden aber nicht nach Bingen zitieren, sondern mußte auf deren Kosten nach Mainz reisen, wenn Entscheidungen zu treffen waren.

Erst 1630 durfte die Mainzer Judenschaft mit Jehuda Löb aus Frankfurt am Main wieder einen Rabbiner anstellen. Vor ihm hatten aber schon zwei andere Rabbiner zeitweise rabbinische Funktionen in Mainz ausgeübt. Bei der Besetzung von Mainz durch die Schweden im dreißigjährigen Krieg wurde der Jüdischen Gemeinde 1631 eine Kontribution in Höhe von 20.000 Reichstalern auferlegt. Die übrige Bürgerschaft sollte 80.000 Taler zahlen, sah sich dazu aber außerstande. Die Juden zahlten, angeblich um ihre Synagoge zu retten.

Es ist unklar, um welche Synagoge es sich gehandelt haben könnte: War es der Betsaal im Haus zum Kalten Bad, oder war es die neue Synagoge neben dem Bleidenstädter Hof, Klarastraße 1/3, Ecke Stadionerhofstraße. Diese wurde nach der bisherigen, auf Karl Anton Schaab und Sigmund Salfeld zurückgehende Literatur, aber erst 1639 erbaut, wie ein wohl in die Synagoge im späteren Judenviertel transferierter Schlußstein besagte. Fest steht nur, daß die Synagoge in der Klarastraße 1649 erweitert wurde, wobei es in der nachträglich erteilten Genehmigung des Kurfürsten heißt, es handele sich um die Erweiterung der *von alters vorhin gehabte Synagog*, was nicht zutrifft. Von der Synagoge in der Klarastraße heißt es in der Stadtaufnahme von 1657: *der juden schuel samt des rabiners behausung, stöst an den Pleidenstatter Hof*.

Nach der Stadtaufnahme von 1644 wohnten Juden in der Langgasse bei der Umbach, auf der Seuwede (im Gebiet der Bleiche), in der Emmeransstraße und um St. Emmeran herum, bei der Franziskanerkirche, in der Betzelsstraße, beim Predigerkloster am Schillerplatz, am Fischmarkt, in der Breitenstraße, bei der Pfarrkirche St. Christoph und am Karmeliterplatz. Diese Stadtaufnahme von 1644 nennt die große Anzahl von 40 jüdischen Hausbesitzern und Mietern sowie von 15 Mietern beziehungsweise Untermietern. Damit kommt man auf eine Gesamtseelenzahl von zirka 350. Ein Herdschillingsregister von 1650/51 führt allerdings nur 30 jüdische Haus-

halte auf, während ein Schatzungsregister des Grundbesitzes aus derselben Zeit 13 mit Vermögen ausgestattete Juden aufführt.

Die recht genaue Stadtaufnahme von 1657 zählt 19 jüdische Haushalte auf, verstreut im Umkreis um die Synagoge. Ein Jude wohnte im Postgäßchen am Brand, einer in der Christophsstraße, vier in der Stadthausstraße, zwei in der Klarastraße, drei in der Emmeransstraße, zwei in der Gymnasiumsstraße, einer in der Kötherhofstraße, drei in der Welschnonnengasse, einer in der Steingasse und nur einer in der entfernteren Gaustraße.

Bei den meisten Häusern ist der Name des nichtjüdischen Hausbesitzers genannt, bisweilen heißt es auch: *...ist aigen Beres, juden, zinst in Predigercloster 16 alb.* oder, nur in ganz wenigen Fällen: *eine behausung (ge)höret zu Löw, juden.* In sechs Fällen findet sich die Angabe *Judenerbe.* Die meisten Häuser besaßen Höfe, Gärten und Brunnen, einige auch Stall oder Scheune.

1654 beschwerte sich die Krämerzunft, Salomon und Moses am Schillerplatz böten im offenen Laden Heringe, Stockfisch, Tran, Öl, Fett und andere Waren entgegen der Zunftordnung feil. Vizedomamt und Rat ließen die offenen Kramläden daraufhin schließen. Nur der Engros-Verkauf im städtischen Kaufhaus blieb den Juden gestattet. Die Beschwerden häuften sich, Kurfürst Johann Philipp von Schönborn reagierte schließlich mit einer einschneidenden Maßnahme. In einem Dekret vom 8. Dezember 1662 hieß es, der Kurfürst habe erfahren müssen, *daß die hiesige Judenschaft sich allzusehr überhäuft und dadurch der Bürgerschaft, den Handelsleuten und den Handwerkern sowohl bei Wohnungen als auch bei der Nahrung merklich entzogen und umb deswillen nicht wenig Clagen geführt.* Johann Philipp beschränkte die schutzverwandten Juden auf 20 Familien mit ihren Frauen, Kindern und Gesinde und bestimmte, daß diese *in einer Gassen beisammen* wohnen sollten.

Sie durften neben einer Synagoge innerhalb von zwei Jahren eigene Häuser nach Plänen des Kurfürstlichen Bauamtes errichten. Zur Erleichterung sollten ihnen – wie den Nichtjuden – nicht nur die nötigen Bauplätze kostenlos überlassen werden, sondern auch Handwerker und Materialien mit Preisnachlässen zur Verfügung gestellt werden. Die Synagoge in der Klarastraße war zu verkaufen, die von ihnen bewohnten Häuser an Nichtjuden zu übergeben.

Die geduldeten 20 Familien durften nicht mit eßbaren oder fettigen Waren handeln, weder mit Wein noch mit Korn. Sie durften keine *öffentlichen Läden oder Crähm* betreiben und keine neuen Kleider zum Verkauf anfertigen. Gestattet war ihnen das Betreiben von zwei Tuch- oder Seidenkrämen.

Sie durften mit Pferden, Vieh, Federn, Bettwerk und alten Kleidern handeln, auch mit Wein und Korn, wenn sie diese als Bezahlung für geleistete Dienste erhielten. Gestattet war auch der Handel mit gebrauchtem Zinn, Kupfer und Messingwerk, das sie nicht in ihren Häusern, sondern nur im Kaufhaus wiegen lassen durften.

Es war nicht erlaubt, in einem Haushalt mehr als einen Knecht und eine Magd zu beschäftigen. Nichtjüdisches Gesinde war nur zur Bedienung am Sabbath gestattet, christliche Ammen waren verboten. Auf dem Wochenmarkt durften Juden eßbare Waren von Michaelis bis Ostern nicht vor zehn Uhr, von Ostern bis Michaelis nicht vor neun Uhr feilbieten. An Sonn- und Feiertagen hatten sie sich *alles ärgerlichen Auslaufens und Handtrens* zu enthalten, ihre Gasse verschlossen zu halten. Schließlich hatten sie 50 Feueimer bereitzuhalten.

Die überzähligen Juden sollten die Stadt bis Pfingsten 1663 verlassen. Es war ihnen aber gestattet, sich lebenslänglich auf dem Land niederzulassen, wenn dies die Lokalbehörden gestatteten.

Die Verordnung des Kurfürsten war offenbar nicht durchzusetzen, so daß Johann Philipp am 12. November 1671 ein neues Dekret erließ. Dieses hatte zunächst Wort für Wort dieselbe Begründung für die Beschränkung der Judentchaft, fügte dann aber noch hinzu: *daß auch die verwünschte habitation der Juden unter den Christen hin und wieder sehr ärgerlich ist, viele inconvenientien und Ungelegenheiten verursacht und an keinem Ort in der ganzen Christenheit, dergleichen vornehmen Städten, wo sich Juden befinden, zugelassen wird.*

Der Kurfürst verordnete, daß künftig nur noch zehn jüdische Familien in Mainz geduldet werden sollten, die *in der also gedachten alten Judengasse, ohnfern der armen Clarissen, wie solche ihnen wird von unser Cammer determinirt werden, wohnen, dieselbe Gassen auf beiden Seiten verschliesen.*

Außer den Bestimmungen, wie sie in der Verordnung von 1662 aufgeführt waren, enthielt das Dekret von 1671 die Weisung, nach der die Auszeichnung der Waren in den *Crähm* in deutscher Sprache zu geschehen habe, die Schuldbücher in deutscher Sprache zu führen waren und jährlich von der *christlichen Obrigkeit* geprüft werden mußten. Fremde Juden durften die Stadt nur durch das *eiserne Thörlein* und die *Gaupforten* betreten oder verlassen.

Das Gelände, das der Kurfürst den zehn jüdischen Familien zuwies, lag am nördlichen Rand des besiedelten Stadtgebietes. Die nördliche Seite von Steingasse, Welschnonnengasse, Margaretenstraße bildete den Stadtrand. Karl Anton Schaab schrieb 1855 in seiner „Diplomatischen Geschichte der

Juden zu Mainz“: *Die Gegend der Stadt, wo die Judengasse sich befindet, galt für die schlechteste der Stadt; durch sie floß die Umbach und war an derselben eine Schwemme der Schweine angebracht, daher man diese Gegend zur „Schweinsmiste“ nannte.* Daraus folgerte die Literatur, man habe die Juden bewußt in den ungesündesten Teil der Stadt eingewiesen, die zudem noch einen sie beleidigenden Namen *Schweinsmiste*, richtiger *Schweinemast*, trug.

Abgesehen davon, daß sich die eigentlichen *Seueweden* weiter westlich der Judengasse, etwa auf dem Gebiet von Neubrunnenplatz/Lotharstraße, erstreckten, wurden am nördlichen Stadtrand nicht nur Juden angesiedelt, sondern dieses Randgebiet zwischen Umbach und Flachsmarkt war das einzige noch mögliche Neubaugebiet, das sich durch die Anlage der Bleichen wenig später folgerichtig fortentwickeln sollte. Der Kästrich galt noch bis in das 19. Jahrhundert als nicht bebaubar. Heinrich Schrohe schrieb dazu in den Erläuterungen zu den Stadtaufnahmen: „Zwischen 1657 und 1687 veränderte diese Gegend durch die Neuanlage von Straßen und die Erbauung von Häusern vollständig ihr Aussehen“.

Hans Vogts, „Das Mainzer Wohnhaus im 18. Jahrhundert“, fiel auf, daß Johann Philipp den Juden nicht ein Quartier an den Stadtwällen zugewiesen hatte, wie dies in Worms und Frankfurt geschehen war. In der Tat wurden auch in Mainz die Gassen an den Stadtmauern (Kästrich, Weißgasse, Hintere Bleiche, Rheinufer) zu armen und übelbeleumdeten Quartieren. In Anlehnung an Schaab beantwortet Vogts diese Frage mit der falschen Erklärung, der Kurfürst habe wohl hauptsächlich die Absicht gehabt, die Verbauung des sumpfigen, ungesunden Terrains zwischen der Altstadt und den Bleichen zu erzwingen.

Wir sahen, daß die Gasse, in die die Juden 1671 eingewiesen wurden, seit der Mitte des 16. Jahrhunderts als Judengasse bezeichnet wurde, in der es eine ehemalige Synagoge gab, in der aber den erhaltenen Unterlagen zufolge keine Juden nachzuweisen sind. Schaab, dem dies auffiel, kommt zu dem sicherlich falschen Ergebnis, die Gassen seien seit ihrer Entstehung zur Wohnung der Juden bestimmt gewesen, ohne daß bis 1671 ein Jude dort gesiedelt habe.

Mit Hans Vogts war ich ursprünglich der Ansicht, die bauchige, elliptische Form der beiden Judengassen habe man bei ihrer Anlegung 1671 gewählt, um die Länge der Straßenfronten zu vergrößern und so mehr Bauplätze zu schaffen. Diese Ansicht kann nicht aufrecht erhalten werden. Denn schon auf dem sogenannten Schwedenplan aus der Zeit um 1620 wie

auch auf dem Vogelschauplan von Merian von 1633 hatten die Gassen ihren späteren charakteristischen Verlauf.

Im Großen und Ganzen wurde die zweite Judenordnung von 1671 befolgt, offiziell wohnten hinfort keine Juden mehr außerhalb des Judenviertels, aber de facto gab es dies noch jahrzehntelang. 1704 befahl die Kurfürstliche Regierung denjenigen Juden, die außerhalb der Judengassen wohnten, unverzüglich und bei Androhung von Strafe, dorthin umzuziehen. Mit Strafe bedroht wurden auch die Hausbesitzer, die Juden bei sich aufnahmen. Die Kontrolle wurde dem Münzdiener übertragen.

Abb. 3: Ein Leichenzug verläßt die Geschlossene Judengasse in Mainz (später Synagogenstraße), um 1710. Nach Paul Arnsberg, Die jüdischen Gemeinden in Hessen, Bd. 3, hatte das Bild den Text: „Begrabung eines Judte Rabbi aus der Mayntzer Judtegaß 1710. Voranne die 18 Manne der Judte Begrabungs-Zunft“.



Die nach Norden gelegene Judengasse hieß die geschlossene Judengasse (später: Synagogenstraße) und hatte an jedem Ende ein zaunartiges Tor mit einer kleinen Tür in der Mitte. Die nach Süden sich erstreckende Gasse hieß

die Offene Judengasse (später: Hintere Synagogenstraße). Am westlichen Ende dieser Gasse, am sogenannten Töngesplatz vor dem Armklarenkloster, befand sich die Judenwache, am anderen Ende, zur Rechengasse hin am Leusbrunnen, war sie offen. Beide Gassen waren in westlicher Richtung durch die Klarastraße begrenzt und miteinander verbunden, in östlicher Richtung durch die Löwenhofstraße und die Rechengasse, die auf den Flachsmarkt führte. In diese Richtung war die Offene Judengasse tatsächlich offen.

Die angesetzte Beschränkung der Mainzer Judenschaft auf 10 Familien war nicht durchzuführen. 1687 – 16 Jahre nach Erlass der zweiten Judenordnung – gab es in den beiden Judengassen 25 von Juden bewohnte Häuser mit 22 Besitzern, darunter in Mainz über Jahrhunderte hinweg bekannte Namen. Der Name Schmalkalden kam noch im 19. Jahrhundert vor; die Großmutter von Anna Seghers war Ester Schmalkalden, den Namen Carlebach gab es noch in unserem Jahrhundert. Drei Juden hatten mehrfachen Hausbesitz: Isaak Homburg besaß zwei Häuser, ebenso Moses Löber. Zwei Häuser besaßen auch die Erben des Gemeindevorstehers Moses Platz, dessen Witwe 1687 ein weiteres Haus innehatte. Die Seelenzahl der Jüdischen Gemeinde Mainz dürfen wir für 1687 auf 250 Personen schätzen, etwa ein Prozent der Gesamtbevölkerung. In der Mitte der beiden Gassen, Geschlossene Judengasse (Synagogenstraße 12/14), befand sich die Synagoge. Sie reichte mit der Wohnung des Rabbiners und des Schulkleppers bis zur Offenen Judengasse.

Die ehemalige Synagoge in der Klarastraße wurde durch Kurfürst Anselm Franz von Ingelheim 1686 zum Ingelheimer Hof, dem früheren Bleidenstädter Hof, gezogen. Am 7. September 1684 hatte der Kurfürst die Transferierung der Synagoge in das Judenviertel genehmigt. Die Bauzeit war auf wenige Monate angesetzt. Die eigentliche Synagoge war klein und wenig ansehnlich. 1715 erreichte die wachsende Gemeinde die Genehmigung zur Vergrößerung ihrer Schule. Diese war 1717 abgeschlossen. Im Erdgeschoß, zu dem man einige Stufen herabsteigen mußte, befand sich der Betraum, im ersten Stock ein Sitzungssaal und Büros, im zweiten Stock ein Betsaal, den man *Hochschul* nannte, daneben und darüber Wohnungen für die Gemeindebeamten.

Schaab schrieb in seiner Stadtgeschichte über die Synagoge: *Sie ist so klein und verwahrlost, daß sie kaum den Namen eines dem Dienste Gottes gewidmeten Tempels verdient.* Und in seiner „Diplomatischen Geschichte der Juden zu Mainz“ ergänzte er mit gewohnter Gehässigkeit: *damit erfüllt werde, was geschrieben steht: „Aus der Tiefe rufe ich zu dir, Jehovah“*,

Jes. 130, 1, lag sie drei Tritte unter der Erde, und wenn man sich nicht vorsah, so riskierte man beim ersten Tritt hineinzufallen.

In ähnlicher Weise äußerte er sich über das Frauenbad: *es hatte eine so ärmliche Einrichtung erhalten, daß man es eher für eine Schwemme für Schweine, als für ein Weiberbad halten mußte.* Das Frauenbad befand sich im Keller der Synagoge, an deren rückwärtiger Front zur Offenen Judengasse das Altersheim lag. Ein Krankenhaus gab es später hinter den Häusern D 424 bis 426 in der Margaretengasse, wo sich auch die Metzgerei und der Schalet Hof mit dem Schaletofen befand, in dem das Essen für den Sabbat warmgehalten wurde.

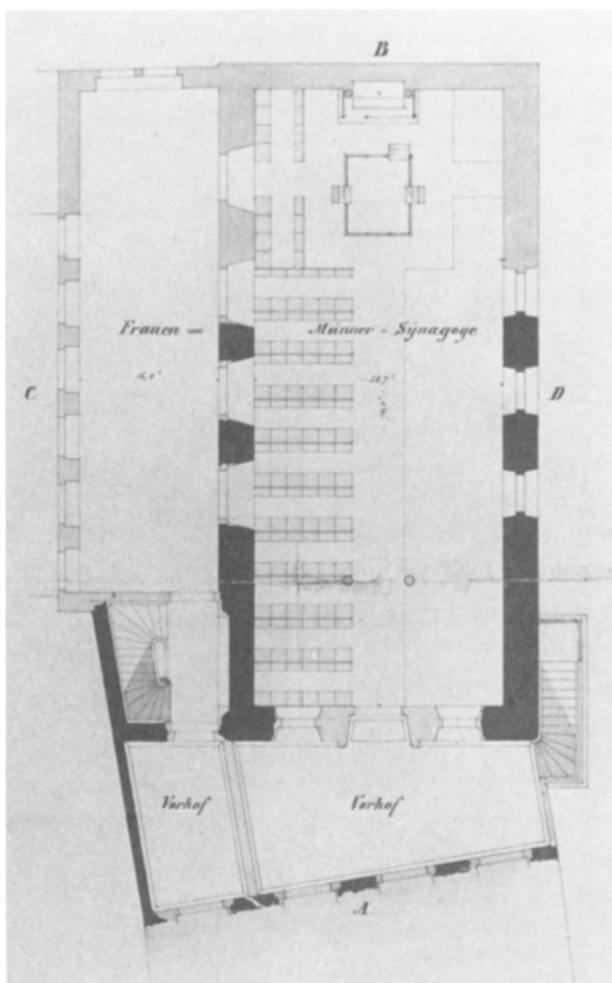


Abb. 4: Grundriß der Synagoge von 1684/1715 im Judenviertel mit Einzeichnung (grau) einer geplanten Erweiterung, 1836. In den Jahren 1846 bis 1853 wurde die Synagoge durch einen Neubau ersetzt.

Zu einem nicht mehr genau feststellbaren Zeitpunkt, aber ganz bestimmt unter Kurfürst Lothar Franz von Schönborn (1695-1729), der bei seinem enormen Geldbedürfnis und seinen Schulden den Juden entgegenkommen mußte, wurde die Zahl der zugelassenen Schutzjudenfamilien auf 100 begrenzt. Hinzu kamen der Rabbiner, der Vorsänger, der Schuldiener, der Arzt und der Hoffaktor, später auch einige Gemeindebeamte. Hinzu kamen aber auch die schutzsässigen Witwen (in den Zählungen etwa 18 bis 20) und das im Schutz mit inbegriffene Gesinde. Schließlich wohnten in den Judengassen stets zahlreiche fremde und einheimische Juden, die das Schutzrecht nicht besaßen, aber geduldet wurden als sogenannte Beisassen. Schließlich gab es immer viele Studenten um den Rabbiner. Jährlich durften bis zu drei Juden aufgenommen werden, aber nur dann, wenn die Zahl hundert nicht überschritten war. Jeder Aufzunehmende mußte von der Gemeinde empfohlen sein. Die Aufnahmegebühr war um ein wesentliches höher als bei nichtjüdischen Bürgerannahmen.

Die Autonomie der Jüdischen Gemeinde war recht erheblich: Sie führte ein eigenes Siegel mit der Umschrift *Gemeiner Judenschaftssiegel zu Mayntz* oder *Gemeine Judenschaft zu Mayntz*. Es hatte im Siegelfeld den Davidsstern und einen Judenhut. Die Abgaben erhob die Gemeinde bei ihren Mitgliedern und führte sie an die Kurfürstlichen Behörden ab. Der Gemeindevorstand setzte sich aus fünf Vorstehern (Vorgänger), fünf Einnehmern und fünf Deputierten zusammen. Das Amt des *parnas Hachodesch* (Mainzerisch: *Panas*), des Präses oder Schultheißen, wechselte monatlich. Der Schultheiß leitete die Finanzverwaltung der Gemeinde, urteilte über Disziplinarvergehen in der Synagoge. Erste Instanz in Klagen Jude gegen Jude war der Rabbiner. Unter der Aufsicht des Gemeindevorstandes amtierten zahlreiche Angestellte. Das Vereinsleben war ausgesprochen rege, das soziale Empfinden ausgesprochen ausgeprägt, ebenso das gesellige Leben. In den Häusern *Zur goldenen Kanne* und *Zum goldenen Adler* wurde Wein ausgeschenkt, ebenso gab es ein Caféhaus.

Die ersten umfassenden und recht genauen Zählungen der Mainzer Judenschaft stammen aus den achtziger Jahren des 18. Jahrhunderts. Die Gesamtzahl der Schutzverwandten betrug danach 137 Haushalte (einschließlich der Witwen). Rechnet man die Ehefrauen, die Kinder den Statistiken zufolge hinzu, so ergeben sich 543 Personen. Mit 124 Dienstboten belief sich die Gesamtzahl der Schutzjuden auf 667. Die Zahl der im Judenviertel wohnenden, aber nicht mit Schutzbriefen ausgestatteten Juden betrug 181, so daß die Mainzer Judenschaft insgesamt 848 Personen umfaßte. Das waren gut zwei Prozent der Mainzer Bevölkerung.



Abb. 5: Das ehemalige Judenviertel in einem Parzellenplan der Stadt Mainz, 1882/84.

Die drangvolle Enge in dem viel zu klein gewordenen Judenviertel, von den Juden selbst *Revier* genannt, kann man sich gut vorstellen. 1710 erwarb die Judenschaft als Körperschaft den an der südlichen Seite der Offenen Judengasse, sich bis zur Rechengasse erstreckenden Breidbachschen Hausgarten und errichtete darauf 10 Häuser. Erst 1768 gestattete Kurfürst Emmerich Josef von Breidbach-Bürresheim der Judenschaft, *weil sie so eng und ineinandergepackt wohne*, die Errichtung von fünf Häusern auf dem Hackelschen Garten an der östlichen Seite der späteren Löwenhofstraße (Nr. 4 bis 12). Schon vorher waren in der Margaretenstraße (Nr. 5 und 7) zwei Häuser entstanden und dahinter der schon erwähnte Schalethof und die Metzgerei errichtet worden.

Mit den zuletzt genannten Erweiterungen über die eigentlichen Judengassen hinaus in die östliche Richtung endete die bauliche Entwicklung des Mainzer Judenviertels. 1788 erlaubte die Kurfürstliche Landesregierung dem Juden Moses Seligmann Laimen, in einem nichtjüdischen Haus außerhalb der Judengassen eine Wohnung zu nehmen. Es scheint so, als sei dies der einzige Fall gewesen.

Die Bauplätze im Judenviertel waren ineinander verschachtelt, schmal und sehr tief. Zwei- und dreifenstrige Hausfronten überwogen. Die meisten Häuser waren in Holzbauweise aufgeführt und zunächst dreistöckig, dann vierstöckig und mit einem Zwerchhaus versehen. Da die vierstöckigen Häuser aber nicht höher sein durften als die dreistöckigen, war die Höhe der Stockwerke sehr gering. Manche Gebäude hatten Dachgarten, die sonst in Mainz nicht vorkamen. Jedes der zehn Häuser auf dem Breidbachschen Garten hatte eine Breite von 3,60 Metern. Die Grundstücke waren 15 Meter tief. Hinter den Häusern befanden sich Gärtchen oder Höfchen. Drei Zimmer und das Treppenhaus lagen hintereinander. Natürliches Licht kam nur von den beiden Schmalseiten. Sicherlich fand man auch einige stattlichere Häuser, aber sie waren, wie das Haus Hintere Synagogenstraße 10, deutlich in der Minderheit.

Drei historische Aquarelle zeigen das Leben in den Judengassen. Das älteste heißt *Moguntinum 1685. Purim in der Judtengas*, das zweite *Matrimonium Judaicum Moguntinum 1690*, und das dritte zeigt einen Leichenzug beim Verlassen der Geschlossenen Judengasse: Es hat den Titel: *Begrabung eines Judte Rabbi aus der Mayntzer Judtegaß 1710*. Anspruch auf eine getreue Darstellung der Örtlichkeit kann nur das letzte der Aquarelle erheben. Das Stadtarchiv Mainz besitzt nur ein einziges Foto von den ehemaligen Judengassen. Eine Aufnahme von Ernst Neeb zeigt die Hintere Synagogen-

straße, die ehemals Offene Judengasse, von der Klarastraße aus an der Stelle der abgerissenen Judenwache.

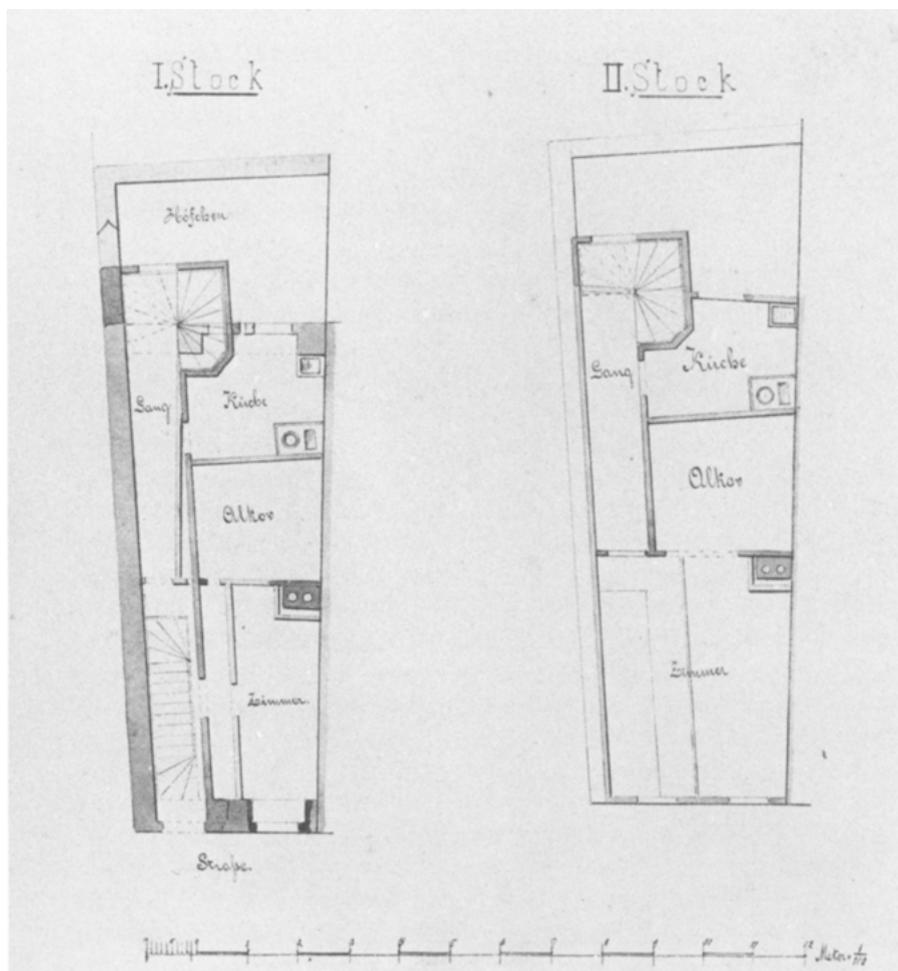


Abb. 6: Charakteristisches Haus in der Hinteren Synagogenstraße 5 (Offene Judengasse). Es hatte (zur Straße hin) eine Breite von 3,50 Meter und eine Tiefe von 12 Metern.

Zeitzeuge Schaab beschrieb die Judengasse in seiner Stadtgeschichte: Beide Straßen sind eng und schlängelförmig, ihre Häuser im spärlichsten Baustyl erbaut, mehrere noch in ihrem ursprünglichen Speißbewurf, und manche ohne diesen. Und in seiner Geschichte der Juden meinte er: Bei der Erbauung der Judengassen muß es an aller polizeilichen Aufsicht gefehlt

haben. Mit Ausnahme der Eckhäuser bei welchen auch nur der unterste Stock von Stein ist und des einzigen Ladenburg'schen Hauses, der Synagoge gegenüber, verraten alle einen ärmlichen Bauplan, der nicht auf die Gesundheit der Bewohner, sondern auf die Ersparung des lieben Geldes berechnet ist. Hingegen wies Hans Vogts 1910 auf den vielen kleinen Schmuck in den Judengassen hin. Er konnte allenthalben noch schöne Haus- und Innentüren sehen, Treppengeländer, Deckenschmuck. Die um 1770 errichteten Häuser auf dem Hackelschen Garten waren großzügiger und luftiger. Die Entwürfe stammten von dem bekannten Maurermeister Johann Karl Schrantz.

Mit der Erhebung von Emmerich Josef von Breitbach-Bürresheim zum Kurfürsten begann auch im Erzstift Mainz die Aufklärung und mit ihr kleinere Erleichterungen für die Judenschaft. Es hatte vor allem eine erhebliche symbolische Wirkung, als in den sechziger Jahren die beiden Tore an der Geschlossenen Judengasse ausgehängt und weggeschafft wurden. Untersuchungen zur Lage der Judenschaft ließ Friedrich Karl Josef von Erthal ab 1782 durchführen. Er wollte, so ließ man wissen, die Juden zu ihrer eigenen Glückseligkeit führen, ihre Religions- und Gewissensfreiheit aber nicht antasten.

Die Berichte der Beamten schildern übereinstimmend den materiellen Zustand der Judenschaft in trüben Farben. Wenigstens drei Viertel der Gemeindemitglieder wurden als arm oder unbemittelt und ungeeignet für *Entreprises* bezeichnet. Abgelehnt wurde weiterhin die Ausübung der Gewerbe, mit denen sich Nichtjuden beschäftigten. Für dringend notwendig erachtet wurde eine Reform des Schulwesens. Gegenwärtig, so hieß es, würden nur jüdische Religionsgrundsätze unterrichtet sowie das Lesen und Schreiben der hebräischen Sprache. An die Stelle der Privatlehrer sollten von der Gemeinde angestellte Lehrer treten. Verderblich erschien den Berichterstattern die Tatsache, daß die Lehrer aus Polen oder *Gott weiß woher* stammten. Ihnen sei es zuzuschreiben, wenn die Kinder eine Sprache sprächen, von der man im schlechtesten Winkel der Stadt nichts wisse. Als nachteilig wurde auch die Anwesenheit so vieler Studenten in Mainz geschildert, da sie von den Gemeindemitgliedern unterhalten werden mußten. Denn der Wohnraum im Judenviertel werde so knapp, daß *schier kein ordentlicher Schutzjude* zusätzlich dort wohnen könne.

Wichtige Reformen wurden durch die beiden Generalreskripte des Jahres 1784 veranlaßt: Den Behörden wurde eingeschärft, Juden wie Christen gleich schleunige Rechtsprechung zukommen zu lassen. Wieder einmal wurde die Deutschsprachigkeit der Geschäftsbücher angeordnet, die Prü-

fung jüdischer Amtspersonen und Lehrer durch staatliche Behörden vorgeschrieben, das Beerdigungswesen reformiert, den Kindern empfohlen, christliche Schulen zu besuchen und allen Juden erlaubt, Manufakturen und Nahrungsgewerbe zu gründen, die weder den Zünften vorbehalten waren noch Lehrlinge und Gesellen bedurften.

Die Reihe der von dem Mainzer Schutzjuden am Ende des alten Reiches ausgeübten Berufe war nicht sehr lang. Nur fünf von ihnen waren offiziell als Wechsler oder Geldverleiher ausgewiesen. Die meisten handelten *mit allem*, einige mit Kleinwaren, mit Tuch, einige mit Milch. Auch gab es Wirte, Spezereikrämer, Buchhändler. 16 handelten *mit nichts*.

Daß die Juden seit 1784 an der reformierten Mainzer Universität zu den ärztlichen Prüfungen zugelassen waren – als einziger wurde 1788 Josef Hamburg promoviert –, daß ihnen gleiche Behandlung vor dem Gesetz zugesichert wurde und jüdische Kinder zusammen mit christlichen Kindern in staatlichen Schulen erzogen werden sollten, entsprach dem aufgeklärten Konzept. Die Emanzipation der Juden konnte sich das Ancien Regime nicht vorstellen, aber in Kurmainz wurden die Reformen weiter vorangetrieben als anderswo. Georg Forster beispielsweise konnte diesen Bemühungen seine Anerkennung nicht versagen.

Im Jahre 1791 erteilte der französische Nationalkonvent den Juden die vollen Bürgerrechte. Dies galt auch für die Mainzer Juden, als Frankreich 1798 das linke Rheinufer in Besitz nahm. Napoleon, der ihnen 1808 die Führung von festen Vor- und Zunamen befahl, führte im selben Jahr auch die diskriminierenden Moralitätspatente ein. Diese hatten die Juden zu lösen, wenn sie Handel oder Gewerbe treiben wollten. Dazu hatte die Jüdische Gemeinde die rechtschaffene Führung zu bescheinigen, die Stadtverwaltung zu prüfen, ob der Jude Wucher getrieben hatte. Diese Moralitätspatente fielen erst 1847. In der hessischen Zeit blieb den Juden noch viele Jahrzehnte der Eintritt in den Staatsdienst verschlossen. Aber das Judenviertel, das Ghetto, hatte als solches aufgehört zu bestehen. 1798 bereits entfernte man die Pforten der Tore an der Geschlossenen Judengasse, im September desselben Jahres demolierte der junge Moses die Judenwache an der Offenen Judengasse, beließ es aber offenbar bei einem mehr oder weniger symbolischen Akt, denn die Judenwache wurde erst in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts abgerissen. Seit 1816 war sie im Besitz der Bundesfestung Mainz und wurde von der österreichischen Garnison genutzt.



החבר רבי משה הכהן שליטא עם איש אחד פון הערפתיים
פורצים הגדר של גהעסטא היהודים בשנת ק"ט נתי' לפ"ק
בבקר כוננעא

Wie Moise Kahn im Jahre 1798 die Tore der Maynzer Ghetto
unter Beistand eines französischen Sapeurs einreißt. Er zog
darauf mit Frau und Kind in die benachbarte Klaragasse.

Abb. 7: Blick von der Klarastraße und der Judenwache in die Hintere Synagogenstraße (Offene Judengasse).

Die Unterschrift lautet: „Wie Moise Cahn im Jahre 1798 die Tore der Maynzer Ghetto unter Beistand eines französischen Sapeurs einreißt. Er zog darauf mit Frau und Habe in die benachbarte Klaragasse.“ Aus: Revue rhénane, März 1923.

Moses Kahn war auch der erste, der aus dem Judenviertel auszog und mit seiner jungen Frau eine Wohnung in der Klarastraße nahm. Zahlreiche Familien folgten, zumal die wohlhabenden. Andererseits erlebte die Jüdische Gemeinde nach 1800 einen starken Zuwachs aus den Dörfern in der Umgebung. Bis 1816 hatte sie sich gegenüber den achtziger Jahren des 18. Jahrhunderts verdoppelt.

Der französischen Verwaltung verdanken wir den einzigen vollständigen und äußerst genauen Plan des gesamten Judenviertels. Chefingenieur St. Far ließ ihn 1813 anfertigen, weil er auf dem Dreieck zwischen Löwenhof- und

Emmeransstraße einen großen Platz mit einer neuen Synagoge mit Frauenbad und einem Haus für den *Großrabbiner* plante.

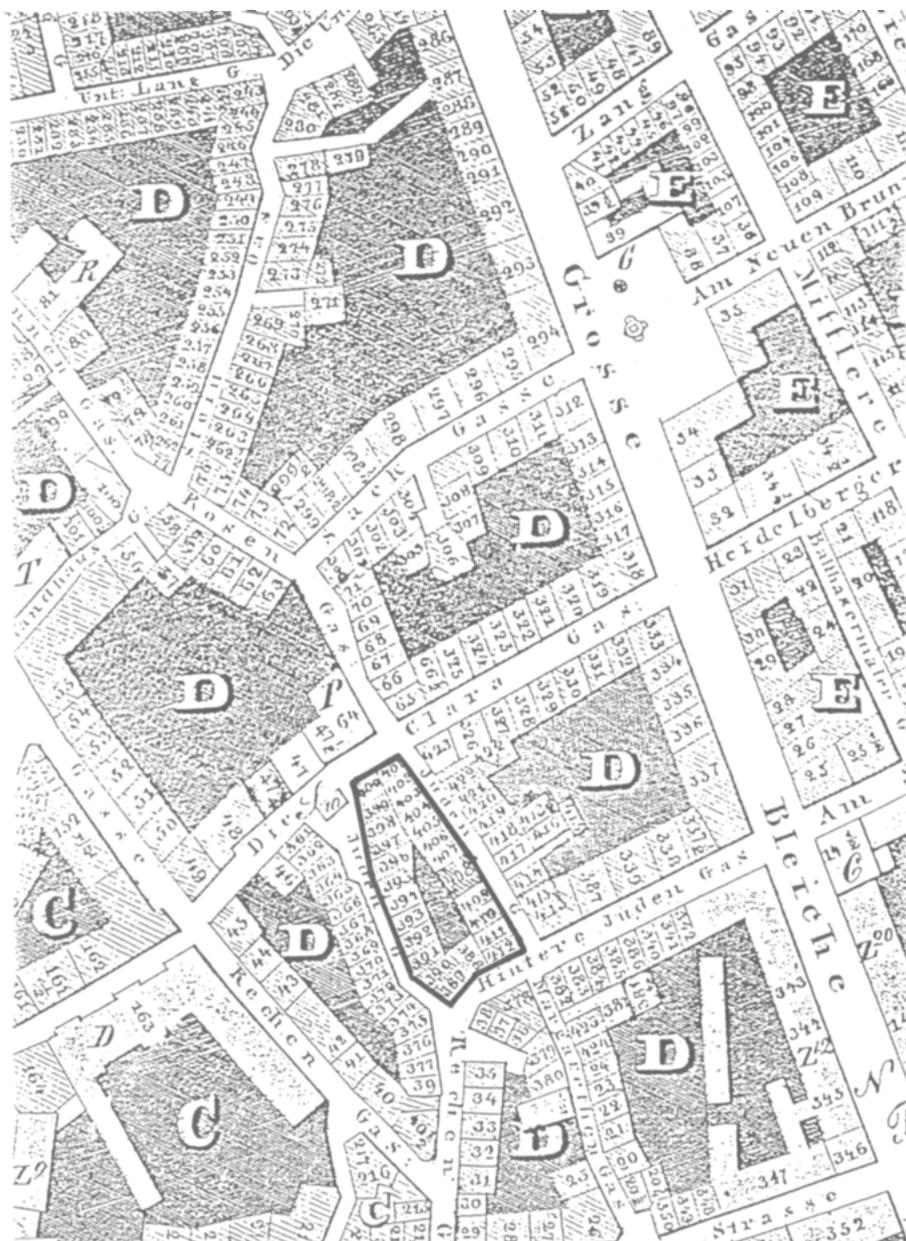


Abb. 8: Das ehemalige Mainzer Judenviertel mit der Synagoge (D 408) und der Judenwache (S 10) im Lehnhardtschen Stadtplan von 1844.

Noch in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts bestand die Mehrzahl der Bewohner des ehemaligen Judenviertels aus jüdischen Familien. Nach mehrfachen Umbenennungen hieß die Geschlossene Judengasse nun „Synagogenstraße“, die Offene Judengasse „Hintere Synagogenstraße“. Die alte Synagoge wurde 1853 nach der Spaltung der Jüdischen Gemeinde durch einen Neubau für die liberale Israelitische Religionsgemeinde ersetzt, am Flachsmarkt/Ecke Margaretengasse hatte die orthodoxe Israelitische Religionsgesellschaft ihre Synagoge errichtet. Diese blieb Gotteshaus bis zu den November-Pogromen 1938, während die Religionsgemeinde 1912 ihre neue prächtige Hauptsynagoge in der Hindenburgstraße einweihen konnte. Die Synagoge in der Synagogenstraße nutzte die Stadtverwaltung als Möbellager für Wohlfahrtszwecke.

Um 1930 hätte man nach jüdischen Familien vergebens im alten Judenviertel gesucht. Die Erinnerung an dieses löste die nationalsozialistische Stadtverwaltung im Januar 1936 aus: Aus der Synagogenstraße wurde eine Verlängerung der Margaretengasse, aus der Hinteren Synagogenstraße eine Verlängerung der Rechengasse. Im Mainzer Anzeiger konnte man lesen: *haben wir keine Veranlassung, unsere Straßen nach jüdischen Tempeln zu benennen.*

Anton Maria Keim schrieb einmal, „daß der Eintritt der Juden in das deutsche Bürgertum Geistes- und Wirtschaftsleben befruchtete und daß weder die bürgerlich-liberale Bewegung noch die deutsche Arbeiterbewegung“ denkbar gewesen seien, ohne den Beitrag deutscher Juden. Aber daran dachte damals keiner mehr.

Bei den Bombenangriffen im 2. Weltkrieg blieb im ehemaligen Judenviertel kaum ein Stein auf dem anderen. Bei Ausschachtungsarbeiten für den Neubau der Landesbausparkasse stieß man im Frühjahr 1993 auf historische Kellerräume und Fundamente. Die Synagogenstraße erhielt inzwischen ihren Namen als „Vordere Synagogenstraße“ zurück.

Quellen und Literatur

Stadtarchiv Mainz:

1/1 ff. (Ratsprotokolle 1510 ff.).

6/55 (Schatzungsbelagbuch 1614).

21/700 (Judenschaft allgemein).

Bild- und Plansammlung.

Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden:

Bestand 365 Nr. 560 (Register Mainzer Memorbuch 1583-1837).

- (Zwi AVNERI:) Art. „Mainz“. In: *Germania Judaica* II, 2 (1238 bis zur Mitte des 14. Jhs.), Tübingen 1968, S. 512-521.
- Richard DERTSCH: *Die Urkunden des Stadtarchivs Mainz. Regesten. Mainz 1962-1967.* (Beiträge zur Geschichte der Stadt Mainz, 20,1-20,4).
- I(smar)ELBOGEN: Art. „Deutschland“. In: *Germania Judaica* I (Von den ältesten Zeiten bis 1238). Breslau 1934 (Neudruck: Tübingen 1963, S. XVII ff.).
- Ludwig FALCK: *Mainz im frühen und hohen Mittelalter (Mitte 5. Jahrhundert bis 1244).* Düsseldorf 1972. (Geschichte der Stadt Mainz 2).
- DERS.: *Mainz in seiner Blütezeit als freie Stadt (1244-1328).* Düsseldorf 1973. (Geschichte der Stadt Mainz 3).
- DERS.: *Glanz und Elend der mittelalterlichen Judengemeinde.* In: *Juden in Mainz*, S. 25-42.
- Juden in Mainz. Katalog zur Ausstellung der Stadt Mainz im Rathaus-Foyer November 1978*, bearb. von Friedrich SCHÜTZ. Mainz 1978.
- Anton M. KEIM: *Emanzipation und Gleichberechtigung (1814 bis 1933).* In: *Juden in Mainz*, S. 70-82.
- Guido KLOSTERBERG: *Die Mainzer Judengassen (1662-1798).* Prüfungsarbeit zur 1. Staatsprüfung für das Lehramt an Gymnasien. Mainz 1993 (masch.).
- Adolf KOBER: *Grundbuch des Kölner Judenviertels 1135-1425. Ein Beitrag zur mittelalterlichen Topographie, Rechtsgeschichte und Statistik der Stadt Köln.* Bonn 1920. (Publikationen der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde 34).
- Leopold LÖWENSTEIN: *Zur Geschichte der Rabbiner in Mainz (1615-1848).* In: *Jahrbuch der Jüdisch-Literarischen Gesellschaft* 3, 1905, S. 220-240.
- Magenza: Ein Sammelheft über das Jüdische Mainz im 500. Todesjahr des Mainzer Gelehrten Maharil*, hrsg. von Sali LEVI. 1927. (Menorah 5 Nr. 12).
- Hermann-Dieter MÜLLER: *Der schwedische Staat in Mainz 1631-1636. Einnahme, Verwaltung, Absichten, Restitution.* Mainz 1979. (Beiträge zur Geschichte der Stadt Mainz 24).
- Alexander PINTHUS: *Studien über die bauliche Entwicklung der Judengassen in den deutschen Städten.* In: *Zeitschrift für die Geschichte der Juden in Deutschland* 2, 1930, S. 101-130 und 197-217.

- Bernhard POST: Die jüdischen Einwohner von Mainz am Ende des Ancien Regime. In: Beiträge zur Geschichte der Mainzer Juden in der Frühneuzeit, hrsg. von Heinz DUCHHARDT. Mainz 1981, S. 33-67.
- Siegmund SALFELD: Bilder aus der Vergangenheit der jüdischen Gemeinde Mainz. Festgabe zur Erinnerung an die 50jährige Wiederkehr des Einweihungstages (11. März 1853) der Hauptsynagoge zu Mainz. Mainz 1903.
- DERS.: Zur Geschichte der Mainzer Synagogen, in Mainzer Zeitschrift 3, 1908, S. 106-110.
- DERS.: Festschrift zur Einweihung der Neuen Synagoge in Mainz, 3. September 1912. Mainz 1912.
- DERS.: Die Mainzer Judenerben. In: Mainzer Zeitschrift 12/13, 1917/18, S. 144-156.
- (DERS. u. Alexander BEIN:) Art. „Mainz“. In: Germania Judaica I (Von den ältesten Zeiten bis 1238), Breslau 1934. (Neudruck: Tübingen 1963), S. 174-223.
- K(arl) A(nton)SCHAAB: Geschichte der Stadt Mainz, 4 Bde. Mainz 1841-1851.
- DERS.: Diplomatische Geschichte der Juden zu Mainz und dessen Umgebung, mit Berücksichtigung ihres Rechtszustandes in den verschiedenen Epochen. Mainz 1855.
- Heinrich SCHROHE: Die Mainzer Stadtaufnahmen des 16. bis 18. Jahrhunderts. Mainz 1930 f. (Beiträge zur Geschichte der Stadt Mainz 6-8).
- Friedrich SCHÜTZ: Aufklärung und Befreiung durch die Franzosen. Die Mainzer Judenschaft von 1763-1814. In: Juden in Mainz, S. 51-69.
- DERS.: Art. „Mainz“. In: Germania Judaica III, 2 (1350-1519), Tübingen 1995, S. 786-831.
- Hans VOGTS: Das Mainzer Wohnhaus im 18. Jahrhundert. Mainz 1910. (Beiträge zur Geschichte der Stadt Mainz 1).

Fritz Reuter

Die Heilige Gemeinde Worms. Zur Geschichte des Oberrheinischen Judentums

KAHAL KADOSCH WARMAISA – HEILIGE GEMEINDE WORMS, so lautet die Umschrift auf dem Pokal der Beerdigungsbruderschaft von 1609 und die Inschrift des Gemeindesiegels an einem Vertrag mit der Stadt Worms von 1699. Bis weit in den europäischen Osten drang der Ruhm der Frömmigkeit und der Gelehrsamkeit des rheinischen Judentums. Eine Inschrift in der Synagoge zu Sobron in Ungarn (unweit von Eisenstadt) berief sich bereits im 13. Jahrhundert auf die Synagoge zu Worms. In der Synagoge zu Mohilev am Dnjepr zeigte ein Wandbild aus dem 18. Jahrhundert den Typus des hochgebauten, vieltürmigen Jerusalem mit dem seinen Wipfel wiegenden Baum des Lebens (*Ez ha-chaiim*). Die hebräische Inschrift am Kopf des Bildes aber wies die Stadt als „Wirms“ aus, als die heilige Gemeinde Worms.

Art und Zeitpunkt der Ansiedlung von Juden am Rhein liegen noch immer weitgehend im Dunkeln. Vermutlich kamen sie bereits mit den Römern hierher. Doch ist darüber außer dem Datum 321 für Köln wenig bekannt. Für Köln läßt sich aus der Erwähnung ableiten, daß es dort eine jüdische Gemeinde gegeben hat. Es ist aber unwahrscheinlich daß diese kontinuierlich aus der spätrömischen Kaiserzeit in das Mittelalter übergehen konnte. In den Wirren der Völkerwanderungszeit sind die Spuren verloren gegangen.

Zur Zeit der Merowinger und Karolinger kamen jedenfalls Juden über Spanien und Frankreich, aber auch über Italien an den Rhein. Um 900 gibt es sichere Nachrichten, daß Juden in Mainz wohnen. Im 10. Jahrhundert lassen sie sich in Worms nachweisen und im späten 11. Jahrhundert siedelte ein Bischof von Speyer aus Mainz vertriebene Juden planmäßig in seiner Bischofsstadt an.

Die am weitesten zurückreichenden Angaben über Juden in Worms gehören in den Bereich der Legende. So heißt es, daß nach der Zerstörung des ersten Tempels im Jahr 586 vor unserer Zeitrechnung Juden das Heilige

Land verlassen und sich am Rhein angesiedelt hätten. Beim Prozeß Jesu seien sie gefragt worden, ob sie dessen Verurteilung und Hinrichtung für richtig hielten. Das hätten sie verneint, so daß sie keine Schuld am Tode Jesu treffe.



Abb. 1: „Worms“, Wandbild in der Synagoge zu Mohilev

Eine weitere Legende bringt ihre Niederlassung mit der Zerstörung des zweiten Tempels im Jahr 70 unserer Zeitrechnung in Verbindung. Der angebliche Stammvater der Kämmerer von Worms genannt von Dalberg, Marzellus, habe einige von ihnen mit an den Rhein gebracht. In Worms durften sie eine Synagoge und ein Talmudlehrhaus errichten. Zur Erinnerung an ihre Herkunft nannten sie ihre neue Wohnstätte „Klein Jerusalem“. Die Dalberger aber hatten seither das Recht, einen „Judenschutz“ auszuüben. Er umfaßte, jeweils gegen Gebührenzahlung, Gerichtsrechte und die Begleitung jüdischer Hochzeits- und Trauerzüge.

Obgleich beide Legenden objektiv falsch sind, besitzen sie eine innere Wahrheit. Sie betonen die lange Zeit jüdischer Ansiedlung am Rhein. Gegenüber einer oftmals feindlichen christlichen Umwelt wird eine Schutzbehauptung aufgestellt, die Wohlverhalten bezeugen soll. Zugleich verdeut-

licht die zweite Legende rechtliche und emotionale Bindungen an eine einflußreiche Familie aus dem Gefolge des Bischofs von Worms.



Abb. 2: Judengasse um 1630, Ausschnitt aus der Isometrie von Peter Hamman

Die frühesten quellenmäßig belegten Nachrichten stammen aus der zweiten Hälfte des 10. Jahrhunderts, wo Juden aus Worms als Händler auf einer Kölner Messe erwähnt werden. Ihre Niederlassung und Gemeindegründung erfolgte in einer Zeit der Festigung der bischöflichen Stadtherrschaft und stabilisierte sich seit Bischof Burchard I. (1000-1025), dem Stadterneuerer. Nur wenige Jahre nach Burchards 1018 geweihtem Dombau entstand die älteste bekannte Wormser Synagoge.

Auf einer Inschrifttafel neben dem Männerportal der Synagoge ist das Weihedatum festgehalten: *Elul 794* nach jüdischer Zeitrechnung. Das ist August/September des Jahres 1034. Der Text erzählt, daß Jakob ben David und seine Frau Rahel, ein kinderloses Ehepaar, ihr Vermögen zur Ehre des Allmächtigen verwendet haben. Sie ließen eine Synagoge bauen und statten sie aus. Damit erwarben sie sich „einen Ort und einen Namen“. Wer vorbeigehe und dies lese, der möge ein Amen sprechen.

Das Judenviertel, dessen topographische Lage im Nord-Ost-Bogen der inneren Stadtmauer sich seit dem Mittelalter bis zur Inbesitznahme des linken Rheinufer durch französische Revolutionstruppen (ab 1792) nicht geändert hat, entstand über einem bereits zur Römerzeit bebauten Bereich. 829 werden hier Friesen genannt. Um 900 ist in einer Mauerbauordnung die „Friesenspitze“ erwähnt. Sie verweist auf eine Friesensiedlung. In einer auf 1080 datierten, aber wohl erst im 12. Jahrhundert geschriebenen Urkunde zugunsten des Paulusstiftes findet sich diese Stelle in einer Beschreibung der Grenzen der Rupertuspfarrei, in deren Bezirk das Viertel lag, jedoch als „Judenpforte“ bezeichnet. Die Juden hatten offenbar die Nachfolge der Friesen angetreten. Wie diese übten sie den Fernhandel aus. Das belegt eine Urkunde, die König Heinrich IV. 1074 „den Juden und den übrigen Wormsern“ (*iudei et coeteri wormatienses*) ausstellte. Für die ihm politisch und militärisch zuteil gewordene Hilfe gestattete er Wormser Kaufleuten freie Durchfahrt an einigen königlichen Zollstellen (Frankfurt am Main, Boppard, Hammerstein, Dortmund, Goslar, Angermund).

Inwieweit der bischöfliche Stadtherr von Worms auf die Niederlassung der Juden und ihren Siedlungsplatz in der Stadt Einfluß genommen hat, läßt sich nicht belegen. Sicherlich hat er die Genehmigung zum Synagogenbau erteilt. Und ebenso wahrscheinlich ist es, daß er den Juden südwestlich vor der (inneren) Stadtmauer einen Platz für ihren Friedhof angewiesen hat. Der älteste auf dem „Heiligen Sand“ erhaltene Grabstein, errichtet für *Jakob habachur* (Jakob den Studenten, den Unverheirateten) stammt aus dem Jahr 1076. Zwar hat es in Mainz zweifellos mit der ersten Gemeinde auch einen Friedhof gegeben. Der älteste datierte Grabstein, der vermutlich auf diesem

Friedhof gestanden hat, stammte von 1049. Aber im Gegensatz zu Mainz, wo der Friedhof 1438 völlig abgeräumt und umgegraben worden ist, so daß erst 1926 unter Rabbiner Dr. Sali Levi die an verschiedenen Stellen der Stadt aufgefundenen ältesten Steine eine Wiederaufstellung in der Art eines Denkmalfriedhofes erfahren konnten, blieb der Wormser Judenfriedhof in seiner ursprünglichen Form erhalten. Gerade die ältesten Steine stehen in situ. Er darf daher als der *älteste erhaltene jüdische Friedhof Europas* bezeichnet werden. Daß es in Spanien, Frankreich und Italien wesentlich ältere Friedhöfe gegeben haben muß als in Mainz oder Worms, steht außer Frage.

Juden verunreinigen sich im kultischen Sinne beim Besuch des Friedhofes. Daher wird er möglichst weit entfernt vom Wohngebiet angelegt und auch nur bei Bestattungen oder zu den Jahrzeiten, wenn an Gräbern gebetet werden soll, aufgesucht. Dennoch ist er, wie die für Friedhöfe benutzte Bezeichnung als „Haus des Lebens“ zeigt, mit in die Gesamtheit der Schöpfung hineingenommen. Er bleibt unveräußerlich und unaufhebbar. Auf den zu Häupten der Toten stehenden Grabsteinen sind Name und Todesdatum festgehalten. Wer hier ruht, dessen Seele ist „beschlossen im Bündel des Lebens“.

Der Judenfriedhof aus dem 11. Jahrhundert wurde um 1260 ummauert und nach Norden erweitert. Das führte zu Auseinandersetzungen mit der Bürgerschaft, die 1278 beinahe zu einer Zerstörung des Friedhofes führten. Die Juden vermochten das nur durch eine hohe Geldzahlung zu verhindern. Jahrhundertlang diente der Wormser Friedhof nicht nur der Ortsgemeinde, sondern war auch Zentralfriedhof eines weiten Einzugsgebietes in den kurpfälzischen Landen.

Im nördlichen Erweiterungsteil stehen seit 1307 die Grabsteine für den als Märtyrer verehrten Rabbi Meir ben Baruch von Rothenburg, genannt MAHARAM (*Morenu Ha Raw Meir* = unser Lehrer Meir), und seinen Schüler Alexander ben Salomon Süßkind Wimpfen. Der in Worms geborene MAHARAM, eine rabbinische Autorität, organisierte 1286 eine Auswanderung von Juden in das Heilige Land. König Rudolf von Habsburg ließ ihn gefangennehmen und in einen Turm im elsässischen Ensisheim bringen. Die von deutschen Juden angebotene Lösegeldzahlung wies der MAHARAM wegen der geforderten Höhe zurück, so daß er bis zu seinem Tod 1293 im Turm blieb. Erst 1307 kaufte sein Schüler Alexander den Leichnam frei, um ihn auf dem Wormser Judenfriedhof zu bestatten. Als Alexander wenig später starb, wurde er an der Seite des MAHARAM beigesetzt. An den beiden Grabsteinen lassen sich beispielhaft Pflichten eines Juden

(*Mizwot*) ablesen: das Studium der heiligen Schriften, die Rückkehr nach Jerusalem (*Alija*), das Bemühen um Gefangene, die Bestattung der Toten sowie die Errichtung eines den Namen überliefernden Grabsteines.

Üblicherweise schauen die Toten und die sie besuchenden Angehörigen nach Jerusalem, also nach Osten. In Worms ist mit einer Südorientierung eine der seltenen Ausnahmen zu finden. Auch hier fehlt eine eindeutige oder doch überzeugende Begründung. Daß die Südung eines jüdischen Friedhofes zwar selten, aber nicht einmalig war, zeigt wiederum eine Legende. Danach werden am jüngsten Tag die Toten sich aus den gen Osten gerichteten Gräbern erheben und auf dem Weg rund um das östliche Mittelmeer ins Heilige Land nach Jerusalem ziehen. Jene aber, die in der Südrichtung bestattet sind, werden aufstehen, sich über die Alpen nach Genua begeben und von dort aus mit dem Schiff das Mittelmeer überqueren, um so nach Jerusalem zu gelangen.



Abb. 3: Grabsteine des Maharam und des Alexander, 1307

Legendär dürfte aber auch die Erklärung für die in Worms ungewöhnliche Ostung des Grabsteins für den aus Mainz stammenden Gelehrten Jakob Molin, genannt MAHARIL (*Morenu ha raw Jakob Molin* = unser Lehrer Rabbi Jakob Molin) sein. Er starb 1427 und wurde auf dem Judenfriedhof

bestattet. Angeblich hatte er als frommer Jude gewünscht, daß sein Grabstein geostet werden und um den Stein herum ein Freiraum von drei Ellen bestehen bleiben solle. Da es aber eher unwahrscheinlich ist, daß ein Jude einer Tradition wie in Worms zuwiderhandelt, darf als wahrscheinlicher gelten, daß der Stein einmal umgestürzt ist und dann – vielleicht von Nichtjuden – falsch wieder aufgestellt wurde. Um ein Herumrücken zu verhindern, wurde der Fehler durch die Legende geheilt.

Kultische Verunreinigungen wie beim Kontakt mit Tod oder Verwesung entstehen auch durch sexuelle Ausflüsse. Die Wiederherstellung der kultischen Reinheit wird durch Untertauchen in natürlich fließendem Wasser erreicht. Wo kein Flußlauf zur Verfügung steht, wird dafür ein kultisches Tauchbad gebaut, eine *Mikwe*. Sie soll rund 700-800 Liter Wasser (3 sea) enthalten und die Gewähr für vollständiges Untertauchen bieten. Die *Mikwe* ist kein „Frauenbad“ im engeren Sinne, sondern kann auch von Männern besucht werden. Frauen müssen sie nach der Monatsregel, vor der Hochzeit sowie nach der Geburt eines Kindes aufsuchen. Mit der *Mikwe* war gewöhnlich ein Warmbad für die vorausgehende Körperreinigung verbunden.

Das zwischen 1110 und 1120 im Speyerer Synagogenbereich angelegte Judenbad stellt ein Denkmal salischer Baukunst dar und ist ein architektonischer Beleg für die Bedeutung und die Wohlhabenheit dieser hochmittelalterlichen Judengemeinde. Auch die 1185/86 von Josef ha-Levi gestiftete Wormser *Mikwe* liegt neben der Synagoge. Ihre Verbindung mit der staufischen Baukunst und mit der Dombauschule ist offensichtlich. Als gemauertes und mit einer Treppe versehener Schacht reicht sie bis unter den normalen Grundwasserstand. Ihr Wasser erhält sie durch einen Grundwasserstrom, womit die Forderung nach „lebendigem“ Wasser erfüllt ist.

Den kultischen und geistigen Mittelpunkt des Judenviertels stellt die im 12. Jahrhundert erneuerte und 1174/75 fertiggestellte Synagoge (*Bet ha-Knesset*) dar. Auch sie ist in der Gebetsrichtung orientiert, nach Osten. Der hohe Raum besitzt zwei Schwerpunkte: den *Aron ha-Kodesch* (Heilige Lade für die *Tora*) und die *Almemor* oder *Bima* genannte Vorlesebühne. Nach jüdischer, aus der Bibel abgeleiteter Auffassung ist eine Gemeinde (*Eda*) vorhanden, wenn sich zehn Männer zusammengefunden haben. Eine lebende Synagoge bedarf zweier Voraussetzungen: der Anwesenheit der *Tora*, der Pergamentrolle mit dem Text der fünf Bücher Moses, und der Gemeinde. In der Synagoge wird gelehrt und gelernt, gebetet und gesungen. Mittelpunkt des Synagogalgottesdienstes ist das Ausheben und die Lesung aus der *Tora*. Dazu werden sieben Männer aufgerufen. Die Toralesung ist umgeben von Gebeten, Lesungen aus den Psalmen und den weiteren Büchern der jü-

dischen Bibel sowie Gesängen. Ein Vorbeter, als Sänger oder Kantor bezeichnet, führt die Handlung an. Am Schabbat, dem jüdischen Wochenfeiertag, und an zwei weiteren Wochentagen finden üblicherweise Toralesungen statt.



Abb. 4: Synagoge vor dem Umbau Mitte des 19. Jahrhunderts

Musikinstrumente wie die Orgel waren bis in das 19. Jahrhundert unüblich und sind es bei strenggläubigen Gemeinden noch heute. Der lange Zeit unweit von Worms in Heppenheim an der Bergstraße lebende Religionsphilosoph Martin Buber hat dies mit dem Bild von der „Orgel als klingendem Christentum“ verdeutlicht. Als die Wormser Gemeinde im 19. Jahrhundert liberal wurde, errichtete sie dennoch 1875 in der Alten Synagoge eine Empore mit Orgel. Gespielt wurde sie jedoch von Juden nur außerhalb des Gottesdienstes. Sollte sie an einem der hohen Feiertage erklingen, so beauftragte die jüdische Gemeinde damit einen Nichtjuden, eine spezielle Form des *Schabbes Goi*.

Um den Frauen, die ursprünglich nicht am Synagogalgottesdienst teilnahmen, eine Teilhabe zu ermöglichen, wurden Anbauten oder Frauenemporen mit besonderen Eingängen eingerichtet. In Worms ist 1212/13 durch das anscheinend kinderlose Ehepaar Meir ben Joel ha-Kohen und seine Frau Judith eine sogenannte „Frauensynagoge“ (*Bet ha-Naschim*) nördlich an die „Männersynagoge“ angebaut worden. Durch Fenster konnten die Frauen das Geschehen akustisch verfolgen. Zwar blieb der Frauenteil stets ein Anbau, bei dem es sich trotz der Bezeichnung als „Frauensynagoge“ wegen des Fehlens des *Aron ha-Kodesch* nicht um eine Synagoge handelte. Dennoch gab es hier Gesänge und Gebete, wie durch die auf Grabsteinen überlieferte Nennungen von Vorsängerinnen belegt ist.



Abb. 5: Mehlstube, Frauen- und Männersynagoge, Talmudlehrhaus (von links)

Eine Tür ermöglichte es, bei der Beschneidung eines Knaben das Kind aus der „Frauensynagoge“ in die „Männersynagoge“ zu reichen. Aus den Windeln wurde später der „Beschneidungs-Wimpel“ angefertigt. Der zusammengesetzte Stoffstreifen von etwa 3,50 Meter Länge enthält aufgemalt

den Namen und das Geburtsdatum des Knaben sowie einen oftmals durch bildliche Darstellung illustrierten Satz: Er möge heranwachsen zur *Tora* (gemeint ist die Aufnahme in die Gemeinde als *Bar Mitzwa*, Sohn der Pflicht), zur *Chuppa* (Eheschließung unter einem Baldachin) und zu guten Werken. Von den mehr als 500 Beschneidungswimpeln, die auf dem Dachboden der Synagoge lagen, sind nur wenige vom Feuer des Pogroms vom 10. November 1938 verschont geblieben. Einige davon sind im Jüdischen Museum im RASCHI-Haus zu sehen, andere befinden sich in Jerusalem.

Für den Juden ist es eine *Mitzwa*, eine Pflicht, zu lernen, d.h. Bibel und Talmud zu studieren. Beide Bücher bilden die Grundlage jüdischen Lebens. Die *Tora* – Gesetz oder Weisung – und der babylonische *Talmud* (neben ihm existiert noch der Jerusalemer *Talmud*) enthalten neben den Moses vom Allmächtigen gegebenen zehn Geboten zahlreiche Festlegungen und Regeln für das tägliche Leben in Haus und Synagoge, zuhause und auf Reisen. In das Talmudstudium wird in der *Jeschiwa*, der Talmudhochschule oder dem Lehrhaus, eingeführt. Einer solchen *Jeschiwa* und ihrem bedeutendsten Schüler verdankt Worms seine Berühmtheit in der jüdischen Diasporageschichte: dem Studium des Rabbi Salomon ben Isaak, genannt RASCHI (1040-1105). RASCHI stammte aus Troyes in Nordfrankreich. Als junger Mann kam er zum Talmudstudium an die damals im aschkenasischen Bereich (West-, Mittel und Osteuropa) hoch angesehenen Talmudhochschulen in Mainz und Worms. Nach seinen Studien bei Jakob ben Jakar und Isaak ben Eleasar ha-Levi kehrte er nach Troyes zurück, lebte vom Weinbau und betrieb eine eigene Talmudschule. Seine herausragende Leistung, die ihn zu einer „Leuchte des Exils“ werden ließ, sind seine Kommentare zu Bibel und Talmud. Der Talmudkommentar wird noch heute jedem Talmuddruck in charakteristischer Form (RASCHI-Schrift) beigegeben. RASCHI ist die Symbolgestalt, die beispielhaft für das aschkenasische Judentum steht. Ihm entspricht für das mediterrane sefardische Judentum der spanische Gelehrte Moses ben Maimon (1135-1204), genannt *Maimonides* oder *Rambam*. Eine eigenartige Fügung hat dazu geführt, daß Worms heute mit der Stadt Tiberias am See Genezareth in einer Städtepartnerschaft verbunden ist. In Tiberias wird das Grab des Maimonides gezeigt. So haben sich die Städte zusammengefunden, die mit den größten Persönlichkeiten des aschkenasischen und des sefardischen Judentums eng verbunden sind.

Die Berufung auf die anerkannte Autorität, die sich ihrerseits wieder auf ihre Lehrer berufen hatte – RASCHI spricht von seinen heiligen Lehrern –, ist ein traditionsschaffendes Merkmal jüdischen Denkens. Daraus leitet sich die Bedeutung der *Kahal Kadosch Warmaisa*, der heiligen Gemeinde

Worms, für jüdisches religiöses und historisches Verständnis ab. Obgleich es in Worms zahlreiche jüdische Gelehrte gegeben hat, werden sie doch alle von RASCHI überstrahlt. Daran ändert auch nichts, daß der große Morenu (unser Meister) den größten Teil seines Lebens in Nordfrankreich verbracht hat und in Troyes an einem heute nicht mehr bekannten Platz begraben worden ist.

Die Verbindung zwischen Nordfrankreich und dem Oberrheingebiet, die auch im christlich-kirchlichen wie im wirtschaftlichen Bereich bestanden hat, zeigt sich zwei Generationen nach RASCHI noch äußerst lebendig. Auf einer Rabbinersynode in Troyes war beschlossen worden, daß die Gemeinden Speyer, Worms und Mainz die Führung der deutschen Juden übernehmen sollen. Unter „deutsch“ ist der gesamte aschkenasische Bereich, unter „Führung“ die halachische Kompetenz in der Auslegung von Tora und Talmud zu verstehen. Um 1150 bestätigt eine Rabbinerversammlung in Mainz diesen Beschluß. Noch einmal wird damit die Bedeutung des oberrheinischen Judentums und seiner Gelehrsamkeit herausgehoben.

In einer eindrucksvollen Plastik, die im Jüdischen Museum RASCHI-Haus in Worms und im Speyerer Judenhof um die dortige *Mikwe* zu finden ist, hat der Speyerer Bildhauer Wolf Spitzer den „Rheinischen Juden“ charakterisiert: In seinem zerfurchten, wissenden Gesicht spiegelt sich die tausendjährige Geschichte der Juden am Oberrhein. Schläfenlocken und Davidstern prägen ihn ebenso wie Verletzungen und Beschädigungen. Er ist eingespannt zwischen das jüdische Gesetz seiner Herkunft und das ihm aufgezwungene Gesetz seiner nichtjüdischen Umgebung: Torarolle und Judenhut.

Das Nebeneinanderleben von christlicher Mehrheit und jüdischer Minderheit wurde in der frühen Zeit durch kaiserliche Erlasse geregelt. 1090 erließ Kaiser Heinrich IV. für die Städte Speyer und Worms jeweils ein Judenprivileg. Neben dem, allerdings gravierenden, Unterschied, daß in Speyer dem Bischof wesentliche Rechte über die Juden eingeräumt wurden, während in Worms der Kaiser sich als Gerichts- und Schutzherr der Juden zu erkennen gibt, weisen die beiden Urkunden vor allem Übereinstimmungen auf. Sie sind nicht original überliefert, wurden aber mehrfach abgeschrieben. Dabei kann es zu Umformulierungen und Erweiterungen gekommen sein. Den nachfolgend vorgestellten Kurzfassungen der einzelnen Punkte liegt eine Bestätigung durch Kaiser Friedrich I. Barbarossa vom Jahr 1157 zugrunde.

- 1) Alle Rechtssachen hängen vom Kaiser ab; Recht über die Juden spricht nur, wen sie selbst gewählt und den der Kaiser bestätigt hat.

- 2) Niemand darf ihr Erbrecht an Häusern, Gärten, Weinbergen, Äckern, Unfreien sowie beweglichem oder unbeweglichem Gut schmälern. Sie sollen ungestört in ihren Häusern innerhalb und außerhalb der Mauern der Stadt wohnen.
- 3) Sie haben in der ganzen Stadt das Recht, Geld zu wechseln, mit Ausnahme des Platzes vor dem Haus der Münzerhausgenossen (am Markt) und vor den Wechselstuben der Münzer.
- 4) Überall im Herrschaftsgebiet des Kaisers dürfen sie frei und ungestört Handel und Kaufmannschaft treiben. Dafür darf ihnen niemand Zoll oder sonstige Abgaben abverlangen.
- 5) Ohne ihre Zustimmung darf niemand in ihre Häuser Fremde einquartieren. Auch zu Gespanndiensten darf sie niemand auffordern.
- 6) Wird bei einem Juden Diebesgut gefunden, das er arglos gekauft hat, so soll er nach jüdischem Recht einen Eid schwören und den Kaufpreis angeben. Letzteren soll er zurückerhalten, das Gut aber soll dem rechtmäßigen Eigentümer zurückgegeben werden.
- 7) Untersagt wird die Zwangstaufe von Söhnen und Töchtern der Juden. Wer sich freiwillig taufen läßt, der verläßt damit das Recht seiner Väter und verliert sein Erbe.
- 8) Wer einem Juden einen heidnischen Knecht mittels der Taufe abspenstig macht, muß diesen zurückgeben. Aufgrund der erfolgten Taufe muß dem Knecht aber gestattet werden, das zu tun, wozu ihn seine christliche Taufe verpflichtet.
- 9) Außer an Sonn- und Feiertagen dürfen Juden christliche Mägde, Ammen und Hilfskräfte beschäftigen.
- 10) Christliche Unfreie (Sklaven) dürfen die Juden nicht kaufen.
- 11) Bei Streitigkeiten zwischen Christen und Juden soll nach den Gesetzen der Betroffenen Recht gesprochen werden.
- 12) Niemand darf einen Juden zu einem Gottesurteil mittels glühendem Eisen, kaltem oder warmem Wasser zwingen. Der Jude soll innerhalb von 40 Tagen einen Reinigungseid schwören. Durch einen einzelnen Zeugen darf er nicht überführt werden. Will er an den Kaiser appellieren, so ist ihm dafür eine Frist zu geben.
- 13) Wer dazu anstiftet, einen Juden zu töten, soll ebenso wie der Mörder bestraft werden. Auch wer einen Juden verwundet, wird bestraft.
- 14) Haben Juden unter sich Streit, so sollen sie von Ihresgleichen und nicht von Fremden abgeurteilt werden. Will ein Jude die Wahrheit unterdrücken, so soll diese vor dem Judenbischof gefunden werden.

Ist ein Jude einer schwerwiegenden Sache angeklagt, so kann er sich an den Kaiser wenden.

- 15) Juden ist es gestattet, ihren Wein, Farbstoffe und Arzneimittel an Christen zu verkaufen.

Das Privileg betrifft in 11 der 15 Punkte Fragen des kaiserlichen Schutzes der Juden, Rechts- und Gerichtsregelungen, den Wohnsitz und die Beziehungen zur christlichen Umwelt. Vier Punkte sind der wirtschaftlichen Tätigkeit gewidmet. Die bereits um das Jahr 1000 und erneut in der Urkunde von 1074 angesprochenen jüdischen Kaufleute werden von Sonderzöllen im Einflußbereich des Kaisers befreit. Ihr Geldhandel wird den Verhältnissen in der Stadt angepaßt, wobei die älteren Rechte der Hausgenossen ausdrücklich gesichert werden. Genannt werden einige Handelswaren. Sowohl das Eigentum an Weinbergen wie der Handel mit Wein finden Erwähnung. Bereits RASCHI ist uns als Weinbauer und Weinhändler entgegengetreten. Die steingemauerten Gewölbekeller der Judengasse dienten zur Aufnahme von Weinfässern. Jedenfalls stellt das Privileg für den wirtschaftlichen Bereich Handel und Geldgeschäfte klar heraus.

Im 14. Jahrhundert kam es nach einer zeitweiligen Verpfändung der Wormser Juden durch Kaiser Karl IV. an die Kurpfalz schließlich 1348 zur Übertragung der Obrigkeit über sie an die Stadt. Ausgenommen davon waren die alten Rechte und Ansprüche des Bischofs sowie entsprechende kaiserliche Rechte. Genaugenommen hatten die Juden jetzt drei Herren: Kaiser, Bischof und Stadt. Daß es dabei zu unterschiedlichen Rechtsauffassungen kam, daß aber auch die Juden diese Situation zu nutzen versuchten, liegt auf der Hand. Doch konnte die Stadt ihre Zuständigkeit für die in ihren Mauern lebende Judengemeinde weitgehend behaupten.

Trotz der 1090 erfolgten Festlegung, daß nur der Kaiser über die Juden rechtlich zu befinden habe, kam es in den folgenden Jahrhunderten zu bischöflichen Anordnungen. Dies ergab sich aus der bischöflichen Herrschaft aber die Stadt. Daneben erfolgte seit dem späteren 13. Jahrhundert zunehmend ein Zurückdrängen der Juden in ihr Viertel. Das läßt sich beispielsweise an dem Verbot des Besitzes oder Erwerbs von Grundeigentum durch Juden außerhalb der Judengasse ablesen, wie dies 1298 sowohl durch König Adolf von Nassau wie durch den Wormser Bischof Emicho bestimmt und beurkundet worden ist. Die vom 12. bis in das 14. Jahrhundert immer wieder zu findende Formulierung „Christen und Juden“, die eine rechtliche und ökonomische Gleichbehandlung bei unterschiedlichem Glauben nahelegt, verschwindet ebenso wie die durch sie intendierte Vorstellung.

Nach der Rückkehr der Juden nach dem Pestpogrom von 1349 regelte der Stadtmagistrat ihre Angelegenheiten durch sogenannte Judenordnungen. Darin war festgelegt, welche Gebäude die Juden neben den Wohnhäusern erbauen und benutzen durften: Synagoge, kultisches Bad, Tanzhaus für Festtage und Familienfeiern (auch als Hochzeitshaus bezeichnet, heutiges RASCHI-Haus). Sie durften einen Rabbiner als Gelehrten des jüdischen (talmudischen) Rechts ebenso halten wie einen Vorsänger und einen Schächter (ritueller Schlachter). Gestattet waren der Friedhof und die Beerdigungsbruderschaft (*Chewra Kaddischa*, heilige Gesellschaft), die das Bestattungswesen und die Sorge für die Hinterbliebenen übernahm, vergleichbar darin den Zünften.

An der Spitze der jüdischen Gemeinde und von ihr gewählt stand ein zwölfköpfiges Gremium, der Judenrat (*Parnassim*). Seine Bestätigung stand dem Bischof zu. Den Vorsitz führte der „Judenbischof“ (*episcopus iudeorum*), dessen Bezeichnung die Parallelsetzung zur christlichen Stadt mit ihrem bischöflichen Stadtherrn erkennen läßt. Der Judenrat als administratives Gremium der Gemeinde hatte die Entscheidung in judenrechtlichen Fragen zu treffen und war für die Einhaltung der jüdischen Gesetze sowie die Beziehungen zum Stadtmagistrat zuständig. Zu seinen unangenehmsten Aufgaben gehörte die Festlegung der vom einzelnen Gemeindemitglied zu zahlenden Steuer, da er gegenüber der Stadt zur Zahlung einer Pauschalsumme verpflichtet war.

Daß es im Judenrat Hierarchien und Vorrechte gab, zeigt der Ausschluß von Mitgliedern der Familien Walich, Drifzahn und Krieheim aus diesem Führungsgremium. Unter den Namensträgern Walich sind „welsche“, also italienische und möglicherweise sefardische Juden zu verstehen. Die Drifzahn oder Treves könnten aus Trier kommen und ursprünglich nicht in die oberrheinischen Gemeinden gehört haben. Die Krieheim stammen vermutlich aus einem nicht näher zu bestimmenden Ort und galten offenbar auch als Fremde. Eine überzeugende Erklärung für den Ausschluß aus dem Judenrat gibt es aber nicht.

Die Bestimmungen des jüdischen Rechts führten zu einer engen Verflechtung von privatem und synagogalem Bereich. Der maßgebliche Gelehrte des jüdischen Rechts war als Kenner von *Tora* und *Talmud* der Rabbiner. Er mußte in allen halachischen, das jüdische Recht betreffenden Angelegenheiten gefragt werden. Eine Ehe wurde deshalb vor ihm geschlossen, weil er imstande und berechtigt war, einen Ehevertrag (*Ketuba*) auf die rechtliche Gültigkeit zu überprüfen. Ein Rabbiner ist nicht mit einem Pfar-

rer gleichzusetzen. Den Gottesdienst in der Synagoge führte der Kantor oder ein Vorsänger an.



Abb. 6: Wormser Jude um 1600, Miniatur des Markus zum Lamm

Bereits seit dem 13. Jahrhundert hatte die Kirche eine äußere Kennzeichnung der Juden gefordert. Sie setzte sich im 14. und 15. Jahrhundert durch.

In der Wormser Judenordnung von 1584 heißt es in Artikel 20: *Alle unnd Jede Juden unnd Judin, Jung unnd alt, Inwonende unnd außländische, sollen Inn unser Stat Ir gewonlich Zeichen tragen, wie wir Inen darunder maßgeben. Nemblich einen Mantel, daruff ein gelber ring, Einer Zwerch handebreit ufgenähēt unnd nit angehengt oder Inn etwas verdeckt. Unnd ein gewonlich Schuelkapp. Doch sollen die Frembden Juden macht haben anstatt der Kappen Hüed zu tragen.* Die Schulkapp war die Kopfbedeckung, mit der ein Jude in die „Schul“, die Synagoge, ging. Daß auch die Wormser Juden Hüte trugen, und zwar bei Reisen in andere Städte, geht aus einer Zusatzbemerkung hervor. Danach dürfen sie bei kurzen Gängen aus der Judengasse in die Stadt oder an den Rhein anstatt der Kappen Hüte tragen. Für die gesamte Regelung waren im übrigen 12 Gulden zu zahlen.

Nahezu zeitgleich mit dieser Bekleidungsregel entstand um 1600 der von dem kurpfälzischen Rat Markus zum Lamm angefertigte *Thesaurus Picturarum*. Es handelt sich um eine in der Landes- und Hochschulbibliothek Darmstadt aufbewahrte umfangreiche Sammlung von Trachtenzeichnungen. Dazu gehören, durch die Überschrift eindeutig gekennzeichnet, auch die Miniaturen eines Wormser Juden und einer Jüdin. Der Jude hat einen Geldbeutel in der einen und drei Knoblauchzwiebeln in der anderen Hand. Da der Knoblauch hebräisch *SCHUM* heißt, dies aber auch die Abkürzung für die drei Judengemeinden Speyer, Worms und Mainz (*Spira, Warmaisa, Magerza*) bedeutet, weist ihn das Beizeichen als Angehörigen einer dieser bedeutenden Gemeinden aus. Frauen trugen ein Kopftuch, da die verheiratete Frau ihr Haupthaar nicht zeigte. Die Gans verweist wahrscheinlich auf die Kaschrut, die Speisegesetze.

In den *SCHUM*-Gemeinden wurden im 12./13. Jahrhundert Ergänzungen zum Ehe- und Erbrecht des Talmud festgelegt, die als *Takkanot SCHUM* bleibende Bedeutung erhielten. Über Jahrhunderte hinweg galten Speyer, Worms und Mainz in halachischen (religionsgesetzlichen) Fragen als Autoritäten. Zahlreiche Gemeinden des Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation haben bis in das Spätmittelalter in Worms um Rechtsbelehrung gebeten und die Antwort in Form von sogenannten „Responesen“ erhalten.

In Worms saßen die Juden von Anfang an in einem eigenen Viertel, in dem keine Christen wohnten. Die Bevölkerungszahl war sowohl vor dem Kreuzzugspogrom von 1096 wie vor dem Pestpogrom von 1349 größer (ca. 400-600 Personen) als im Spätmittelalter. Als 1377 eine Sondersteuer von den Juden erhoben wurde, mußten sie die Anerkennung des zu zahlenden Gesamtbetrages einzeln unterschreiben. Unterschrieben haben insgesamt 36 Familienoberhäupter. Das ergibt bei einem Multiplikator von fünf pro Fa-

milie und unter Hinzurechnung einiger Witwen, Junggesellen und Sonstigen rund 200 Personen. Gegen Ende des 15. Jahrhunderts war die Anzahl der in Worms lebenden Juden auf knapp 300 angestiegen. Dies war nicht etwa eine kleine, sondern ganz im Gegenteil eine große Gemeinde. Allerdings nahmen die Gemeinden etwa in Frankfurt am Main oder in Prag um diese Zeit stark zu, so daß sie Worms bald bei weitem überflügelten.

Doch kam es in Worms in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts ebenfalls zu einer Bevölkerungszunahme, als der Magistrat einer Verdoppelung der Einwohnerzahl der Judengasse zustimmte, um auf diese Weise mehr Steuern fordern zu können. Bis um die Mitte des 17. Jahrhunderts lebten neben rund 6000 christlichen Einwohnern in dem seit dem 14./15. Jahrhundert zum Getto gewordenen und durch zwei Tore abschließbaren Judenviertel rund 700 Juden, also mehr als 10% der Gesamtbevölkerung.

Erst im späten 16. Jahrhundert entstand die bildlich überlieferte drangvolle Enge einer geschlossenen, zumeist dreigeschossigen Bebauung, da das Judenviertel keine räumliche Erweiterung erfuhr. Die gewachsene Einwohnerzahl mußte innerhalb der bisherigen Abgrenzung untergebracht werden. Das führte zur Nutzung auch der kleinsten Freifläche sowie zur Teilung von Hausplätzen. Ablesen läßt sich dies an einer Differenzierung der vorgeschriebenen Hausnamen. 1642 finden sich an der Stelle des älteren Hausnamens „Zum Affen“ die Namen „Zum weißen Affen, Zum schwarzen Affen, Zum goldenen Affen“. Anstelle des Hauses „Zum Hirsch“ stehen jetzt vier Häuser: „Zum schwarzen Hirsch, Zum goldenen Hirsch, Zum roten Hirsch, Zum weißen Hirsch“. Im 17. Jahrhundert wurde es Mode, den Personennamen mit dem Hausnamen zu verbinden etwa „Gumprecht zum Hufeisen“. Diese Kombination ist auf Grabsteinen ebenso zu beobachten wie auf jüdischen Siegeln. Der Synagogendiener Jakob Maier gibt daher neben Name und Amt, die in hebräischen Buchstaben wiedergegeben sind, auch den Hausnamen „Zur Armbrust“ an, letzteren jedoch bildlich als Armbrustschützen.

Die Zeit der großen geistigen Bedeutung der Gemeinde war allerdings längst vorbei, und die Zeit der wirtschaftlichen Bedeutung ebenfalls. Die Gemeinschaft der SCHUM-Gemeinden existierte nicht mehr, da die Mainzer Juden um 1470 und jene von Speyer 1534 vertrieben worden waren. Obgleich in beiden Städten später wieder Juden aufgenommen worden sind, kam es während des Alten Reiches nicht mehr zu einer der früheren Zeit vergleichbaren Gemeindebildung. Im Gegensatz dazu erfuhr, von kurzzeitiger Austreibung oder Flucht infolge von Sozialunruhen oder Kriegszeiten

abgesehen, die Kontinuität der Wormser Gemeinde keine wirkliche Unterbrechung.

Spannungen zwischen Christen und Juden ergaben sich aus Konkurrenzdenken, vor allem aber aus der christlichen Auffassung, daß die Juden verstockt seien und das Christentum nicht anerkennen wollten. Vorurteile, Legendenbildung und phantastische Vorstellungen von Brunnenvergiftungen, frevelhaftem Umgang mit Hostien oder Ritualmorden an Kindern führten seit dem Hochmittelalter zu Überfällen auf das Judenviertel wie beim ersten Kreuzzug 1096 oder dem Pestpogrom von 1349. Sie gingen mit Plünderungen, Verwüstungen, und Vertreibungen einher. Jedesmal fiel ein großer Teil der männlichen Einwohnerschaft den entfesselten Schlägern und Mördern zum Opfer. Dennoch kehrten die Juden immer wieder an ihre Wohnplätze zurück. Austreibungsversuchen durch die Stadt wie um 1470 und um 1559 stellten sich die Kaiser aus eigenen Interessen, aber auch zur Wahrung verbriefter bischöflicher Rechte, erfolgreich entgegen. Entsprechendes gilt für die im Gefolge des Frankfurter Fettmilch-Aufstandes auch in Worms 1615 aus der geplünderten Judengasse vertriebenen Juden. Ihre Rückkehr erzwang in kaiserlichem Auftrag der Kurfürst von der Pfalz, die Schuldigen wurden schnell und hart bestraft. Daneben haben Juden offenbar erfolgreich vor dem Reichskammergericht gegen Austreibungsversuche geklagt. Hinter diesen Unruhen standen oftmals Kontroversen zwischen dem Magistrat und der zünftischen Bürgerschaft. Ausgetragen wurden sie auf dem Rücken der Juden. Neben ökonomischen Gründen spielten dabei ihre enge Bindung an den Magistrat als Obrigkeit eine Rolle. Schon von daher waren sie oppositionellen Kräften verdächtig. So wurden sie immer wieder die Opfer in einer Art von Stellvertreterkriegen.

Konnte man die Juden nicht aus der Stadt austreiben, so sollte doch der Versuch unternommen werden, sie zur Taufe und damit zum Übertritt zum Christentum zu veranlassen. Als auch das nicht gelang, ordnete der Magistrat in der Judenordnung von 1619 an, das Sonntagsausgehverbot der Juden für den Fall außer Kraft zu setzen, daß sie „der Christen Predigt und Kirch wollten besuchen“. 1633 setzten sich die lutherischen Pfarrer von Worms dafür ein, daß der Magistrat die Juden, wenn schon nicht zum christlichen Glauben selbst, so doch zum Studium desselben zwingen solle. Derartige Versuche wurden damals allgemein betrieben, wie ein zeitgleiches Schreiben der protestantischen Geistlichkeit der Stadt Straßburg belegt. Darin wurde angefragt, wie man es in Worms mit der Judenbelehrung halte.



Abb. 7: Vertreibung der Juden 1615 samt Strafgericht des Pfalzgrafen

Wirtschaftlich standen den Juden vor dem Pestpogrom zwar auch andere Berufe offen, doch fanden sie ihre Haupttätigkeit im Handel. Nach 1349 kam es zu einer Konzentration auf Geldgeschäfte und Kleinhandel. Nur bei besonderem Bedarf wurde es Juden gestattet, mit sonst den Zünften vorbehaltenen Gütern zu handeln. Dies galt in Worms für Wein, der auch als gekoscherter Wein für liturgische Zwecke beispielsweise nach Frankfurt geliefert wurde. Es gab jüdische Metzger wegen der vorgeschriebenen rituellen Schlachtung. Fleisch, das Juden nach den Speisegesetzen nicht essen durften, konnten die jüdischen Metzger an Christen verkaufen. Das führte jedoch zu Konkurrenzstreitigkeiten mit der Metzgerzunft.

Groß war der Ruf jüdischer Ärzte. Sie behandelten auch Christen, obgleich dies von kirchlicher und weltlicher Seite immer wieder untersagt

wurde. Aber selbst die Geistlichkeit hielt sich nicht daran. So ließ der Judentar Beifuß, mit vollem Namen Mosche Jehoschua Walich, genannt „Feiberlin“, dem Dekan des Liebfrauenstiftes seine medizinische Kunst zugute kommen. Feiberlin war Mitglied des Judenrates und betrieb nebenbei noch Weinhandel. 1603 lagen 34 Fuderfässer voll besten Weines in seinem Keller. Die meisten Bewohner der Judengasse waren allerdings nicht so wohlhabend.

Die Stadtzerstörung von 1689 im sogenannten „Pfälzischen Erbfolgekrieg“ (1688-1697) traf Christen und Juden gleichermaßen. Da die entvölkerte Stadt neue Einwohner benötigte, kam der Magistrat den Juden entgegen, damit sie sich wieder in der Judengasse niederließen. Durch einen Vertrag wurde 1699 ihre Leibeigenschaft aufgehoben. Sie galten jetzt als „Schutzverwandte oder Hintersassen“. Dem aus Worms stammenden kaiserlichen Hoffaktor in Wien Samson Wertheimer (1658-1724) gelang es, der Stadt die Juden-Mühle abzukaufen. Eine bildliche Darstellung dieser Roßmühle in der Judengasse zeigt, wie ein Stadtknecht Juden mit der Peitsche antreibt, das Mahlwerk in Gang zu halten. Dieses noch im 18. Jahrhundert in einer Chronik wiedergegebene Symbol der Unfreiheit verschwand. Mit rund 600 Juden gegenüber einer Gesamtbevölkerung von etwa 3500 Einwohnern, die erst gegen Ende des 18. Jahrhunderts auf rund 5000 Einwohner anstieg, erreichte die jüdische Gemeinde ihren prozentual höchsten Anteil (ca. 17%) an der Gesamtbevölkerung der Stadt.

Aber der Wiederaufbau war mühsam und von bescheidener Qualität, im Judenviertel ebenso wie in der gesamten Stadt. Die gesamte Stadtbevölkerung mußte schwere wirtschaftliche Schäden hinnehmen, aus denen sie im letzten Jahrhundert des Alten Reiches nicht mehr herausfinden sollte. Als 1718 Juden ihre Schulden bei der Stadt nicht zahlen konnten, ließ der Magistrat das „Schulsilber“ aus der Synagoge pfänden, mußte es allerdings bald wieder herausgeben. Waren die Wormser Juden bisher für die gebührenpflichtige und daher lukrative Ausstellung von Geleitsscheinen im Bereich der Kurpfalz zuständig gewesen, so verloren sie dieses Privileg jetzt an die Juden in Mannheim.

Das Ende von Fürstbistum und Freier Stadt, aber auch des jüdischen Gettos in Worms, kam mit den französischen Revolutionskriegen. Worms fiel durch den Vertrag von Campo Formio 1797 an Frankreich. Die napoleonischen Gesetze brachten für die Juden den Beginn der rechtlichen Gleichstellung (Emanzipation). Aus ihr entwickelte sich bis um die Mitte des 19. Jahrhunderts ein Nebeneinander aller Einwohner der Stadt auf gleicher Rechtsgrundlage. Die meisten jüdischen Familien zogen aus der Ju-

dengrasse in andere Teile der Stadt. 1849-1852 war der Textilkaufmann Ferdinand Eberstadt Bürgermeister von Worms, wohl der erste jüdische Bürgermeister in Deutschland. Jüdische Bürger spielten im kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Leben der Stadt eine bedeutende Rolle. Prozentual nahm jedoch die Anzahl der Juden, die zum Jahrhundertbeginn um 10% gelegen hatte, gegenüber der in der zweiten Jahrhunderthälfte stark anwachsenden nichtjüdischen Einwohnerschaft stetig ab.



Abb. 8: Plan der Judengasse 1500

Untertor (Osten) mit der Nordseite:

- | | |
|--|------------------|
| 31. Haus unten an der untersten Pforte | 35. Zur Büchs |
| 32. Zum Blech | 36. Zum Einhorn |
| 33. Haus | 37. Zum Grünbaum |
| 34. Zum Krug | 38. Haus |

Das Verzeichnis der Hausnamen beginnt am Obertor (Westen) mit der Südseite:

2. Zur Flasche an der Pforte
3. Daran angebautes Haus
4. Zum halben Mond
5. Zur Rose
6. Zum Hirschhorn
7. Haus im Gäßchen am Hirschhorn
8. Zum Stern
9. Dahinter im Gäßchen ein Haus
10. Zur Kante (Kanne)
11. Zum Roß
12. Zur Sichel
13. Neues Häuschen daneben
14. Zum Teufelskopf (später Zur Sonne)
15. Häuschen bei der Schule
16. Haus hinter der Schule
17. Haus dahinter
18. Zum Hasen
19. Zum Kessel (später auf der Nordseite genannt)
20. Haus
21. Haus neben dem Judenspital
22. Häuschen auf dem Platz
23. Neues Eckhaus
24. Zum Rad
25. Zur Heppe
26. Zum Hirsch (später auf der Nordseite genannt)
27. Zum Rebstock
28. Zum Wolf
29. Steinhaus zwischen Wolf und Rebstock
30. Haus neben der untersten Pforte
39. Haus
- 39a. Zur Gans
40. Zum Affen
41. Zum Bären
42. Haus nächst der Martinstorpforte (zugeich Nr. 1)



Abb. 9: Plan der Judengasse 1760

25. Zur Blume (am Scharfrichterturm, der mit zu Wohnzwecken benutzt wird)
26. Zur oberen Eichel
27. Zur unteren Eichel
28. Zum Pflug
29. Zum Knoblauch
20. Zur Pulverflasche
31. Zur Meise
32. Zur gelben Flasche
33. Zur weißen Flasche
34. Ein leerer Platz
35. Zum schwarzen Hirsch
36. Zur Leiter
37. Zum goldenen Hirsch
38. Zum Mittelhirsch

39. Zum weißen Hirsch (nicht an die Stadtmauer gebaut)
40. Zum jungen Wolf (geht hinten auf die gemeine Straße, heutige Bäregasse)
41. Ein leerer Platz

Obertor (Westen) mit der Südseite:

1. Zum schwarzen Roß
2. Zum weißen Roß
3. Zum schwarzen Hahn
4. Zum weißen Hahn oder zum langen Gang
5. Zum goldenen Roß oder zum steinernen Haus
6. Zum Blasebalg

Das Verzeichnis der Hausnamen beginnt am Obertor mit der Nordseite (Stadtmauerseite):

1. Zum weißen Schwert
2. Zum goldenen Schwert
3. Zum schwarzen Adler
(kleiner Bau für die Nachtwächter)
4. Zum weißen Bock
5. Zum goldenen Ring
6. Zum schwarzen Bären
7. Zum Hufeisen
8. Zur weißen Taube
9. Zum goldenen Affen
10. Zum weißen Affen
11. Zum schwarzen Affen
Nota: 9-11 haben den Stadtturm (Ziegelturm), worin drei Stuben übereinander gebaut sind.
12. Zur Tromm
14. Zur goldenen Gans
14. Zum weißen Schwan
15. Zum Paradies
16. Zur Nickelspote
17. Zur roten Armbrust
18. Zum grünen Baum
(unbebaut; Garten, dahinter der Folterturm)
19. Zum Pfau
20. Soll ebenfalls das Schild „Zum Pfau“ führen
21. Zum Kessel
22. Zum roten Apfel
23. Zur Büchse
24. Zum Hasen

7. Zum Springbrunnen
8. Zum Hinterstern (zuvor drei Häuser, jetzt zusammengebaut)
9. Zur goldenen Kante (Kanne, ein Doppelhaus, dessen Hälften zur oberen und zur unteren Kante genannt werden)
10. Ein leerer Platz
11. Zur Hinterkron
12. Zur Sichel
13. Zur Waage
14. Zur Sonne
15. Die Juden-Schule (Synagogenbereich mit G = Gemeinde- und Mehlstube, R = Raschikapelle und M = Mikwe)

- | | | |
|---|---|--|
| 16. Ein leerer Platz, zur Claus gehörig (hat zwei Keller) | 30. Zur goldenen Kette | 45. Zum goldenen Lamm |
| 17. Garten, zur Claus gehörig | 31. Zum Korb | 46. Zum Stuhl |
| 18. Zum Spiegel | 32. Zum Hecht | 47. Zum grünen Hut |
| 19. Zur Claus oder Tanz-Haus | 33. Zum roten Löwen | 48. Zum roten Ochsen |
| 20. Ein leerer Platz zwischen Claus und Judenschule | 34. Soll ebenfalls das Schild „Zum roten Löwen“ führen (zuvor ein Haus zusammen mit 33) | 49. Zum weißen Ochsen |
| 21. Zum Becher | 35. Großer Platz am Schlachthaus | 40. Ein leerer Platz (unterkellert) |
| 22. Soll ebenfalls „Zum Becher“ heißen | 36. Schlachthaus | 41. Ein Gäßchem mit einem Brunnen, dahinter ein leerer Platz |
| 23. Der Juden Backofen | 37. Weingarten beim Schlachthaus | 52. Zum Gutruff |
| 24. Zwei Häuser ohne Schild (noch nicht lange gebaut, darin B = Bad bzw Mikwe für Männer) | 38. Judenspital (besteht aus zwei Häusern) | 53. Ein leerer Platz |
| 25. Zum neuen Bau (zuvor drei leere Plätze) | 39. Ein großer Garten mit zwei Gartenhäusern | 54. Zum Schlüssel |
| 26. Zum weißen Löwen | 40. Ein leerer Platz (unterkellert) | 55. Zum Rebstock |
| 27. Zum fröhlichen Mann | 41. Haus ohne Namen | 56. Zum Rad |
| 28. Zur Laute | 42. Ein leerer Platz | 57. Zum Riesen |
| 29. Ein großer alter Platz (worauf früher die Roßmühle gestanden hat) | 43. Zum Handschuh | 58. Ein alter Platz, soll „Zum unteren Riesen“ heißen (Keller, zugeworfener Brunnen) |
| | 44. Heißt ebenfalls „Zum Handschuh“ | |

Ziffern und Buchstaben: I Martinspforte; II Ziegelturm; III Henker- oder Folterturm; IV Scharfrichterturm (heute neben Raschi-Tor); V Judenpforte; OT oberes Judentor; UT unteres Judentor

Zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft 1933 wohnten in Worms bei einer Gesamtbevölkerung von 50879 Einwohnern 1144 Juden (2,25%). Die zunehmende Ausgrenzung aus dem öffentlichen und wirtschaftlichen Leben veranlaßte viele von ihnen, die Stadt zu verlassen oder auszuwandern. Am 10. November 1938 wurde die Alte Synagoge niedergebrannt. Wohnungen und Geschäfte wurden demoliert, Menschen mißhandelt und getötet. Schließlich erfolgte 1942 die Deportation der letzten Juden in Konzentrationslager, wo die meisten von ihnen ermordet worden sind. Ein dieser Tragödie deutschen Judentums gewidmetes Buch trägt den zutreffenden Titel „Keiner blieb verschont“. Die tausendjährige jüdische Gemeinde war ausgelöscht.

Heute ist die „Heilige Gemeinde Worms“, das einstige „Klein Jerusalem am Rhein“, Geschichte geworden. Doch noch immer spiegelt sich ihr Abglanz in der in ihren Grundzügen erhalten gebliebenen Judengasse, in der wiederaufgebauten Synagoge, im Jüdischen Museum RASCHI-Haus, vor allem aber im tausendjährigen Judenfriedhof. Der Blick von dort hinüber zum Dom umgreift in einmaliger Intensität die Verflechtung von Christentum und Judentum am Oberrhein. Sie ist – in Gut und Böse – ein Abbild der gemeinsamen deutschen Geschichte.

Literaturauswahl

- Otto BÖCHER: Der Alte Judenfriedhof zu Worms (Rheinische Kunststätten, H. 148).
- Otto BÖCHER: Die Alte Synagoge zu Worms. In: Festschrift zur Wieder-
einweihung der Alten Synagoge zu Worms. Hrsg. Ernst ROTH. Frank-
furt/M 1961, S. 11-154, mit zahlreichen Bildtafeln.
- Otto BÖCHER: Die Alte Synagoge zu Worms. München (Große Baudenk-
mäler, H. 181).
- Germania Judaica. Bde. I-III. Tübingen 1963-1987.
- Henry R. HÜTTENBACH: Herta Mansbacher. Porträt einer jüdischen Lehre-
rin, Heldin und Märtyrerin (1885-1942). Worms 1981.
- Fritz REUTER: Bischof, Stadt und Judengemeinde von Worms im Mittelalter
(1349-1526). In: Neunhundert Jahre Geschichte der Juden in Hessen.
Beiträge zum politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben
(Kommission für die Geschichte der Juden in Hessen), Wiesbaden
1983, S. 41-81.
- Fritz REUTER: WARMAISA. Tausend Jahre Juden in Worms. Frankfurt
a.M. ²1987.
- Fritz REUTER: Jüdisches Worms. RASCHI-Haus und Judengasse. Worms
1992.
- Fritz REUTER: Artikel Worms. In: Germania Judaica. Hrsg. Arye MAIMON
s.A., Mordechai BREUER und Yacov GUGGENHEIM. Bd. III/2, Tübin-
gen 1995, S. 1671-1697.
- Annelore und Karl SCHLÖSSER: Keiner blieb verschont. Die Judenverfol-
gung 1933-1945 in Worms. Worms ²1989.

Franz-Josef Heyen

Emanzipation, Reform und Selbstbesinnung. Juden in rheinisch-pfälzischen Gemeinden im 19. Jahrhundert

Es gibt in Deutschland und auch in einigen anderen Staaten fast keine (jüdische) Gemeinde von Namen, die nicht ihren Gottesdienst mehr oder minder reformiert hätte. Selbst die der Orthodoxie huldigenden haben die deutsche Predigt, haben den Chorgesang, haben die Konfirmation, haben eine Modifikation des Mitzwoth-Versteigerns, haben eine gewisse Ordnung aufgenommen, und alles dies, selbst die letzte, ist Reform. Das Judentum ist an viel gefährlicheren Klippen nicht gescheitert, und es wird wahrlich durch die Kultusreform keinen Schaden erleiden (Dokumentation zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung IV, Nr. 25). So schreibt Rabbiner Ben Israel im Vorwort seiner Darstellung über „Die Gottesdienstweise in der Synagoge zu Koblenz“ von 1861.

Dem möchte ich anschließen eine Passage aus einer Rede Chaim Weizmanns (geboren 1874 in Pinsk, gestorben 1952 als erster Staatspräsident des Staates Israel) von 1906 in Berlin, wie sie der bedeutende deutsche Zionist Kurt Blumenfeld in seinen Erinnerungen 1962 berichtet:

Seine Rede hatte einen ganz anderen Klang als die jiddischen Reden der russischen Zionisten, die ich bis dahin gehört hatte. „Ich bin ein Chemiker“, begann er, „ich stelle deshalb am liebsten den Zionismus und die Judenfrage in den mir vertrauten wissenschaftlichen Ausdrücken dar. Jeder von Ihnen ißt gern eine gute Fleischbrühe. Wir nannten es in Jiddisch „a Joich gemacht von der Mammen“. Wenn die Suppe nicht genug Salz hat, dann schüttet man Salz hinzu; wenn sie versalzen ist, gießt man sie weg. In diesem Bilde sehe ich die ganze Judenfrage in den europäischen Ländern. Die Suppe wird von den Nichtjuden gekocht, und wir sind das Salz, das sie brauchen. Sie treffen die Entscheidung über die Quantität des Salzes. Weh uns, wenn man uns zu sehr fühlt! Jetzt entsteht die Frage: Will ein Jude nur Salz in der Suppe der anderen sein, oder will er selbst eine eigene Substanz darstellen? (Kurt Blumenfeld: Erlebte Judenfrage. 1962, S. 40)

Der große und z.T. führende Anteil von Juden am öffentlichen, geistig-wissenschaftlichen und kulturellen Leben Deutschlands im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert ist oft dargestellt worden und – wie mir scheint – auch im historischen Bewußtsein der Deutschen (soweit es das gibt und was man auch darunter verstehen und dazu zu sagen haben mag) heute verankert. Dabei will ich nicht verkennen, ohne dies aber hier näher ausführen zu können, daß alte und neue antisemitische Ressentiments wie auch philosemitische Überzeichnungen einer unverklemmten Einbindung der Juden in das allgemeine Bild der Gesellschaft dieser gut einhundert Jahre in gleicher Weise entgegenstehen. Der Anteil deutscher Juden als Ärzte, Juristen, Naturwissenschaftler, Historiker und Germanisten, Musiker und Komponisten, Maler und Bildhauer, Dichter und Schriftsteller, in Wirtschaft, Handel und Bankwesen, aber ebenso als Lehrer und Erzieher und auch in einer breiten, oft übersehenen Palette sozialer Dienste ist das Ergebnis des beieindruckenden Weges, den – nicht allein die Mehrzahl der deutschen, sondern ebenso große Teile der westeuropäisch-amerikanischen – Juden seit dem 18. Jahrhundert beschritten haben. Damals suchten und fanden führende Kräfte des jüdischen Volkes die Teilhabe am Denken und Handeln der sogenannten europäischen Aufklärung, einer Aufklärung, die ja in gleicher Weise den Anstoß gegeben hat zu einer, wenn auch zögernden und manchmal auch zurückweichenden, jedenfalls aber schrittweise voranschreitenden rechtlichen und dann auch gesellschaftlichen Gleichstellung der Juden. Und wir sollten uns dabei auch bewußt bleiben, daß es sich dabei – vor nun gut 200 Jahren – noch um eine christlich dominierte Gesellschaft handelte, die sich im übrigen sehr schwer tat, untereinander wenigstens Toleranz zu üben. Emanzipation – nicht nur der Juden – ist dafür lediglich eine – oft mißverständene und mißbrauchte – Vokabel für eine gesamtgesellschaftliche Entwicklung.

Das soll und kann hier nicht dargestellt werden. Aber wenn jede Beschäftigung mit der Geschichte der Juden und zumal deutscher Juden für uns Deutsche zwangsläufig und notwendig in deren Diffamierung und Ausgrenzung, in Pogrom und Vertreibung, und schließlich in Lager und Mord endet, dann gehört dazu auch das Wissen um diesen Anteil der deutschen Juden am kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Leben Deutschlands zu Beginn der 30er Jahre unseres Jahrhunderts. Eines Anteils, den sich diese jüdischen Menschen und deren unmittelbaren Vorfahren in einem für sie oft sehr mühsamen Prozeß haben erkämpfen und sich selbst haben abringen müssen.

Trotz all der nazistischen Bemühungen um „Entjudung“ und Arisierung des öffentlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Lebens sind viele dieser

von deutschen Juden geschaffenen und getragenen Werke deutscher Kultur und deutschen Geisteslebens noch erhalten. Und wir sollten auch dazu stehen, sie als Werke *deutscher* Kultur zu verstehen und zu bezeichnen – und nicht etwa als deutschsprachige Werke jüdischer Kultur, was sie *auch* sind. Ihnen die Zugehörigkeit zur deutschen Kultur abzusprechen wäre ja genau das, was die nazistische Propaganda uns lehren wollte.

Wer dieser auch heute noch unübersehbaren Wirklichkeit jüdischen Lebens in der Gesellschaft der 20er Jahre dann das Zerrbild des „Stürmers“ gegenüberstellt, kann vielleicht verstehen, daß nicht wenige Juden zunächst gar nicht glauben konnten, daß sie da gemeint sein könnten. Aber man kann dann – und erst dann – auch erahnen, was damals in diesen Menschen, die sich voll integriert – und nicht etwa nur assimiliert – wußten, zerbrochen wurde. Auch diejenigen, die in der Flucht ihr Leben retten konnten, haben bis an ihr Lebensende an diesem Ausgestoßensein gelitten; wenige, die noch leben, leiden noch heute. Manche auch dann, wenn sie in ihre alte Heimat zurückkommen und hier als Gäste, als Fremde, empfangen werden.

Der deutsche wie auch allgemein der westeuropäische Katholik der Gegenwart sieht da – so nahe beim Mainzer Dom soll doch auch das gesagt sein – eine Fülle von Parallelen zu Reformbemühungen seiner eigenen Kirche, die sich im 19. und frühen 20. Jahrhundert ja auch im Ghetto wußte und – im übrigen deutlich später als das Judentum – das „aggiornamento“ suchte. Ein Vergleich wäre gewiß interessant und aufschlußreich, kann aber an dieser Stelle nur angedeutet werden, weil hier die Entwicklung nach 1945 bis in die Gegenwart bei Juden wie bei Katholiken einzubeziehen wäre. Das kann aber nicht Sache dieses Referates sein, wenn auch die Ihnen allen zumindest in Umrissen bekannte Perspektive verdeutlichen mag, wie wichtig und fruchtbar hier der Dialog über den tiefen Bruch des Holocaust hinaus in einer auch daraus erwachsenen Besinnung und Weiterentwicklung des Welt- und Menschenbildes christlicher Konfessionen geworden ist und bleibt. Doch damit genug der Vorbemerkungen und Einschränkungen.

Ich möchte versuchen, aus diesem allgemeinen gesellschaftlichen Prozeß der Emanzipation, der Assimilierung und der Integration in eine moderne Gesellschaft insbesondere den Aspekt des Juden als Jude, als *homo religiosus*, als Angehöriger des Volkes Gottes herauszugreifen, werde aber natürlich auch die Alternative des Zionismus zu Wort kommen lassen. Es geht aber bei all diesen Aspekten nicht – oder nicht nur oder an erster Stelle – um den Juden in einem deutschen Umfeld, sondern um den Juden im deutschen Umfeld des 19. und frühen 20. Jahrhunderts – und das heißt ja, wie es

schon angedeutet war, konkret im Umfeld eines primär humanistisch-hegelianisch geprägten, aufgeklärt-evangelischen deutschen Bürgertums.

Worum es – zunächst und ganz vordergründig – ging, ist im einleitenden Zitat des Koblenzer Rabbiners von 1861 gesagt, nämlich:

- um Predigt und Gebet in deutscher Sprache,
- um Chorgesang (und nicht Volksgemurmel) und Orgel,
- um Konfirmation (an Stelle der Bar Mizwa),
- um eine „gewisse Ordnung“ – wie es so schön heißt, die das impulsive Leben und Treiben „wie in der Juddenschull“ abschaffen wollte.

Ich will das an einigen weiteren einheimischen Quellenzeugnissen illustrieren. Die andere Sicht nämlich von Mitgliedern der Synagogengemeinde Koblenz zu den – übrigens in Verbindung mit der Einweihung einer neuen Synagoge im Januar 1851 eingeführten – Reformen mögen Auszüge einer Beschwerde zweier Juden (einer davon ein Akademiker) beim preußischen Ministerium der geistl. Angelegenheit in Berlin vom 23. November 1852 verdeutlichen:

... allein die Einrichtung des Gottesdienstes steht im grellen Widerspruch mit dem Gewissen eines wahren Israeliten. Wir begnügen uns nur anzuführen, daß ein Gebetbuch eingeführt worden, welches abweichend von dem bis jetzt in der ganzen Welt von Juden geführten ist. Diese und mehrere andere Einrichtungen, so wie Einführung einer Orgel, wo ein christlicher Organist, ein christlicher Diener und Balgentreter angestellt sind, welche Kosten alle von den Gemeindegliedern getragen werden sollen, hat mit Recht bei vielen Unzufriedenheit hervorgebracht. ... [Wir wollen es] einem Hohen Ministerium zur Beurteilung ehrerbietigst überlassen, welche religiöse Richtung eine Gemeinde nehmen muß, wenn die religiöse Leitung und Einrichtung derselben solchen Personen anvertraut ist, die sich über die Beschneidung und Taufe ihrer Kinder hinwegsetzen und sogar schon mit dem Plane umgegangen sind, in der Religionsschule die Lehre der Heilighaltung des Sabbats im Betreff des Geschäftes Feuer anzuzünden und das Speisegesetz abzuschaffen. ... [zum Bestehen einer jüdischen Gemeinde gehören unbedingt drei Institutionen] nämlich a) eine Synagoge, b) ein Friedhof, c) ein Frauenbad. Nunmehr aber ist durch den Verkauf der alten Gemeindehäuser kein Frauenbad mehr vorhanden und an ein neues zu erbauen kein Gedanken vorhanden... (Dokumentation zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung IV, Nr. 18).

Diese wahrscheinlich – zumal in kleinen Gemeinden – weitverbreitete konservative Grundhaltung kommt auch anschaulich, fast rührend, in einer

Beschwerde von acht Juden aus Rheinbreitbach bei der Regierung in Koblenz über eine neue Synagogenordnung für Linz von 1869 zum Ausdruck: *Wir... wollen keine Neuerungen, wir halten streng und gläubig fest an dem Ritus, den Zeremonien und Gebräuchen, wie wir sie von unsern Vorfahren ererbt haben, wie sie lange Jahre hindurch unsere Eltern und unsere Großeltern gehabt und sich dabei zufrieden und glücklich gefühlt haben. Unsere Religion basiert zum großen Teil auf den Zeremonien, die uns unsere Väter überliefert und die wir mit allen uns zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln zu erhalten uns bestreben werden. Niemals ist in der hiesigen israelitischen Gemeinde ein Streit oder Zank vorgekommen, stets haben wir einig zusammenhaltend unsere Gebete nach dem alterherkömmlichen Ritus verrichtet und sind dabei glücklich gewesen...* (Dokumentation zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung IV, Nr. 30). Dieses Schreiben vom 17. März 1869 liegt nun fast exakt 125 Jahre zurück. Es könnte ebenso gut (oder schlecht) vor 60 oder 30 Jahren von konservativen Katholiken geschrieben worden sein, die sich damit freilich kaum an einen Regierungspräsidenten gewandt hätten.

Der Vergleich kann uns bewußt machen, daß man Änderungen von Gewohnheiten und Gebräuchen und insbesondere solche des religiösen Kultes nicht nur von der Notwendigkeit einer Weiterentwicklung und Modernisierung sehen und werten sollte, sondern auch als schmerzenden Eingriff.

Im Kontext jüdischer Geschichte bzw. der Geschichte jüdischer Gemeinden in unserer Gesellschaft heißt dies, daß uns bewußt bleiben sollte, daß Gleichstellung und Assimilation nicht – wie es meist gesehen und dargestellt wird – nur ein Prozeß der (zudem auch noch nur zögernden, oft weiterhin diskriminierenden) Befreiung ist, sondern daß den in ihre stark vom formalisierten Kult geprägte Religiösität eingebundenen und in dieser Religiösität Halt und Identifikation findenden Juden von ihren führenden Schichten – auch im Rabbinat – oft sehr viel abverlangt worden ist. Daß dies besonders für die einfachen Juden gilt, bedarf keiner Begründung. Daß viele von ihnen darin – damals, wie im Schrecken des Holocaust – auch Verschuldung sahen und darunter litten, sei hier nur angedeutet.

Wie konnte ein gläubiger Jude wohl schweigen, wenn aus dem klassischen „Achtzehngebet“ die mittleren Textteile mit den Klagen über die Verfolgungen des Volkes und mit den Gebeten um Wiederherstellung der Opfer und um die Rückkehr nach Jerusalem entweder ganz gestrichen oder in die „stille Andacht“ verwiesen wurden, weil sie – wie es in der Koblenzer Ordnung von 1862 heißt – *vielen unserer Zeitgenossen anstößig sind und ihrer Denk- und Anschauungsweise widerstreben* (Dokumentation zur Geschichte

der jüdischen Bevölkerung IV, Nr. 25), oder wenn ihnen sogar gesagt wurde, die messianische Zukunftshoffnung sei mit der Gewährung der rechtlichen Gleichstellung gegenstandslos geworden. Um zu verdeutlichen, um was es hier ging (und geht), möchte ich drei Abschnitte aus dem Achtzehngebet zitieren:

Stoß in die große Posaune zu unserer Befreiung, und erhebe das Zeichen, unsere Verbannten zu sammeln; sammle uns alle von den vier Enden der Erde. Gepriesen seist du, Ewiger, der die Zerstreuten seines Volks Israel sammelt ...

Nach Jerusalem, deiner Stadt, kehre zurück in Erbarmen, und wohne in ihrer Mitte, wie du versprochen; und baue sie bald, in unseren Tagen, einen ewigen Bau, errichte in ihrer Mitte David's Thron. Gepriesen seist du, Ewiger, der Jerusalem aufbaut ...

Bringe den Gottesdienst wieder in das Heiligtum deines Hauses, und die Opfer Israels und ihr Gebet empfangen in Liebe und Wohlgefallen (Dokumentation zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung IV, S. 28f.).

Für die einen führte dieser Weg – und auch das muß gesehen werden – in die völlige Abkehr vom Glauben und Leben der Väter. Für manche war es blanker Opportunismus, wie es ihn immer gegeben hat; man sollte das nicht übertünchen. Für die Mehrzahl aber war wohl selbst die meist mit einer, wenn auch nur formalen Konversion zum Christentum verbundene Abkehr vom Judentum im Kern eher eine Hinwendung zum liberal-humanistischen Welt- und Menschenbild des europäisch-deutschen Bürgertums um die Jahrhundertwende. Daß sie dann in der Ideologie des deutschen Rassenwahns dennoch Juden, nun eben Rasse-Juden, blieben, mag dieser Generation kaum vorstellbar gewesen sein und wurde jedenfalls in seiner brutalen Konsequenz, meist spät und oft zu spät erkannt.

Uns als Menschen am Ende des 20. Jahrhunderts muß dabei freilich auch bewußt sein, daß diese ja keineswegs auf Juden beschränkte Abwendung vom überlieferten Kult und Glauben bis hin in die 20er Jahre nur sehr eingeschränkt vergleichbar ist mit der Säkularisierungswelle des letzten Drittels unseres Jahrhunderts. Für uns Menschen am Ende dieses Jahrhunderts ist das nicht zuletzt im deutschen Idealismus, aber wesentlich auch im jüdisch-christlichen Schöpfungs-Glauben gründende ethische Fundament eines humanen Menschenbildes sittlicher Verantwortung – wohl, wie zu fürchten ist: endgültig – zerbrochen. Es ist zerbrochen:

- im Grauen eines nationalsozialistischen Rassenwahns vom deutschen Herrentum, aber auch

- im stalinistischen Machtapparat, der den Menschen nur noch als beliebig verwendbare Materie verstand,
- im Schrecken des Krieges, der Frauen und Kinder einbezog, und auch – ich denke, auch das sollten wir sagen
- im Haß, wie er sich an flüchtenden, vertriebenen, gefangenen Frauen, Kindern, alten Menschen und Gefangenen 1945 und in den folgenden Jahren austobte, einfach und nur weil sie Deutsche waren, und auch
- im Entsetzen über die Toten und Verletzten der Atombomben über Hiroshima und Nagasaki und
- in einer seither nicht abreißenden Kette bestialischer Stammes- und Religionskriege.

Für uns Deutsche stehen gewiß am Anfang Bestürzung, Entsetzen, Scham über das, was an Juden, aber auch an Menschen anderer Völker und Nationen von Deutschen getan wurde. Seit dies möglich war und weil dies möglich war, gelingt es uns nicht mehr, so einfachhin an das Edle und Gute in diesem Menschen, das Geschöpf Gottes – und den Gott, der das zuließ – zu glauben.

Doch ebenso für andere und am Leid aller anderen ist das Bild vom Menschen fragwürdig, ja für viele zur Farce geworden – so wie es schon manche Künstler – und darunter auch Juden – nach dem Grauen der Stellungskämpfe des 1. Weltkrieges in ihren Bildern, ihren Skulpturen, ihrer Musik und ihren Gedichten sich von der Seele geschrien haben. Damals hat man sie nicht hören wollen – und schließlich waren sie „entartet“. Aber auch heute noch werden Schuld und Versagen verdrängt, verwischt, selektiert, und manches gut kaufmännisch-materialistisch gegeneinander aufgerechnet.

Ohne das Wissen um diesen (wie mir scheint) entscheidenden Unterschied zwischen einem noch gelebten und geglaubten humanen Menschenbild des 19. und der 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts und dem geschundenen, aber auch leeren, wert(e)-losen Menschenbild unserer (wie ich hoffe: bald überwundenen) Übergangs-Epoche kann man viele Handlungen und Verhaltensweisen auch und zumal jüdischer Menschen in unserer deutschen (und ebenso in der übrigen euro-amerikanischen) Gesellschaft nicht verstehen. Assimilierung, Anpassung, Integration, ja Verzicht und Aufgabe des eigenen Seins bedeutete damals Hinwendung in ein anderes, neues, besseres, allumfassendes humanes Miteinander. Und keinesweg verharmlosende Relativierung oder ungebundene, grenzen- und schrankenlos individualisierende Pluralität. Den Schock über das dennoch und sogar nun erst recht Ausgegrenzt-Sein vermögen wir nur zu ermessen, wenn wir dies beachten.

Aber die Alternativen hießen um die Mitte des 19. Jahrhunderts nicht allein konservatives, ja reaktionäres, heute würde man sagen: fundamentalistisches Festhalten am überlieferten Glauben mit all seinen formalen und formalistischen kultischen Bestimmungen; oder: nicht nur Reform und *aggiornamento*, sondern völlige Neugestaltung mit Verzicht nicht nur auf noch so traditionsreiche Formen und Bräuche des Kultes, sondern auch auf substantielle Aussagen des Glaubens bis hin zur Abkehr vom Glauben der Väter und Hinwendung zum neuen, modernen Menschenbild einer letztlich die ganze Welt umspannenden humanen Gesellschaft. Doch es mußte auch einen neuen Weg geben, der dem Juden als Jude in der modernen Welt Existenz ermöglichte.

Hier setzt die Gegenbewegung ein, die einen Abraham Geiger (gest. 1874 in Berlin, zeitweilig Rabbiner in Wiesbaden) 1871 schreiben läßt: *Ob es in anderen Geistesrichtungen, in anderen Religionen möglich ist, mit dem Mittelalter zu brechen und dennoch dieselbe Richtung, dieselbe Religion zu bleiben, das mag ihre Aufgabe sein zu erwägen...* [Das Judentum werde allemal mit dem Mittelalter brechen, weil es da nur gelitten habe und unterdrückt worden sei...] *Nun wird das freie Judentum innerhalb der Menschheit zu wirken berufen. Es soll mit ihr im innigsten Kontakt wahrhaft seinen Geist entfalten, empfangend wie spendend sich nun bewähren* (Das Judentum und seine Geschichte. 1871, S. 157; nach Dokumentation zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung IV, S. 55).

Das ist nicht Anpassung, Selbstaufgabe, Assimilation. Da ist ein neues Selbst- und Sendungsbewußtsein, das seine Wurzeln im Glauben – noch besser sollte man sagen: in der Überzeugung, im Wissen – um die Sendung des von Gott auserwählten Volkes hat. Natürlich liegt dies auch im Trend des sich allenthalben formierenden Nationen-Bewußtseins, dessen verheerende Folgen wir in blutigen Kriegen eines an Religionen und Konfessionen gebundenen völkisch-nationalen Selbstverständnisses bei uns selbst in zwei Weltkriegen und bis in die Gegenwart auf dem Balkan und in islamischen Grenzzonen hilflos zuschauend erleben. Auch die zionistische Bewegung hat hier ihren Platz, wenn auch nicht übersehen sein soll, daß diese ebenso eine notwendige Reaktion auf einen wachsenden Antisemitismus mit schweren Verfolgungen und Ausschreitungen namentlich des slawisch-orthodoxen Raumes, aber auch in Mittel- und Westeuropa, ist. Andererseits haben ja auch wieder diese antisemitischen Wellen in der nach ethnischer und konfessionell-religiöser Begründung und Legitimation suchenden Bessenheit, eine Nation zu sein, ihren Ursprung – eine Besessenheit, an der

ja auch heute noch die Welt (einschließlich der westeuropäischen Gemeinschaft) erkrankt ist.

Für die Juden als Volk wurde diese Idee der Nation dann bekanntlich zum entscheidenden Ausgangspunkt, einen eigenen Staat zu gründen, womit in unserem Zusammenhang auch die Lösung des Problems der unübersehbar scheinenden Spannung zwischen Bewahren und Festhalten an Glauben und Kult der Väter einerseits sowie Anpassung und Einfügung in die sich rasant fortentwickelnde christliche und zunehmend säkulare Gesellschaft der Staaten und Völker, in denen Juden ihren Lebensraum gefunden hatten, andererseits gegeben schien. Daß dies ein Trugschluß war, und diese Spannung auch im eigenen Staat fortbesteht, ist hier nicht zu erörtern, soll aber auch nicht übergangen sein. Wer heute an Gottesdiensten in den Synagogen von Jerusalem teilnimmt, kann letztlich jede der hier aus dem 19. Jahrhundert angesprochenen Varianten jüdischen Kultes miterleben. Wie weit auch in Israel der Säkularisierungsprozeß fortgeschritten ist, sieht und erlebt er ohnehin.

Doch zurück ins 19. Jahrhundert, nach Deutschland, in die rheinischen Lande. Das Zueinander von Religion und Volk hat der in Bonn geborene rheinische Jude Moses Hess 1862 – also zeitgleich mit den eingangs zitierten Quellen – in „Rom und Jerusalem“ so umschrieben:

Die jüdischen Reformatoren, die noch in einigen deutschen Gemeinden ihre theatralischen Vorstellungen zum besten geben, wissen aber so wenig diese Bedeutung des Judentums zu würdigen, daß sie alles, was an die jüdische Nationalität erinnert, sorgfältig aus Lehre und Kultus zu beseitigen bemüht sind. Ihnen dünkt ein selbstfabriziertes Gebet- und Gesangbuch, worin ein philosophischer Theismus in Reime gebracht und in Musik gesetzt ist, weit erbaulicher als die rührenden Gebete in hebräischer Sprache, die überall den Schmerz und den Verlust des jüdischen Vaterlandes ausdrücken, Gebete, welche die Einheit unsres Kultus geschaffen und jahrtausendelang erhalten haben, welche noch heute das Band sind, das alle Juden auf dem ganzen Erdenrunde umschlingt (zitiert nach Dokumentation zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung IV, S. 56).

Oder Bezirksrabbiner Dr. Salvendi in Bad Dürkheim 1871:

Das Hebräische in Gebet und Toravorlesung ist das Band, das alle Juden der Erde gemeinsam haben, es ist das Band, das alle brüderlich verbindet und umschlingt. Der Jude, der diesen Namen noch führen mag, aber nicht mehr mit seinen Glaubensbrüdern gemeinschaftlich aus der Jahrtausende alten „Tufillah“ in ihren Synagogen beten, nicht mit ihnen gemeinschaftlich aus dem „Chommesch“ der Toravorlesung folgen kann, hat defakto aufge-

hört, ein Jude zu sein (Dokumentation zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung IV, Nr. 30a). Doch soll dazu auch nicht verschwiegen werden, daß der israelitische Synagogenausschuß von Speyer schon 1868 von Bezirksrabbiner Dr. Salvendi zu berichten wußte, er habe den jüdischen Lehrer von Speyer angewiesen, *nur mit bedecktem Haupte künftig Religionsunterricht zu geben, was aber der hierzulande bestehenden Sitte widerstrebt, nicht zu dem israelitischen Dogma gehört und nur den polakischen Übungen der sogenannten Chasidim (Auserwählten), zu deren Adepten Herr Bezirksrabbiner zählen mag, entspricht* (Dokumentation zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung IV, Nr. 29a).

Wie andererseits der Säkularisierungsprozeß fortschritt, mag ein gedruckter „Mahnruf an die Juden der Gemeinde Worms“ von deren Rabbiner Dr. Holzer aus dem Jahre 1922 verdeutlichen, in dessen Vorwort es heißt:

Es ist gewiß nicht angenehm, wenn in einer alten Gemeinde plötzlich Spaltpilze auftauchen, die das patriarchalisch feste Gefüge zu sprengen drohen, sobald ungestüme Anhänger verschiedener Lehrmeinungen heftig aneinander geraten und keiner dem anderen das Recht seiner Ansicht zugestehen will. In der Wormser israelitischen Religionsgemeinde besteht solcher Unfriede nicht. War man bisher stolz auf die schöne Harmonie, so kommt doch jetzt die bange Frage, ob sie nicht auf weitverbreitete Gleichgültigkeit in Bezug auf religiöse Dinge zurückzuführen ist. Das Gotteshaus wird nicht nur an Werktagen, sondern auch am Sabbat wenig besucht (Dokumentation zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung IV, Nr. 41).

Und in der Predigt des Rabbiners heißt es u.a.: *Denn Israels Religion war und ist trotz ihres hohen Alters eine Religion der Jugend. ... Nun aber sei die jüdische Religion eine Religion der Alten, fast möchte man sagen, der Sterbenden und somit eine sterbende Religion geworden. Und das gelte auch für die alterwürdige, durch ihre große Vergangenheit und ihre ruhmreiche Geschichte weit und breit in der Welt bekannte Gemeinde Worms* (ebd.).

Solche Zitate des Für und Wider, der Beharrenden und der Reformbereiten, der Eiferer und der sich Anpassenden ließen sich beliebig aneinanderreihen. Die bereits Ausgeschiedenen haben sich nur selten geäußert, es sei denn in Haß- und Verleumdungs-Tiraden, wie man sie von Apostaten kennt. Das ist nicht Sache dieses Berichts.

Die säkulare Alternative hatte der bedeutende Kölner Zionist Max Isidor Bodenheimer – dem seine in Jerusalem lebende Tochter vor wenigen Jahren

ein schönes Rheinisches Lebensbild geschrieben hat – schon 1896 in den „Thesen der national-jüdischen Vereinigung“ so formuliert:

1. *Durch gemeinsame Abstammung und Geschichte verbunden, bilden die Juden eine nationale Gemeinschaft.*
 2. *Die staatsbürgerliche Gleichstellung der Juden hat nicht genügt, die soziale und kulturelle Zukunft des jüdischen Stammes zu sichern. Die endgültige Lösung der Judenfrage [so ist tatsächlich die Formulierung von 1896] kann nur in der Bildung eines Staates bestehen, der imstande ist, die Juden völkerrechtlich zu vertreten und die Juden aufzunehmen, die in ihrem Heimatland nicht bleiben können und wollen.*
 3. *Die Mittel hierfür sind:*
 - a) *Kolonisation in Syrien und Palästina,*
 - b) *Pflege jüdischen Wissens und jüdischer Sitte,*
 - c) *Die Verbesserung der sozialen und kulturellen Lage der Juden*
- (Dokumentation zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung IV, S. 63).

Das sind die Varianten:

- Beharren an Glaube und Kult, wie ihn die Väter tradierten,
- Reform von Kult und auch Lehre als Fortentwicklung und Anpassung an eine moderne Gesellschaft,
- Ausstieg und Einstieg in eine noch christliche oder schon säkulare deutsche Gesellschaft,
- Besinnung auf die Sendung des eigenen jüdischen Volkes und Einsatz für einen eigenen Staat, eine Nation, zumindest soweit die Angehörigen dieses Volkes in anderen Völkern, Staaten und Nationen gefährdet sind.

Kurt Blumenfeld hat in seinen schon genannten Memoiren „Erlebte Judenfrage“ – auch im Wissen, daß Memoiren immer problematisch sind – einige Etappen seines Weges geschildert, die mir für viele der hier angeschnittene Fragen charakteristisch zu sein scheinen. Ich möchte daraus einige Auszüge zitieren, nicht zuletzt, weil hier auch politische Aspekte angesprochen sind, die in den bisher zitierten Quellen fehlen oder zu kurz kommen. Blumenfeld wurde 1884 in Ostpreußen geboren. Er schreibt:

Ich stamme aus einer jüdischen Familie deutscher Kultur. Mein Vater war Richter in Insterburg. Der Familie meiner Mutter ersetzte deutsche Gesinnung die verlorengegangene jüdische Tradition. Von der Existenz einer besonderen Judenfrage wußte ich nichts. Der Verkehr meiner Eltern bestand ausschließlich aus geistig und musikalisch interessierten Nichtjuden. Von der antisemitischen Bewegung war in unserer abgeschlossenen Welt nichts zu merken. Ich erlebte keine Zurücksetzung in der Schule und im gesell-

schaftlichen Leben. Meine Lehrer waren zum Teil Freunde meiner Eltern. Ich hatte das Gefühl der Bevorzugung, das auf dem gesellschaftlichen Ansehen meiner Eltern beruhte.

Die Gelegenheit, bei denen mir mein Judentum zum Bewußtsein gebracht wurde, waren selten. Sie wurden mir aber zu unvergeßlichen Erlebnissen.

Als ich ein kleiner Junge war, erzählte mir ein katholisches Dienstmädchen von ihrer Beichte. Die Worte „Beichte“ und „Sünde“ erregten mich. Ungefragt sagte sie: „Ich erzähle dem Pfarrer meine Sünden.“ „Welche Sünden?“ „Ich bin bei Juden im Dienst“, war die Antwort. „Warum ist das Sünde?“ „Die Juden haben doch Christus gekreuzigt!“

Meine Mutter, die eine sehr schöne, gut ausgebildete Stimme hatte, förderte junge Künstlerinnen. Eine von mir bewunderte Sängerin forderte mich einmal auf, sie auf einem Spaziergang zu begleiten. Es war in Insterburg in Ostpreußen. Wir trafen einen russischen oder polnischen Juden, der sich fragend an mich wandte. Ich antwortete nicht. Der Mann sprach jiddisch. Obwohl Jiddisch mir fremd war, verstand ich doch die Adresse, nach der er sich erkundigte. „Warum antwortest du dem Mann nicht?“ fragte mich die Sängerin. „Schämst du dich vielleicht?“ – Da fühlte ich mich getroffen und vernichtet. Ich zeigte dem Mann den Weg. Dann lief ich ohne Abschied fort (Kurt Blumenfeld: Erlebte Judenfrage, S. 27).

Als Funktionär der zionistischen Bewegung lernte er auf seinen Reisen Deutschland in seiner Breite kennen. Er schildert seine Eindrücke um 1911: Deutschland war nur formell eine politische Einheit, in Wirklichkeit aber ein uneinheitliches Gebilde. Die Nichtjuden waren in den verschiedenen Gegenden ganz verschieden geartete Menschen, und entsprechend konnte man auch bei den Juden immer spüren, aus welchem Teile Deutschlands sie stammten.

Mittelschlesien war mir vertraut, denn mein Vater war in Schweidnitz großgeworden. Es war eine saubere Stadt in der Nähe der schlesischen Gebirge, der hohen Eule, des Altvaters. Die Juden sprachen genauso wie die anderen den schlesischen Dialekt, lasen die gemütlichen Gedichte von Max Heinzel, und die Intellektuellen unter ihnen hatten „Die Weber“ von Gerhart Hauptmann geradezu als ein gegenwärtiges Geschehen erlebt. Die großen Weberdörfer existierten noch. Die sozialen Gegensätze waren zwar gemindert, aber noch deutlich spürbar.

Einen ganz anderen Charakter hatte das Rheinland, wo unter den rheinischen Juden eine besondere Sorte von Zionisten aufwuchs, die stolz darauf waren, die älteste zionistische Tradition Deutschlands zu besitzen. Auf dem Friedhof in Köln-Deutz war Moses Hess, der 1862 sein zionistisches Be-

kenntnis „Rom und Jerusalem“ veröffentlicht hatte, begraben. Hess hatte, nachdem er erst als Freund von Karl Marx Redakteur der „Rheinischen Zeitung“ gewesen war, eines Tages in seiner Seele die jüdische Sehnsucht wiederentdeckt und in seinem Buche als Hegelianer das Judenproblem als die letzte Nationalitätenfrage behandelt. ... Wie man in Königsberg, ohne es erklären zu können, spürte, daß Kant hier gelebt hatte, so fühlte man im Rheinland die Nachwirkung von Heinrich Heine.

Anders wieder war Südwestdeutschland, das seine geistigen Zentren in Heidelberg und Freiburg hatte. Den jüdischen Akademikern merkte man an, daß sie durch die Bildungsstätten, in denen sie einmal ihr Weltbild gewonnen hatten, auch in ihrer jüdischen Haltung zugleich leichter und weltweiter geworden waren. ... Die Zionisten... hielten eng zusammen. Es ist schwer zu definieren, worin das Besondere dieser Gruppen lag, aber eines empfand ich: es war nicht Preußen.

Auf diesen Reisen erst spürte ich, wie sehr das Deutschland Bismarcks ein künstliches Gebilde war, dessen Teile nur durch die preußische Zucht zusammengehalten wurden. Diese Tatsachen waren allgemein bekannt. Aber ich hatte nicht gewußt, daß die West- und Süddeutschen uns, die wir aus Ostelbien kamen, „Pollacken“ nannten und daß ihnen alles, was mit Berlin zusammenhing, schwer zu ertragen war.

Ich verstand, daß es wohl eine kleine Schicht von Menschen gab, die behaupten konnten, Erben deutscher Kultur zu sein, daß aber eine Zivilisation, die in einem bestimmten Lebensstil zum Ausdruck kommt, nicht existierte.

Für meine Entwicklung hatte dieser Mangel einer deutschen Zivilisation eine wesentliche Bedeutung. Für den Versuch, die jüdische Orientierung der Mehrheit der deutschen Juden zu verstehen, war die politische Haltung im allgemeinen und in jüdischen Fragen nicht so wichtig wie das immer deutlicher werdende Gefühl, daß in dieser in Berlin zentralisierten Welt, in der der Parvenü und der Snob den Stil des Lebens bestimmten, die Juden mit an der Spitze marschieren wollten.

Waren die Zionisten besser? Ich bezweifle es. Ich wollte aber, daß der Zionismus mit dieser deutschen Welt nichts zu tun haben sollte. Mir kam es darauf an, den Juden vor Augen zu führen, in welcher geistigen und politischen Welt sie lebten. Zionismus sollte der Schlüssel zur Erkenntnis der eigenen Situation innerhalb der nichtjüdischen Welt sein. Der Liberalismus versuchte, den Juden einzureden, die Unterschiede zwischen Juden und Nichtjuden seien nur durch die Vorurteile zu verstehen, die im Laufe der fortschrittlichen Entwicklung verschwinden würden. In einer kommen-

den Generation könne dann mangels des fehlenden Objektes niemand mehr von einer Judenfrage reden. Ich betonte den Wert unserer Eigenart, unabhängig von allen Erwägungen politischer Nützlichkeit. Wenn dem Liberalismus das Verschwinden fühlbarer Besonderheiten notwendig erscheine, so erweise sich damit, daß er nur für Konformisten reizvoll sei.

Ich analysierte die aktuelle sozialistische Bewegung in Deutschland, beobachtete genau die Entwicklung in der deutschen Sozialdemokratie, deren jüdische Führer mir persönlich bekannt waren, und so konnte ich darlegen, daß es leichter zu sein scheine, die Klassenfrage zu lösen als die Nationalitätenfrage. Besonders kam es mir darauf an, den jüdischen Intellektuellen mit kommunistischen Neigungen zu beweisen, daß in der kommunistischen Welt die Judenfrage genauso bestehen bleiben werde, wie wir sie in der kapitalistischen Welt kennengelernt hatten (ebd. S. 61-64, leicht gekürzt).

Und lassen Sie mich auch noch aus Blumenfelds Schilderung der Jahre 1930/32 zitieren:

Ich fand keinen unter ihnen, der sich durch das Wachsen des Nationalsozialismus bedroht fühlte. Die Parteimaschinen, die kommunistische sowohl wie die sozialdemokratische und auch die Gruppe der unabhängigen Sozialdemokraten, waren nicht auf das Hereinbrechen eines totalitären Nationalismus eingerichtet, dessen Grundlage die Rassenfrage, das hieß im damaligen Moment die Judenfrage, war.

Bei den sehr zahlreichen Gesprächen, die ich führte, habe ich auch unter den jüdischen Kapitalisten niemanden gefunden, der den Nationalsozialismus als drohende Gefahr erkannte; alle sahen nur schreckerfüllt auf das scheinbare Wachsen der Kommunistischen Partei.

In der Zeit der Judenemanzipation waren Juden und Nichtjuden bemüht, Gegensätze zu beschönigen und zu verdecken. Die Unehrllichkeit des gesellschaftlichen Lebens, in dem es unmöglich war, offen über die menschlichen Beziehungen zwischen Juden und Nichtjuden zu sprechen, hat viel dazu beigetragen, bei den Juden eine schwere Täuschung entstehen zu lassen. Es entwickeln sich in der Weimarer Republik und schon vorher die Meister der gesellschaftlichen Mimikry: Juden ändern als Schriftsteller ihre Namen; ein Mann wie Rudolf Borchardt verleugnet seine Abstammung; es stellt sich offenbar heraus, daß ein nichtjüdischer Name einen beträchtlichen Anteil am buchhändlerischen oder journalistischen Erfolg eines Schriftstellers hat. Ein gutes Beispiel ist Theodor Tagger, der unter seinem jüdischen Namen Dramen schrieb, die alle durchfielen, und der dann als Ferdinand Bruckner vor allem mit seinem Elisabeth-Drama den großen Erfolg erringt, der nicht zum geringen Teil daher kam, daß sein Verleger Samuel Fischer das

Pseudonym so ängstlich wahrte, daß niemand die Identität des Verfassers ahnen konnte.

Die jüdischen Führer der deutschen Arbeiterschaft – Sozialisten aller Schattierungen – hielten sich für berechtigte Repräsentanten der arbeitenden Klassen und behaupteten, der Proletarier sei kein Antisemit, jedenfalls nicht in der Weimarer Republik. Die jüdischen Intellektuellen wiesen auf die Kultur und den Erfolg des deutschen Theaters hin, obwohl es eine fast völlig jüdische Schöpfung war. Reinhardt, Jessner, Kurt Weill und die großen jüdischen Schauspieler kamen in der Tat zu allgemein anerkannter Wirkung. Aber: Juden in der Politik, Juden in der Literatur, Juden in der Philosophie, Juden in der Naturwissenschaft – Juden auf allen Gebieten des geistigen und künstlerischen Lebens, getaufte Juden, Grenzjuden, Halbjuden und Vierteljuden, kurz das ganze beliebte Thema in allen Abwandlungen breitet sich vor uns aus, bis es mit atemberaubender Schnelligkeit zur so mörderischen Anklage wurde. Diese Halbwahrheiten waren jedoch so beherrschend, daß die Juden gar nicht merkten, wie sie nur in den Vorhöfen des öffentlichen Lebens eine Rolle spielten und dort nichts zu sagen hatten, wo die Macht und die kommenden Mächte in Erscheinung traten (ebd. S. 182-184).

Doch lassen Sie mich neben und nach diesen Memoiren ein Gedicht der Anne Wald zitieren, das im Dezember 1936 in einem Rundschreiben des Rabbinatebezirks Landau veröffentlicht ist (Dokumentation zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung IV, S. 224):

Ich bin ein Jud'

*Draußen dreht sich die Welt,
Auf den Kopf ist alles gestellt,
Was früher dir schön war und gut
Dir gilt nichts – denn du bist ein Jud!*

*Nicht Volk, nicht Heimat, nicht Land,
Man hat dich aus allem verbannt.
Fremd ist deine Rasse, dein Blut,
Du bist ein Fremder – ein Jud!*

*So dröhnt es mir tags ins Gehirn,
so legt sichs mir nachts auf die Stirn!
Wo nimmst Du zum Leben den Mut?
So stirb – denn du bist ein Jud!*

*Doch nein – ich lebe und will –
was früher versteckt war und still,
das bricht aus mir Bahn sich mit Glut:
Ich bin voller Stolz heut ein Jud!*

Lassen Sie mich hier abbrechen. Andere versuchten eine andere „endgültige Lösung der Judenfrage“ als die eines Max Isidor Bodenheimer und eines Kurt Blumenfeld. Darüber zu berichten, ist Thema des nächsten Vortrages, der die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen behandeln wird.

Ich habe versucht, etwas über das „Innenleben“ jüdischer Gemeinden unseres Landes zu berichten, und zwar ausschließlich mit Aussagen und Schilderungen von Juden selbst. Es fehlen die pro- und antisemitischen Stimmen der Nicht-Juden, sei es der Christen unterschiedlicher Denominationen, sei es der Liberalen oder Humanisten, sei es der Deutschnationalen oder der Weltenbürger, sei es der Kommunisten oder der Nationalsozialisten. Ich wollte vor allem die Gruppe herausstellen – und das ist ohne Frage die große Mehrheit deutscher Juden –, die versucht hat, sich auch in ihrem Glauben und in ihrer religiösen Praxis ihrer deutschen Umwelt anzugleichen und doch Jude zu bleiben. Ganz ausgeklammert ist die sehr viel größere Zahl der sogenannten „Ostjuden“, die schließlich das hauptsächlichste Opfer der Vernichtungslager wurden. Sie sind nicht Thema dieses Vortrages, aber ich denke, sie waren und sind für uns immer dabei.

Wir wissen, daß der Versuch der Einbindung gescheitert ist, jedenfalls bei uns in Deutschland. Juden haben im Deutschland der 2. Hälfte des 19. und der 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts einen hohen, überproportional hohen Anteil an deutscher Kultur, in Wissenschaft und Gesellschaft. Ich habe das eingangs angeschnitten. Aber wir waren nicht bereit, sie in ihrem religiösen und – heute sagt man – ethnischen Selbst als Deutsche anzuerkennen; zu dulden wäre falsch. Das hängt auch und nicht zuletzt mit unserem deutschen Verständnis von Volk und Nation zusammen, ein Verständnis, das mit „sprachlicher und kultureller Einheit“ ja nur einen Teilaspekt nennt.

Jedenfalls: Die uns dargebotene Hand wurde von uns, uns Deutschen, ausgeschlagen. Und ich denke, diese Hand sollte uns mahnen. Auch heute und hier. Es sind ja nicht nur Juden, die uns die Hände reichen. Auch Moslems und Asiaten möchten mit uns leben. Viele sind hier geboren, sprechen unsere Sprache, denken, leben, lieben und hassen wie wir. Wir sollten ihre Hände annehmen. Die ausgeschlagenen Hände der deutschen Juden mahnen uns. Man muß nicht aus der Geschichte lernen, aber man darf die Erfahrung der Geschichte befragen.

Literaturauswahl

Aufklärung, Gleichstellung, Reform und Selbstbesinnung. Bearb. von Franz-Josef HEYEN. Das Verhältnis der Juden zu den christlichen Religionsgemeinschaften. Bearb. von Karl Heinz DEBUS. Koblenz 1974. (Dokumentation zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung in Rheinland-Pfalz und im Saarland von 1800 bis 1945. Bd. 4. Veröffentlichungen der Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz, Bd. 15).

Kurt BLUMENFELD: Erlebte Judenfrage. Stuttgart 1962.

Hans-Walter Herrmann

Von der Assimilation zur Deportation. Jüdisches Leben in Rheinland-Pfalz zwischen den beiden Weltkriegen

Im Jahre 1966 hat Kurt Düwell, heute Inhaber eines Lehrstuhles für Geschichte der Neuzeit an der Universität Düsseldorf, eine Dissertation vorgelegt mit dem Titel „Die Rheingebiete in der Judenpolitik des Nationalsozialismus vor 1942. Beitrag zu einer vergleichenden zeitgeschichtlichen Landeskunde“, die dann ein Jahr später in der Schriftenreihe „Rheinisches Archiv“ erschienen ist. Düwell hat hier versucht, wie es der Untertitel ausdrückt, in einer komparatistischen Methode nationalsozialistische Judenpolitik im Rheinland von der Schweizer bis zur niederländischen Grenze darzustellen, wenn auch mit einer gewissen Akzentuierung auf den Bereich der ehemaligen preußischen Rheinprovinz. Die mir im Rahmen des Vortragszyklus gestellte Aufgabe ist dem Thema Düwells ähnlich. Meine geographische Abgrenzung richtet sich aber nach einer Verwaltungseinheit der Nachkriegszeit, das Land Rheinland-Pfalz. Mein Überblick kann sich stützen auf eine Fülle von Literatur, die in fast vier Jahrzehnten nach Abschluß der Düwell'schen Arbeit erschienen ist. Weiterhin deutet schon das von mir gewählte Thema „Von der Assimilation zur Deportation – jüdisches Leben zwischen den beiden Weltkriegen“ eine zeitliche Ausweitung an. Ich möchte mich also nicht auf die NS-Zeit, die Zeit der Verfolgung und Ausrottung beschränken, sondern auch die Weimarer Zeit mit einbeziehen, also eine Spanne von etwa 25 Jahren behandeln, in der nicht nur das rheinische, sondern das gesamte deutsche Judentum sowohl seine Blüte erleben konnte als auch der brutalen Zerstörung seiner physischen Existenz unterworfen war.

Die räumliche Begrenzung des Themas auf eine erst nach dem Krieg entstandene Verwaltungseinheit kompliziert die Betrachtung; denn zwischen 1918 und 1945 verteilte sich unser Betrachtungsraum auf vier verschiedene Länder und drei verschiedene Gaue der NSDAP, nämlich im staatlichen Bereich auf:

- die Bayerische Pfalz,
- den Regierungsbezirk Rheinhessen,
- die preußischen Regierungsbezirke Trier und Koblenz der Rheinprovinz und den nordwestlichen Teil des Regierungsbezirks Wiesbaden,
- den oldenburgischen Landesteil Birkenfeld, der erst 1938 in den Regierungsbezirk Koblenz eingegliedert wurde,

und in der Organisation der NSDAP auf:

- den Gau Saarpfalz unter Joseph Bürckel,
- den Gau Trier-Koblenz, ab 1940 Moselland unter Gustav Simon,
- den Gau Hessen-Nassau unter Jakob Sprenger.

Spätestens seit 1933 gab es eine zentral gelenkte nationalsozialistische Judenpolitik; aber der „Führerstaat“ war keineswegs so straff organisiert, daß alle, außer dem Diktator selbst, nur Befehlsempfänger waren, sondern es gab zahlreiche Risse, Konkurrenzen und Rivalitäten im Regime, auch Nischen, in denen der einzelne regional zuständige Gewalthaber als Gauleiter oder Reichsstatthalter, einen gewissen Spielraum der eigenen Entfaltung hatte. Die historische Forschung spricht seit Martin Broszat hier von der „Polykratie des Systems“. Gerade dies regt Vertreter der Landesgeschichte an, in einem überschaubaren und ihnen vertrauten Bereich eines Kreises, eines Regierungsbezirkes, einer Provinz oder eines Landes der tatsächlichen Verwirklichung der von der Zentrale ausgehenden Direktiven nachzuspüren, Differenzierungen aufzudecken und im Sinne einer komparatistischen Betrachtungsweise Unterschiede herauszuarbeiten. So verstehe ich auch mein heutiges Referat als einen Beitrag aus der Sicht der zeitgeschichtlichen Landeskunde, indem ich versuchen will, von vornherein auf einige Schwerpunkte beschränkt, nicht flächendeckend für das gesamte Rheinland-Pfalz, eine regional differenzierende Geschichte des jüdischen Bevölkerungsteiles vorzutragen.

Emanzipation.

Assimilation setzt Emanzipation voraus. Ein Anpassungs- oder Ausgleichsprozeß kann nur dort Erfolg haben, wo die Minderheit mindestens de iure volle staatsbürgerliche Rechte hat. Im Laufe des 19. Jahrhunderts erlangten die Juden in den verschiedenen Gliedstaaten des wilhelminischen Kaiserreiches die staatsbürgerliche Gleichstellung. Die völlige rechtliche Gleichstellung der jüdischen Kultusgemeinden mit den christlichen ist damals noch nicht erfolgt. Sie ergab sich erst aus Artikel 137 der Weimarer Verfassung.

Verschiedene Faktoren bestimmten den schrittweisen und durchaus unterschiedlichen Verlauf der Judenemanzipation in den einzelnen deutschen Ländern:

- a) die Fortgeltung des napoleonischen Dekrets von 1808 links des Rheins und partikularer Territorialrechte rechts des Rheines,
- b) Veränderung des im linksrheinischen Gebiet bestehenden, aus napoleonischer Zeit herrührenden Rechtsstatus durch die deutschen Nachfolgestaaten.
- c) Neuregelung des Judenrechtes durch diese Nachfolgestaaten: Preußen: Gesetz von 1847 Juli 23 – Großherzogtum Hessen: Gesetz von 1847 Juli 10 – Birkenfeld: 5. Abschnitt des oldenburgischen Staatsgrundgesetzes.
- d) die Landesrecht überlagernde Bundesgesetzgebung: Gesetz des norddeutschen Bundes vom 1. November 1867 über Freizügigkeit und vom 3. Juli 1869 über die Gleichberechtigung der Konfessionen in bürgerlicher und staatsbürgerlicher Beziehung, im wilhelminischen Reich eingeführt durch Reichsgesetz vom 22. April 1871 und dadurch Ausdehnung auf Bayern.

Für die Staatsaufsicht über die Synagogengemeinden galt die unterschiedliche landesrechtliche Regelung fort, bis sie nominell durch Artikel 137 der Weimarer Verfassung aufgehoben wurde.

Doch fand dieser Artikel in Preußen, Bayern und Hessen-Darmstadt eine ganz unterschiedliche Auslegung. In Preußen bezog man sich nach wie vor auf das Gesetz von 1847, was das Wahlrecht der Synagogengemeinden, die Bestätigung der Rabbinerwahlen und die Gemeindestatuten betraf. In Hessen-Darmstadt hatte die Landesverfassung die Bestimmungen des Artikels 137 Weimarer Verfassung nicht ausdrücklich aufgenommen, daher gelegentlich Rückgriff auf Gesetz von 1841. In Bayern dagegen fiel mit Artikel 137 und Bayerischer Verfassung von 1919 § 18 Abs. 3 jede staatliche Beaufsichtigung des jüdischen Gemeindegewesens. Der Verband der israelitischen Kultusgemeinden der Pfalz erhielt 1921 den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechtes, seine zugehörigen Gemeinden das Besteuerungsrecht. Diese Unterschiede spielten auch in der NS-Zeit gerade bei staatlichen Eingriffen in das Leben der jüdischen Kultusgemeinden noch eine Rolle, bis das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der jüdischen Kultusvereinigungen vom 28. März 1938 ihnen den Charakter der öffentlich rechtlichen Körperschaft raubte und sie auf den privatrechtlichen Status rechtsfähiger Vereine herunterdrückte.

Anteil an der Gesamtbevölkerung.

Die im 19. Jahrhundert zu beobachtende Landflucht der Juden setzte sich im 20. Jahrhundert fort. Doch blieb der Verstärkerungsprozeß hierzulande hinter dem Reichsdurchschnitt zurück. Zum Beispiel lebten im Jahre 1933 16,5% aller pfälzischen Juden in Ludwigshafen, 43,4% in den anderen pfälzischen Städten, aber immerhin noch 40,1% in Gemeinden unter 10.000 Einwohnern, während auf Reichsebene 70% der Juden in Großstädten ansässig waren. Insofern ist festzuhalten, daß hierzulande sich traditionelle Siedlungsstrukturen länger als anderenorts gehalten hatten.

Einige Zahlen aus der 2. Hälfte der 1920er oder dem Anfang der 1930er Jahre sollen die geographische Verteilung veranschaulichen:

Ort	jüdische Einwohner	Anteil an der Gesamtbevölkerung
Mainz	2768	2,4%
Ludwigshafen	1400	1,4%
Worms	1194	2,5%
Trier	832	1,2%
Pirmasens	ca. 800	1,8%
Kaiserslautern	756	1,2%
Koblenz	709	1,2%
Landau	638	2,5%
Kreuznach	600	2,0%
Bingen	501	4,0%
Neustadt/Weinstr.	375	1,8%
Speyer	350	1,3%
Neuwied	339	1,7%
Frankenthal	300	1,3%
Alzey	237	2,5%
Wittlich	231	3,6%
Mayen	253	1,8%
Bad Dürkheim	184	2,0%
Zweibrücken	155	0,8%
Andernach	141	1,3%
Grünstadt	135	2,6%
Bad Ems	108	1,4%
Kirm	106	1,5%

Unter den Städten liegt Bingen mit 4% an der Spitze, gefolgt von Wittlich mit 3,6%. Für einige Dörfer an der unteren Saar und im Hunsrück mit we-

niger als einhundert jüdischen Einwohnern ergeben sich höhere Prozentsätze: Kirf 11,4%, Wawern 9,1%, Thalfang 8,8%, Rhaunen 6,5%. Im Westertal erreichte Dierdorf 6,2%, in Rheinhessen Fürfeld 6%.

Erwerbstätigkeit.

Die Nazi-Propaganda zeichnete immer wieder das Bild vom Handelsjuden, angefangen vom kleinen Kram- und Viehhändler über den Warenhausbesitzer bis zum Weltbankier in karikaturistischer Verzerrung und negativer Akzentuierung und übertrug es klischeehaft auf „den Juden“ schlechthin. Tatsächlich betrieb ein hoher Prozentsatz der jüdischen Bevölkerung Handelsgeschäfte, allerdings keineswegs immer mit den ihnen von einer böswilligen Propaganda zugeschriebenen hohen Gewinnspanne, sondern oft hart am Existenzminimum oder gar darunter. Diejenigen, die in Städte übersiedelten, verharrten meist in ihren traditionellen Branchen. Nur selten erschlossen sie sich neue Berufs- und Betätigungsfelder, d.h. ein größerer Teil lebte nach wie vor vom Handel, und zwar ähnlich wie in anderen Gegenden Deutschlands, vom Handel mit Textilien und Lederwaren und, vornehmlich auf dem Lande, vom Vieh- und Hausierhandel, aber auch vom Handel mit den für unsere Region spezifischen Produkten: Wein, Tabak und Hopfen. Neben dem Ladenverkauf wurden gute Umsätze im Versandgeschäft erzielt. In der Industrie finden wir jüdische Unternehmer, teilweise im Grenzgebiet von handwerklicher zu industrieller Tätigkeit, vornehmlich in der Lebensmittel- und Genussmittelbranche, z.B. Inhaber von Zuckerfabriken, Malzfabrik Isaak Meyer/Speyer, Tabakfabrik Felsenthal/Kaiserslautern (1914 150 Beschäftigte), Zigarrenfabrik Gebr. Fried, Landau (1932 150 Beschäftigte). Die Zahl der freiberuflich als Ärzte, Anwälte oder Notare, bei Theater, Presse oder im Verlagswesen tätigen Juden in Rheinland-Pfalz lag unter dem Reichsdurchschnitt und zeigt innerhalb des Untersuchungsraumes, etwa im Vergleich von Mainz mit pfälzischen Städten, größere Unterschiede. Gering blieb auch der Prozentsatz jüdischer Arbeiter.

Heterogene Gemeinden.

Divergierende Lebensgewohnheiten, unterschiedliche Herkunft, strenge oder laxere Einhaltung der Kultvorschriften hatten vor allem in den Stadtgemeinden Lager oder Gruppen entstehen lassen, die sich mehr oder weniger deutlich gegeneinander abgrenzten, aber meist doch den gemeindlichen Zusammenhalt wahrten. Die alteingesessenen und die zugezogenen Juden deutscher Staatsangehörigkeit hielten mancherorts Distanz zu den nach dem Ende des Ersten Weltkrieges aus osteuropäischen Staaten vornehmlich in

die Großstädte zugewanderten „Ostjuden“. In der Pfalz lag deren Anteil (11,8%) deutlich unter dem Reichsdurchschnitt (19,8%). Rund zwei Drittel von ihnen lebten in Ludwigshafen und machten dort 45% der jüdischen Gemeinde aus, in Landau und Pirmasens weitaus weniger und in den übrigen pfälzischen Synagogengemeinden nur 5%. Eine stärkere Gruppe von Ostjuden gab es auch in Worms.

Das Maß der Beachtung oder des Abweichens von alten traditionellen Kultvorschriften und -Gewohnheiten charakterisiert das Wortpaar „liberal“ und „orthodox“. Die Gemeinden in unserem Untersuchungsraum zeigten deutlich liberale Tendenzen, wie sie sich in der Verwendung von Chorgesang, Orgelspiel und deutschsprachiger Predigt im Gottesdienst, in der Nichtbeachtung mancher Speisegebote, aber auch in der Befürwortung des Frauenwahlrechtes bei den Repräsentantenwahlen äußerten. In Mainz hatte sich schon 1857 als Reaktion auf die liberalen Tendenzen des größeren Teiles der Gemeindeglieder eine orthodoxe Gruppe abgespalten und verselbständigt. Sie besaß eine eigene Synagoge Ecke Margarethen-/Flachmarktstraße.

Konträre Positionen ergaben sich auch aus einer „assimilatorischen“ oder „zionistischen“ Gesinnung. Die Mehrzahl der in den 1920er Jahren in Deutschland lebenden Juden betrachtete sich als Deutsche, viele hatten im vergangenen Krieg an der Front gestanden, nicht wenige hatten dort ihr Leben gelassen. Sie beteiligten sich an den großen nationalen Feiern, z.B. der Rheinischen Jahrtausendfeier (1925) oder den Festlichkeiten anlässlich der Räumung des linken Rheinufer durch die alliierten Truppen (1930). Sie arbeiteten mit in Stadt- und Gemeinderäten, Kammern, Verbänden und Vereinen, sie begegneten als Mitglieder und Funktionäre in den politischen Parteien, vornehmlich der SPD und der DDP (Deutsche Demokratische Partei), einige auch in dem weit rechts stehenden Stahlhelm. Übergemeindlich hatten sich die assimilatorisch Gesinnten in dem „Landesverband Südwestdeutschland im Reichsbund jüdischer Frontsoldaten“ oder im „Verband nationaldeutscher Juden“ oder im „Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ organisiert.

Weit geringer war die Zahl derjenigen, die ihre wahre Heimat in Palästina sahen, auf die Wiedererrichtung eines jüdischen Staates hofften und dazu beitragen wollten. Solche zionistischen Gruppen bestanden eine ganze Reihe, die prozentual stärkste wohl in Bad Kreuznach. Zu erinnern ist in diesem Zusammenhang an die Binger Konferenz des Jahres 1897, die Keim aus der Retrospektive „als nicht unwesentlichen rheinischen Meilenstein auf dem Wege zum Staat Israel sieht“.

Positives Selbstverständnis, ja sogar Stolz auf die weit vorangeschrittene Assimilation spricht aus den Worten des Kölner Rabbiners und Historikers Adolf Kober (1931):

Es ist klar, die Emanzipation der Juden hat ihre Kräfte entfesselt zum Segen des Vaterlandes und der Menschheit. Wenn manche Familie des Rheinlandes, wie zum Beispiel die Familie Guggenheim aus Worms, auf viele Jahrhunderte zurückschauen kann, in denen Sie im Rheinland nachweislich gesessen hat, so bedarf es keines Beweises, daß der rheinische Jude mit dem rheinischen Boden verwachsen ist und niemand ihm dieses Recht nehmen kann (zitiert nach Keim S. 81 f.).

Vierzehn Jahre später nach dem Holocaust im Dezember 1945 formulierte Leo Baeck:

Unser Glaube war es, daß deutscher und jüdischer Geist auf deutschem Boden sich treffen und durch ihre Vermählung zum Segen werden könnten. Dies war eine Illusion – die Epoche der Juden in Deutschland ist ein für alle Mal vorbei (zitiert nach Keim S. 70).

Antisemitismus

Neben die Zeugnisse eines gedeihlichen Miteinanders müssen die des schon vor der NS-Herrschaft bestehenden rassistischen Antisemitismus gestellt werden, wie er in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts aufgekommen war. Seine Anhänger sahen in den Juden nicht mehr, wie es bisher Generationen von Christen getan hatten, die religiös Andersdenkenden und Andersgläubigen, sondern den Feind der „nationalen Erneuerung“. Von Heinrich von Treitschke stammte der Satz „Die Juden sind unser Unglück“. Vertreter des Sozialdarwinismus, wie Kidd und Chamberlain, hatten die Auslese der Rassen im Kampf um das Dasein propagiert und die Überlegenheit der weißen Rasse, insbesondere der Germanen, herausgestrichen. Der Hofprediger und Führer der Christlich-Sozialen Adolf Stoecker und der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes Heinrich Claß hatten das Judentum gleichgesetzt mit Ideen des Liberalismus und der Sozialdemokratie und mit libertären Tendenzen in moderner Literatur und Kunst. Nach Kriegsende addierten hinzu sich Schuldzuweisungen an Deutschlands Niederlage, polemisch in der erschreckend vereinfachten Gleichsetzung Kriegsgewinnler-Schieber-Juden ausgedrückt. Schon im September 1920 druckte die Pfälzische Presse eine „Antisemitische Erklärung des Deutsch-Völkischen Schutz- und Trutzbundes“. Agressivere Töne schlugen die Hetzblätter „Eisenhammer“ und „Die Faust“ an, deren Redakteur Klaus Selzner wegen der Beleidigung von Juden wiederholt verurteilt wurde.

In Mainz entstand gegen Ende der 1920er Jahre eine Ortsgruppe des „Zentralvereins deutscher Staatsbürger christlichen Glaubens“. Die Gründung einer antisemitischen Notgemeinschaft des Mittelstandes löste im Vorfeld der 1929 anstehenden Stadtrats-, Kreistags- und Provinziallandtagswahlen die Gründung einer „Freien Vereinigung für jüdische Interessen“ als Gegenaktion aus. Doch es blieb nicht bei Anschuldigungen, Unterstellungen und Verunglimpfungen, sondern eskalierte zu Sachbeschädigungen und Schändung von Synagogen (z.B. Hundsbach bei Becherbach 1926, Hermeskeil, Kaiserslautern und Waldmohr 1928) und jüdischen Friedhöfen (z.B. im Kreis Simmern 1927 und 1931).

Als in Mainz in der Nacht vom 30. Juni auf den 1. Juli 1930 die Räumung des linken Rheinufer durch französische Truppen gefeiert wurde, wütete der nationalistische Pöbel gleichermaßen gegen vermutete Separatisten und gegen jüdische Bürger. Während am Tage auch in der Synagoge eine Dankfeier stattfand, wurde bei den Randalen der Nacht, auch antisemitische Parolen laut. Eine Steigerung ergab sich durch das Anwachsen der NSDAP noch vor Hitlers Beauftragung mit der Regierungsbildung. Im Dezember 1931 ließ der Ortsgruppenleiter von Wittlich Zettel verteilen, bei den Weihnachtseinkäufen jüdische Geschäfte zu meiden. Wenige Monate später wurde der Frankenthaler Arzt Dr. Wolff durch Nazis auf offener Straße mißhandelt.

Unter dem NS-Terror

Mit Hitlers Machtübernahme wurde der Antisemitismus ein Punkt des Regierungsprogramms und erreichte in seiner Menschenverachtung und Schrecklichkeit ein im Frühjahr 1933 wohl von niemand erahntes Ausmaß. Dem nationalsozialistischen Antisemitismus eignet keine Originalität, er wurzelt in wilhelminischer Zeit, stellt aber die denkbar grausamste und brutalste Steigerung dar. Anstelle des bisher geforderten und betriebenen Klassenkampfes wurde nun der Rassenkampf proklamiert. Der Antisemitismus wurde eingesetzt als ein Mittel zur Schaffung der „Volksgemeinschaft“. Sie sollte alle Partikularinteressen zugunsten des Gemeinwohles ausschalten, womit auch der Kampf gegen die Arbeiterparteien und die Gewerkschaften begründet wurde. Durch die in übler Schwarz-Weiß-Manier gezeichnete Trennung des deutschen schaffenden Menschen von dem jüdischen raffenden Kapital wurde eine Interessengleichheit von Unternehmern und Arbeitnehmern vorgegaukelt, und auch das zwischen den bisherigen Klassen schwankende Kleinbürgertum eingebunden. Die geläufige Parole „Kampf dem Weltjudentum“ wurde instrumentalisiert zur Mo-

bilisierung der „Volksgemeinschaft“ für einen kommenden Krieg, und der Versailler Vertrag, dessen Revision von allen großen Parteien einschließlich der KP verlangt wurde, als ein Werk dieses Weltjudentums angeprangert.

Das Konzept der nationalsozialistischen Judenpolitik war nicht von vornherein der Genozid, Ziel war vielmehr bis in die ersten Kriegsjahre, Deutschland „judenrein“ zu machen. Es sollte durch eine mehr oder weniger erzwungene Auswanderung aller im Reichsgebiet lebenden Juden erreicht werden. Die Radikalisierung der Judenpolitik vollzog sich in mehreren regional differenzierbaren Stufen. Dementsprechend möchte ich meine folgenden Ausführungen in vier Abschnitte unterteilen: frühe Gewaltmaßnahmen, wirtschaftliche und gesellschaftliche Ausgrenzung, Ausweisung und Deportation, Ausrottung (Holocaust).

Frühe Gewaltmaßnahmen.

Einige Beispiele sollen den zeitlichen Beginn, die regionale Streuung und die Art der Drangsalierung veranschaulichen:

- | | |
|--------------|--|
| Februar 1933 | Schutzhaft in Dachau für einen Juden aus Herchweiler (Kreis Kusel) wegen unerlaubter Arbeitsausübung. |
| 11. März | Aufstellung von SA-Posten vor jüdischen Läden in pfälzischen Orten, Beklebung der Schaufenster mit Plakaten „Deutsche kauft nur in deutschen Geschäften“. |
| 17. März | Im NSDAP-Gau Pfalz soll in jeder Ortsgruppe ein Überwachungsdienst kontrollieren, wer in jüdischen Geschäften einkauft, jüdische Rechtsanwälte und Ärzte konsultiert. Bürgermeister und Gemeinderäte jüdischer Abstammung werden zur Niederlegung ihrer Ämter gezwungen. |
| 22. März | Nach 1914 aus Polen zugezogene Juden haben umgehend die Pfalz zu verlassen, an demselben Tag werden ihre Konten gesperrt. |
| 24. März | Beschluß des Mainzer Stadtrates zur Entfernung der von dem jüdischen Bildhauer Benno Elkan geschaffenen Plastik „Niobe“. |
| März | Einlieferung von Juden in die neu eingerichteten Schutzhaftlager in Neustadt (Kaserne) und Osthofen bei Worms. |
| 29. März – | |
| 1. April | Beteiligung am reichsweiten Boykott jüdischer Geschäfte. |
| 10. April | Ausschluß von Juden und Marxisten aus künstlerischen und kulturellen Verbänden. |

November Schändung nicht mehr genutzter jüdischer Friedhöfe in Oberhammerstein und Hönningen (beide Krs. Neuwied).

Die Maßnahmen wurden in den nächsten Jahren fortgesetzt. Immer wieder kam es zu Schmierereien, zum Einwerfen von Fensterscheiben an Synagogen, jüdischen Wohnhäusern und Geschäften, Schändungen von Friedhöfen, Skandieren judenfeindlicher Sprechchöre, gewaltsamen Entfernungen von Firmen- und Namensschildern und zur Verhängung von Schutzhaft aus nichtigen oder vorgeblichen Gründen. Die Ausschreitungen ereigneten sich sowohl in Städten als auch in Dörfern unterschiedlicher Größe und Wirtschaftsstruktur. Eine bisher unbekannte und nicht geahnte Dimension erreichten die Ausschreitungen in der Nacht vom 9./10. November 1938. In fast allen Orten brannten die Synagogen, dort wo ein Übergreifen des Feuers auf die Nachbarhäuser befürchtet werden mußte, wurden die Inneneinrichtung demoliert, Kultgegenstände zerstört oder profaniert, Juden in ihren Wohnungen drangsaliert, Mobiliar zerschlagen, die Männer in Schutzhaft genommen. Mit der Niederbrennung der Synagogen und der Schändung der Kultgegenstände sollten die Juden in ihrer Identität getroffen, ihrer geistlichen und geistigen Zentren beraubt werden. Aus den nur spärlich erhaltenen Quellen über den Verlauf des Pogroms ergibt sich eine starke Beteiligung der SA-Brigade Kurpfalz.

Wirtschaftliche und gesellschaftliche Ausgrenzung

Seit Frühjahr 1933 ging mit dem Terror einher die Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben und ihre soziale Benachteiligung mit bürokratischen Mitteln. Die Nürnberger Gesetze vom Herbst 1935 leiteten ihre totale bürgerliche Entrechtung ein. Durch eine Vielzahl von Gesetzen und Verordnungen wurde die „Arisierung“ jüdischer Betriebe und jüdischen Grundbesitzes angeordnet, Berufs-, Studien-, Fahr-, Ausgeh-, Badeverbote erlassen, Benachteiligungen im Mieterschutz und bei dem Bezug kriegswirtschaftlich kontingentierter Lebensmittel und Textilien verfügt und damit die Juden wirtschaftlich ausgeplündert, gesellschaftlich geächtet und zu einem Leben außerhalb der „Volksgemeinschaft“, oft unter dem Existenzminimum gezwungen, dessen äußeres Erscheinungsbild dann als Kennzeichen „jüdischen Untermenschentums“ propagandistisch aufgeputzt wurde.

Ungeachtet aller Boykotthetze unterhielt die Landbevölkerung in allen Teilen des heutigen Rheinland-Pfalz ausweislich von Gendarmerieberichten noch 1937 und 1938 Geschäftsbeziehungen zu jüdischen Vieh- und Weinhändlern.

Trotz einer frühen Zulassungsbeschränkung zum Schulbesuch durch ein Gesetz vom 25. April 1933 gab es in den ersten Jahren der NS-Herrschaft noch einen verhältnismäßig hohen Anteil jüdischer Schülerinnen und Schüler in Volksschulen und weiterbildenden Schulen, sodaß durch einen staatlichen Erlaß ab dem Schuljahr 1936 die „Rassentrennung“ an den Schulen angeordnet wurde. Die im Erlaß vorgesehene Einrichtung besonderer Volksschulen für jüdische Kinder ließ sich in der Praxis mitunter nicht realisieren, weil die Anzahl der schulpflichtigen Kinder zu gering war oder sie zu weit von der Schule entfernt wohnten. So entstanden in der gesamten Pfalz nur sechs jüdische Schulen.

Auswanderung und Deportation.

Wie schon erwähnt, war Ziel der nationalsozialistischen Judenpolitik bis in die ersten Kriegsjahre nicht ihre physische Vernichtung, sondern ihre Entfernung aus dem deutschen Staatsgebiet. Dementsprechend wurde eine freiwillige Auswanderung nicht behindert und die zionistischen Organisationen gegenüber den assimilatorischen begünstigt. Zionistische Ortsgruppen gab es vornehmlich in Städten. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit seien genannt: Andernach, Bingen, Bad Kreuznach, Kaiserslautern, Koblenz, Landau, Landstuhl, Mainz, Mayen, Neuwied, Pirmasens, Rockenhausen, Speyer, Wittlich, Worms, Zweibrücken. Schon 1934 öffneten sich auch die jüdischen Jugendverbände dem Zionismus und in der Folge wurde sowohl in den jüdischen Schulen als auch in Kursen und Schulungslagern die Jugend durch Erlernung der hebräischen Sprache und durch Schulung in körperlicher Arbeit auf die Auswanderung nach Palästina vorbereitet.

Die assimilatorisch Gesinnten warben für das Verbleiben in Deutschland. In der Auswanderung sahen sie ein vorschnelles Aufgeben von Rechtspositionen und kulturellen Bindungen, einzelne sprachen von einer „Entwurzelung von der angestammten Kultur“ (Lehrerin Mansbacher aus Worms). Dieses der NS-Politik zuwider laufende Verhalten führte zunächst zu einer verschärften Observierung assimilatorisch eingestellter Organisationen und Einzelpersonen, dann zu Versammlungsverboten und schließlich zur Auflösung der entsprechenden Organisationen.

Obwohl die Auswanderung in das Konzept von Staat und Partei paßte, wurde sie zum Mittel, die jüdischen Auswanderer durch administrative Vorschriften eines Teils ihrer Barschaft (Reichsfluchtsteuer!), von Schmuck und Edelmetallen zu berauben. Weitere Vermögensseinbußen für die Auswanderer ergaben sich aus dem meist unter dem Marktwert liegenden Verkaufserlös ihrer Immobilien.

Den Umfang der Auswanderung sollen einige Zahlen veranschaulichen. Im Regierungsbezirk Pfalz sank die Zahl der Juden von 6.687 im Jahre 1933 auf 3.302 im Jahre 1938, in Worms von rund 1.100 (1.1.1933) auf 316 (bis Mitte 1939), in Mainz von 3.147 auf 2.072 (15.6.1938). Das für Mainz verfügbare Zahlenmaterial zeigt aber, daß der Schwund der 1933 ortsansässigen jüdischen Wohnbevölkerung nicht allein durch die Auswanderung veranlaßt wurde, sondern auch durch Binnenwanderung. Von den 1.074 jüdischen Abwanderungen aus Mainz entfielen nur 649 auf das Ausland, die übrigen 425 auf Wohnortwechsel innerhalb des Reichsgebietes. Bevorzugt wurden Großstädte mit traditionell starken jüdischen Gemeinden wie Mannheim oder Frankfurt. Diese Entwicklung hielt noch in den ersten Kriegsjahren, als die Auswanderung ganz zum Erliegen kam, an. Unter den Zielländern der Auswanderer lag Palästina nicht an der Spitze, sondern USA. Dies erklärt sich wahrscheinlich daraus, daß dorthin verwandschaftliche Verbindungen infolge der verhältnismäßig starken Auswanderung des 19. Jahrhunderts bestanden. Nach Palästina liegen Frankreich und die Niederlande an dritter und vierter Stelle der Aufnahmeländer. Der Rest verteilte sich auf 19 weitere Staaten.

Auswanderung und Binnenwanderung hatten Auswirkungen für das Gemeindeleben. Schnell sank die Zahl der geschäftsfähigen männlichen Mitglieder, vornehmlich der ländlichen Synagogengemeinden unter die satzungsgemäß vorgeschriebene Mindestzahl von zehn. Um eine Auflösung der Gemeinde zu vermeiden, wurden Fusionen kleinerer Gemeinden angestrebt. Dennoch hatten sich bis 1937 in der Pfalz schon 12 Gemeinden wegen des Mitgliederschwundes aufgelöst und ihre Synagogen veräußern müssen.

Neben die durch Verschlechterung der Lebensumstände erzwungene Auswanderung trat schon früh die gewaltsame Abschiebung. Ich erinnere an die schon zitierte Anweisung des pfälzischen Gauleiters Bürckel vom 20. März 1933, daß alle nach dem 1. August 1914 aus Polen zugewanderten Juden die Pfalz binnen weniger Tage zu verlassen hätten. Ein Teil der in anderen Gegenden des heutigen Rheinland-Pfalz noch verbliebenen „Ostjuden“ wurde im Oktober 1938 über die grüne Grenze nach Polen abgeschoben. Es war dies die erste größere staatlich organisierte Vertreibungsaktion. Sie steht am Anfang der Kausalkette des Pogroms vom 9./10. November 1938. Die Nachricht von der Abschiebung seiner Eltern nach Polen veranlaßte den in Paris lebenden Herschel Grünspan zu dem Attentat auf den Legationsrat vom Rath, dies wiederum diente als Vorwand des reichsweiten Terrors der sogenannten Reichskristallnacht. Es scheint, daß die pfälzische Gauleitung

das Pogrom zu einer eigenen Abschiebungsaktion nutzen wollte. Am 10./11. November erging an Mitglieder der südpfälzischen Synagogengemeinden die Aufforderung, sich nach Mannheim zu begeben. Am 24. November 1938 konnten sie wieder zurückkehren, auch wenn ihnen ein Ausweisungsbefehl zugestellt worden war. Hier äußert sich vielleicht schon die Vorreiterrolle des pfälzischen Gauleiters Josef Bürckel bei der Judenvertreibung. Als Reichskommissar für die Wiedervereinigung der „Ostmark“ (= Österreich) mit dem Deutschen Reich betrieb er zusammen mit Adolf Eichmann im Oktober 1939 die Deportation Wiener Juden in das besetzte Polen. In seinem Gau Saar-Pfalz verweigerte er den in den ersten Septembertagen 1939 aus der „Roten Zone“ evakuierten Juden, z.B. aus Pirmasens und Zweibrücken, nach dem Frankreichfeldzug die Rückkehr in ihre Heimat.

Im Herbst 1940 machte er sich gemeinsam mit Gauleiter Robert Wagner und Adolf Eichmann daran, die erste großflächige Massendeportation zu organisieren. Aufgrund einer zwischen der Wiesbadener Waffenstillstandskommission und der französischen Delegation getroffenen Vereinbarung wurden alle Juden französischer Staatsangehörigkeit aus Elsaß und Lothringen ins unbesetzte Frankreich abgeschoben. Die französischen Behörden waren verpflichtet, die Evakuierten aufzunehmen. Diese Bestimmung wurde von Wagner und Bürckel, die als Reichsstatthalter in Elsaß und Lothringen amtierten, auch auf die Juden deutscher Staatsangehörigkeit in den Gauen Baden und Saarpfalz übertragen. In der Nacht zum 22. Oktober und am darauffolgenden Tag wurden durch die Gestapo alle transportfähigen Juden in ihren Wohnungen verhaftet ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht, ausgenommen wurden lediglich bestehende Mischehen, und unmittelbar danach in plombierten Eisenbahnzügen in das unbesetzte Frankreich transportiert. Die französische Eisenbahndienststelle in Macon, dem ersten größeren Bahnhof im unbesetzten Frankreich, nahm die Züge, die die Reichsbahn als „Ausgewiesene-Transporte“ gemeldet hatte, in dem Glauben an, es handele sich wie bisher um aus dem besetzten Elsaß und Lothringen abgeschobene französische Staatsbürger. Nach einer Bahnfahrt von 72 Stunden, die schon die ersten Todesopfer forderte, kamen die Transporte im Lager Gurs an, das im Frühjahr 1939 auf baumlosem, ehemals sumpfigem Ödland von in Frankreich internierten Soldaten der spanischen republikanischen Armee errichtet worden war. Die Transporte umfaßten 826 jüdische Männer, Frauen und Kinder aus 88 Städten und Dörfern der Pfalz, allein 258 aus Ludwigshafen.

Das hohe Durchschnittsalter, die miserable Unterkunft, Kleidung und Heizung, die sanitären Verhältnisse, die vitamin- und kalorienarme Ernährung, die ungenügende medizinische Betreuung und die psychische Depression, welche die Widerstandsfähigkeit des Körpers untergrub, ließen die Sterblichkeit im Lager rasch ansteigen. Im Januar 1941 betrug die durchschnittliche Todesquote 20 Menschen pro Tag. Im Laufe der Zeit erfolgten verschiedene Verlegungen in andere Lager.

Der energische Protest der französischen Waffenstillstandsdelegation gegen die Abschiebung reichsdeutscher Juden in den unbesetzten Teil Frankreichs dürfte Nachfolgeaktionen der Gauleiter von Hessen-Nassau und Koblenz-Trier gestoppt haben.

Mit dieser Aktion hatte Bürckel sein altes Ziel, seinen Gau „judenfrei“ zu machen, so gut wie erreicht. Nur wenige, die die NS-Schergen in den kritischen Oktobertagen 1940 zufällig nicht in ihren Wohnungen angetroffen hatten, und die jüdischen Partner von Mischehen waren der Deportation entgangen. Wenn auch Bürckels und Wagners Aktion nicht unmittelbar auf die physische Vernichtung der in ihrem Befehlsbereich lebenden Juden abzielte, so eröffnete sie doch die Reihe der großen brutalen Deportationen, die letztlich im Holocaust der osteuropäischen Vernichtungslager endeten; denn die meisten nach Gurs Deportierten wurden ab Juli 1942 zusammen mit vielen französischen Juden über den berüchtigten Sammelpunkt Drancy bei Paris nach Auschwitz gebracht.

In den beiden anderen Gauen unseres Untersuchungsgebietes wurden die arbeitsfähigen Jüdinnen und Juden zwischen 18 und 55 Jahren zu geschlossenen Arbeitseinsätzen herangezogen. Das Gemeindeleben und der Unterricht in den jüdischen Schulen fristeten ihr Dasein bis 1941/42.

Die Ausrottung.

Indessen vollzog sich in der NS-Politik im Laufe des Jahres 1941 der entsetzliche Schwenk zur Auslöschung, in der damaligen Amtssprache verharmlosend „Endlösung“ genannt. Im Rahmen der berüchtigten Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942 unterrichtete Heydrich vierzehn hohe Repräsentanten aus Partei- und Staatsführung, daß die Ausrottung aller im Zugriff des NS-Regimes lebenden Juden das neue Ziel sei. Alle Juden sollten in einigen wenigen Lagern im Osten konzentriert, die Arbeitsfähigen, solange ihre Kräfte dies erlaubten, in Rüstungsbetrieben und Bergwerken eingesetzt, alle anderen sofort durch Vergasung getötet werden. Mit den Vorbereitungen der Deportation zum „Arbeitseinsatz“ im Osten war schon im Laufe des Jahres 1941 im Rheinland begonnen worden. Am 16. Oktober 1941 verließ

ein erster Transport Trier in Richtung Lodz (damals Litzmannstadt). Die Nachrichten aus den folgenden Jahren lesen sich wie ein grausiger Fahrplan in den Tod:

1942

- 5. und 20.3. Transporte aus Mainz in die Lager Piaski und Izbica bei Lublin
- 19.3. Deportation von 75 Juden aus Worms
- 22.3. Deportation von 337 Juden aus Koblenz, weitere aus Bendorf-Sayn
- 30.3. Deportation aus Bendorf-Sayn, Hönningen, Linz am Rhein
- 15. u. 24.4. Deportation von 261 Juden aus Trier in das „Protektorat Böhmen-Mähren“.
- April Zusammenstellung eines Transportes von Juden aus Baden, Pfalz und Saarland
- 29./30.4. Deportation aus den ehemals oldenburgischen Gemeinden Bosen, Sötern und Birkenfeld und aus dem Landkreis Koblenz (105 Personen)
- 15.6. Deportation von 342 Juden aus der jüdischen Heil- und Pflegeanstalt Bendorf-Sayn
- ab Juli Deportation pfälzischer Juden aus Gurs und anderen Pyrenäenlager nach Auschwitz
- 25.7. Deportation aus Linz, Stromberg und anderen Orten im Hunsrück nach Theresienstadt
- 26.7. Deportation von 98 Juden aus Trier nach Theresienstadt
- 27./28.7. Abtransport pfälzischer Juden, die der Deportation vom Oktober 1940 entgangen waren, an demselben Tag auch aus Stadt und Landkreis Koblenz (79 Juden) und aus ehemals oldenburgischen Orten
- September Deportation aus Mainz
- 30.11. Erneuter Transport aus Trier

1943

- Februar Transport aus Mainz
- 1.3. Deportation von 85 Juden aus Trier nach Theresienstadt und Litzmannstadt
- 16. 3. u. 1.4. ... weitere 85 Juden aus Trier mit den gleichen Zielorten

Noch im Frühjahr 1945, wenige Wochen vor dem Einmarsch der US-Truppen, wurden auf Veranlassung der Gestapo-Stelle Saarbrücken die letzten übrig gebliebenen jüdischen Partner aus Mischehen und daraus her-

vorgegangene Kinder aus der Pfalz und dem Saarland nach Theresienstadt „verschubt“. Nicht alle wurden einige Wochen später von der Roten Armee befreit, einige waren inzwischen verstorben. Am 14. Februar 1945 verließ ein Transport, der nach ähnlichen Gesichtspunkten zusammengestellt war, Frankfurt am Main, ihm gehörten einige Unglückliche aus dem Landkreis Birkenfeld an.

Auch die ganz wenigen, die bisher der Verhaftung entgangen waren, konnten sich jetzt noch nicht sicher fühlen. Ein trauriges Beispiel aus Worms zeigt, wie die NS-Mörder bis zuletzt wüteten. Die als Jüdin geborene, aber zum Katholizismus übergetretene Frau des Lederhändlers Bertram aus Worms wurde wenige Tage vor dem Einmarsch der Amerikaner nach Bensheim geschafft und dort erschossen. Das ist die letzte mir bekannt gewordene Nachricht des mörderischen Antisemitismus im heutigen Rheinland-Pfalz. Die damals viel zitierte „Auslöschung“ war total verwirklicht!

Schlußbemerkung

Alle Teile des heutigen Landes Rheinland-Pfalz unterlagen wie die übrigen gleichgeschalteten Länder des NS-Staates der antijüdischen Reichsgesetzgebung, aber deren Ausführung erfolgte je nach dem Grad der ideologischen Indoktrinierung mit unterschiedlicher Schärfe. Als Protagonist einer radikalen Judenpolitik begegnet der Gauleiter von Saarpfalz Joseph Bürckel, dessen frühe Gewaltmaßnahmen zur „Säuberung“ seines Gaus von Juden sich zwar nicht prinzipiell, aber doch graduell von dem Verhalten der drei Gauleiter am Niederrhein unterschieden. Dabei taktierte er jeweils unter Berücksichtigung oder Ausnutzung der politischen Situation. Während der empfindlichen Phase des Saarabstimmungskampfes 1934, während des Bestehens eines internationalen Gerichts in Saarbrücken bis März 1936 und schließlich während der Olympischen Spiele 1936 beachtete er ein moderateres Verhalten. Dann aber nutzte er die Abschiebung der Juden französischer Staatsangehörigkeit aus Elsaß und Lothringen im Herbst 1940 zur Deportation der Juden aus seinem Gau und eröffnete dadurch gemeinsam mit dem Gauleiter Wagner von Baden die großen flächenleerenden Deportationen. Bei einer in meiner Vorbemerkung angesprochenen komparativen landesgeschichtlichen Betrachtung kommt ihm eine negative Spitzenstellung zu. Dies entlastet aber nicht die Gauleiter von Trier-Koblenz (später Moselland) und Hessen-Nassau und die führenden Funktionäre in Partei und Staat, die seit 1941 unter dem Tarnwort „Arbeitseinsatz im Osten“ bei der Vernichtung der jüdischen Bevölkerung an Rhein und Mosel und Nahe mitwirkten. Beide Gauleiter zeigten sich dabei als getreue Paladine ihres

Führers, der in „Mein Kampf“ die These entwickelt hatte, bei der jüdischen Siedlungspolitik am Rhein handele es sich um einen gezielten Anschlag auf die europäische Kultur.

Literaturauswahl:

Hermann ARNOLD: Juden in der Pfalz. Vom Leben pfälzischer Juden. Landau 1986.

Paul ARNSBERG: Die jüdischen Gemeinden in Hessen. Anfang, Untergang, Neubeginn. Frankfurt am Main 1971.

Rainer Joha BENDER (Hg.): Pfälzische Juden und ihre Kultuseinrichtungen. Mannheim 1988.

Dokumentation zur Geschichte der jüdischen Bevölkerung in Rheinland-Pfalz und dem Saarland von 1800 bis 1945, hg. von der Landesarchivverwaltung Rheinland-Pfalz in Verbindung mit dem Landesarchiv Saarbrücken, 12 Bde. Koblenz 1972-1982.

Kurt DÜWELL: Die regionale Geschichte des NS-Staates zwischen Mikro- und Makroanalyse. Forschungsaufgaben zur „Praxis im kleinen Bereich“. In: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 9, 1983, S. 287-344.

Kurt DÜWELL: Die Rheingebiete in der Judenpolitik des Nationalsozialismus vor 1942. Beitrag zu einer vergleichenden zeitgeschichtlichen Landeskunde. Bonn 1966.

Karl FUCHS – Michael JÄGER: Synagogen der Pfälzer Juden. Vom Untergang ihrer Gotteshäuser und Gemeinden. Eine Dokumentation. Neustadt/W.: Jüdische Kultusgemeinde der Rheinpfalz 1988.

Führer durch die jüdische Gemeindeverwaltung und Wohlfahrtspflege in Deutschland. (Der von der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden herausgegebene und meist in zweijährigem Turnus erschienene Führer ist eine wichtige zeitgenössische Quelle für das innergemeindliche Leben).

Juden in Trier. Katalog einer Ausstellung von Stadtarchiv und Stadtbibliothek Trier März-November 1988 unter Mitwirkung von Horst MÜHLEISEN und Bernhard SIMON, bearb. von Reiner NOLDEN. Trier 1988.

Katalog zur Ausstellung der Stadt Mainz im Rathaus-Foyer November 1978, bearb. von Friedrich SCHÜTZ. Mainz 1978.

- Anton Maria KEIM (Hg.): Tagebuch einer jüdischen Gemeinde 1941/43. Mainz 1968.
- Friedrich L. KRONENBERGER: Die jüdischen Vieh- und Pferdehändler im Birkenfelder Land und in Gemeinden des Hunsrücks. Birkenfeld 1983 (Schriftenreihe der Kreisvolkshochschule Birkenfeld Bd. 8).
- Alfred Hans KUBY (Hg.): Juden in der Provinz. Beiträge zur Geschichte der Juden in der Pfalz zwischen Emanzipation und Vernichtung. Neustadt/W. 1988.
- Hermann W. MORWEISER: Pfälzer Juden und IG-Farben. Ludwigshafen (o.J.).
- Fritz REUTER, Warmaisa. 1000 Jahre Juden in Worms. 2. Aufl. Frankfurt/Main 1987.
- Jacob TOURY: Die Entstehungsgeschichte des Austreibungsbefehls gegen die Juden der Saarpfalz und Badens (22./23. Oktober 1940 Camp de Gurs). In: Jahrbuch des Instituts für deutsche Geschichte Tel Aviv 15, 1986, S.431-464.
- Erhard R. WIEHN (Hg.): Oktoberdeportation. Die sogenannte „Abschiebung“ der badischen und saarpfälzischen Juden in das französische Internierungslager Gurs und anderer Vorstationen von Auschwitz. 50 Jahre danach zum Gedenken. Konstanz 1990.
- Hannes ZIEGLER: Verfemt – verjagt – vernichtet. Die Verfolgung der pfälzischen Juden 1933-1945. In: Gerhard NESTLER – Hannes ZIEGLER: Die Pfalz unter dem Hakenkreuz. Eine deutsche Provinz während der nationalsozialistischen Terrorherrschaft, Landau 1993, S.325-356.

René Blättermann

SYNAGOGA. Die Synagoga im Zyklus Hebräer

(Ausstellung vom 24. Januar bis 8. Februar 1995 im Haus am Dom)

Die Idee des Zyklus HEBRÄER ist es, Erhaltenes aus biblischer und vor allen Dingen der weniger bekannten nachbiblischen Zeit zu recherchieren und graphisch auszuarbeiten, mit dem Ziel, bei den vorgestellten Graphiken über das ästhetische Empfinden hinaus einen Einblick in Momente der Historie und eine Reflexion mit dem Heute zu ermöglichen. Motive aus den unterschiedlichsten Ländern und Epochen sollen Zeugnis geben vom umfangreichen kulturellen Leben des Volkes Israel in der Zerstreuung und der Völker, unter denen Jüdinnen und Juden lebten und leben.

Bei den Recherchen zum Zyklus HEBRÄER hat mich die Figur der SYNAGOGA besonders beeindruckt, ist sie doch Symbol eines jahrhundertalten Konfliktes. Deshalb habe ich mich entschlossen, diese christliche Darstellung des Judentums als Serie in den Zyklus HEBRÄER aufzunehmen. Die Arbeit an dieser Serie begann im Mai 1993 mit der Anfertigung von Fotos der Skulptur der SYNAGOGA am Münster in Straßburg, der Liebfrauenkirche in Trier und am Dom in Worms.

Der Begriff SYNAGOGA ist die lateinische Form des griechischen Wortes *Συναγωγή*, welches 'Versammlung' bedeutet. Es wird zum ersten Mal in der Septuaginta, der griechischen Bibelübersetzung, erwähnt und bezeichnet den Versammlungsort der Gemeinde. Bis heute wird die SYNAGOGA in Israel *Bet ha-Knesset*, 'Haus der Versammlung', genannt. Die frühe Kirche verwendete den Begriff SYNAGOGA aber nicht nur als Bezeichnung für den Versammlungsraum des jüdischen Gottesdienstes, sondern auch als ein Bild, eine Typologie des Judentums insgesamt als Volk und Religion.

Sich selbst sah die Kirche als das wahre Judentum, die wahre SYNAGOGA, die anstelle des Judentums in die Offenbarungsverantwortung eingetreten sei. Um bei den Begriffen aber keine Verwechslung aufkommen zu lassen, wählte die Frühkirche für die eigene Typisierung meistens den von der Septuaginta als Übersetzung des hebräischen *Qahal* gewählten Begriff *Ecclesia*, der 'Volksversammlung' bedeutet.

Es wurden also zwei inhaltlich sehr verwandte Begriffe benutzt, um die beiden Religionen voneinander zu unterscheiden. Diese literarisch und auch in der Kunst durchgeführte Typisierung von SYNAGOGA und *Ecclesia*, diente sowohl der Verkündigung der inneren Einheit (*Concordantia*) von Altem und Neuem Testament, dann aber auch immer mehr zur Hervorhebung der anhaltenden Konfliktsituation zwischen Kirche und Judentum.

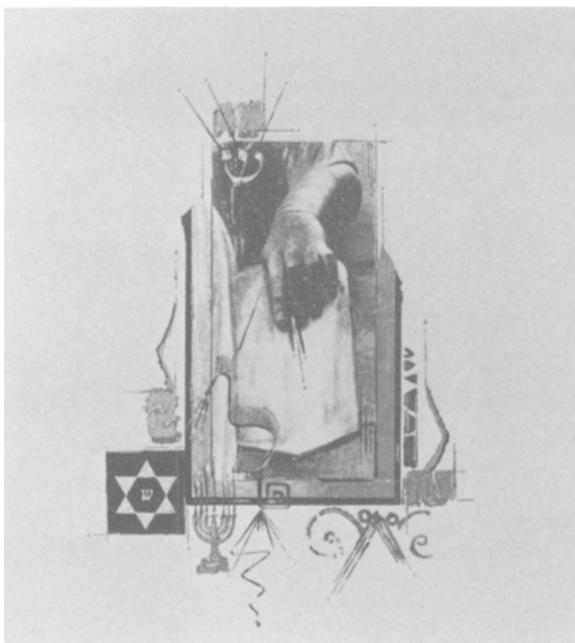
Zum Zeichen ihrer Verstocktheit trägt die SYNAGOGA vielfach eine Augenbinde, die Krone fällt ihr vom Haupt oder liegt zu ihren Füßen – sie hat ihre Rolle ausgespielt. In der Hand hält sie eine zerbrochene Lanze oder Fahne, symbolisch für das Ende ihrer Herrschaft. Auf einen Mantel oder Umhang muß sie verzichten, als „Entkleidung“ von der Macht. Durch eine Reihe von Objekten, welche die SYNAGOGA in der Hand hält, soll die Verwerfung oder Wegnahme der alttestamentarischen Heilsvollmachten anschaulich gemacht werden, Dazu gehören die Gesetzestafeln, das Beschneidungsinstrument oder der Kelch mit nach unten geöffneter Schale.

Bei den Graphiken sind dem Hauptthema SYNAGOGA Symbole wie der *Magén Dawid*, die *Menoráh*, ein Kapitell aus der Zeit der israelitischen und jüdischen Könige, oder der Löwe des Siegels des ersten Königs Israels zugeordnet. Auch Buchstaben des hebräischen Alphabets, wie zum Beispiel ein *Schin* für *Shalom* oder das *Schmáh Jisraél*, das Glaubensbekenntnis Israels. Insgesamt ist es der Versuch, der Figur SYNAGOGA ihre Würde wiederzugeben.

Die angefertigten Fotos sind die Grundlage der Graphiken, jeder Druck erfolgt jedoch separat und wird dann mit den Mitteln der Vergoldung, Bronzierung, unterschiedlicher Druck- und Stupftechniken weiter bearbeitet und zu einem Gesamtkonzept verfertigt. So entstehen ganz individuelle Einzelstücke.

Die Darstellung der SYNAGOGA steht im Kontext des Zyklus HEBRÄER. Die Auseinandersetzung mit dem Thema Zyklus HEBRÄER macht die Arbeit an dieser Typologie für das Judentum möglich, denn die SYNAGOGA bestätigt die untrennbare Verbindung von beiden Religionen, ihre gemeinsame Wurzel, ohne SYNAGOGA wäre *Ecclesia* nicht denkbar.

Die inhaltlich fast gleiche Bedeutung der beiden Begriffe macht dies ebenso deutlich. Stand lange Zeit die Abgrenzung und Distanzierung zwischen den beiden Figuren und damit zwischen den beiden Religionen im Vordergrund, so hat doch die *Concordantia*, die Einheit von Altem und Neuem Testament, von Judentum und Kirche, die am Anfang der Entwicklung so wichtig war, bis heute nichts von ihrer Bedeutung verloren. SYNAGOGA ist auch ein Symbol der Annäherung.



Synagoga. Strasbourg um 1230



Synagoga. Trier um 1250

Podiumsdiskussion

Juden in Deutschland. Heimat oder Diaspora?

Plenarsaal des Landtages Rheinland-Pfalz am 7. März 1995

Teilnehmer:

- Prof. Dr. Guido Knopp (Leiter der Redaktion Zeitgeschichte des ZDF, Diskussionsleitung)
- Ignatz Bubis (Vorsitzender des Direktoriums des Zentralrates der Juden in Deutschland)
- Prof. Dr. Gerrard Breitbart (Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Mainz),
- Prof. Dr. Alfred Haverkamp (Universität Trier und Historisches Kolleg München)
- Prof. Dr. Michael Wolffsohn (Universität der Bundeswehr München)

Knopp

Meine Damen und Herren, „Juden in Deutschland. Heimat oder Diaspora?“ Fünfzig Jahre nach der Beendigung des 2. Weltkrieges, fünfzig Jahre nach der Befreiung von Auschwitz – ein markantes Datum für unsere Diskussion.

Ich denke, nicht nur deshalb stellt sich diese Frage gerade jetzt in neuem Licht: Kann das frühere Land der Täter für die Überlebenden des Judenmordes, für die Opfer und für ihre Kinder, wieder Heimat sein? Oder ist es – mehr denn je vielleicht – Diaspora? Sind die nichtjüdischen Deutschen fünfzig Jahre nach dem schrecklichen Geschehen in der Lage, allzuoft verdrängte Schuldgefühle abzulösen durch Verantwortungsbewußtsein einer neuen Generation. Über diese und viele andere Facetten unseres Themas diskutieren wir mit Ignaz Bubis, Vorsitzender des Zentralrates der Juden in Deutschland, mit Prof. Alfred Haverkamp, Historiker, Prof. Gerrard Breitbart, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde in Mainz und Prof. Michael Wolffsohn, Historiker aus München.

Herr Bubis, Sie sind – das ist ja auch der Titel eines Buches über Sie und mit Ihnen – nach eigenem Bekunden ein „deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“. Finden Sie denn mit diesem Bekenntnis – ich meine es ist ein Bekenntnis – bei Ihren Gemeinden und bei denen, die Sie vertreten, eine Mehrheit oder eine Minderheit?

Bubis

Ich habe diesen Titel als sogenanntes „Bekenntnis“ bewußt gewählt. Es ist gar nicht interessant, ob ich bei den Glaubensbrüdern eine Minderheit oder eine Mehrheit finde. Ich gehöre mit dieser Meinung in der Öffentlichkeit, in der nichtjüdischen Öffentlichkeit, einer Minderheit an. Die Mehrheit akzeptiert das nicht. Es kommt gar nicht darauf an, wie die jüdische Gemeinschaft das selbst sieht. Schon Sartre hat gesagt: „Wer Jude ist, bestimmt die Umgebung und nicht der Jude selbst.“

Ich würde diesen Titel nicht noch einmal wählen, weil ich festgestellt habe, daß die Gesellschaft es so nicht akzeptiert. Heute muß man ohnehin unterscheiden, denn die jüdische Gemeinschaft in Deutschland hat sich in den letzten fünf Jahren verändert. Durch die Zuwanderung aus der ehemaligen Sowjetunion besitzt die Hälfte der jüdischen Gemeinschaft heute tatsächlich nicht die deutsche Staatsbürgerschaft, und überraschenderweise ist der Wunsch nach der Staatsbürgerschaft bei den Zuwanderern eher größer als bei denen, die schon länger in Deutschland leben und keine deutschen Staatsbürger sind.

Mit meinem Titel habe ich bei manchen – jetzt spreche ich von den Glaubensbrüdern – ein Kopfschütteln ausgelöst. Manche haben gesagt: „Was soll die Anbiederei?“ Ich habe von Israel einige wenige Briefe bekommen, in welchen mir geschrieben wurde: „Wir haben schon einmal den ‘Reichsverband deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens’ gehabt, und das war verkehrt damals. Und deshalb sollten Sie es heute auch gar nicht mehr versuchen.“ Ich würde folgendes sagen: In der jüdischen Gemeinschaft hat man meinen Titel nicht besonders beachtet, bis auf eine Minderheit, die zum Teil positiv, zum Teil negativ reagiert hat. Aber die nichtjüdische Öffentlichkeit hat gesagt: „Auch wenn er das noch zehnmals schreibt, das stimmt so nicht.“ Das ist das Entscheidende.

Knopp

Sie haben einige Facetten angesprochen, über die wir diskutieren sollten – hoffentlich auch kontrovers. Bleiben wir zunächst bei den Eigeninterpretationen. Herr Wolffsohn, Sie wurden geboren als Sohn deutsch-jüdischer Emigranten in Israel. Sie kehrten nach Deutschland zurück und Sie bezeichnen sich als „deutsch-jüdischen Patrioten“. Was unterscheidet Sie denn da von Bubis?

Wolffsohn

Zunächst einmal gibt es ja auch bei der Bezeichnung von Herrn Bubis einen objektiven und einen subjektiven Faktor. Sie haben Herrn Bubis nach seiner

subjektiven Einschätzung gefragt. Objektiv steht fest: Er ist, ebenso wie ich, ein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens und das sind die meisten der „alteingesessenen“ Juden in Deutschland, deutschen Juden oder egal, wie Sie diese Gruppe bezeichnen. Man muß unterscheiden zwischen dem, was objektiv und auch formalrechtlich ist und wie man sich subjektiv fühlt.

Ich bin nicht ganz so oft in der Öffentlichkeit wie Herr Bubis, aber nach meinen eigenen Erfahrungen wird es von „der Gesellschaft“ durchaus akzeptiert, daß ein Jude nicht nur deutscher Staatsbürger ist, sondern er wird als ein Mitbürger weitgehend anerkannt. Ich weiß, Umfragen sind kein guter Indikator, aber ich finde keinen besseren. Die Umfragen zeigen, daß die überwiegende Mehrheit der Deutschen (die nicht antisemitisch ist) dies auch anerkennt.

Zweiter Punkt – damit komme ich zur eigentlichen Beantwortung der Frage: Was ich mit dieser oft zitierten und nie recht verstandenen Formel mit den „deutsch-jüdischen Patrioten“ meine, ist etwas ganz Einfaches. Ein Patriot ist für mich nicht jemand, der „right or wrong my country“ brüllt, strammsteht, wenn er die jeweilige Nationalflagge sieht und dann „Sieg heil!“ ruft, sondern ein Patriot ist jemand, der sich für das Gemeinwesen, in dem er lebt, einsetzt, um dieses Gemeinwesen lebenswert weiter zu gestalten, wenn es denn lebenswert ist. Ich halte diese Bundesrepublik Deutschland, diesen Rechts- und Sozialstaat für ein lebenswertes Gemeinwesen, das beste in der deutschen Geschichte – das gilt für Nichtjuden ebenso wie für Juden – und für dieses Gemeinwesen setze ich mich ein.

Zweiter Teil meiner Definition oder meines Verständnisses von Patriotismus ist: Dieses Gemeinwesen, in dem ich lebe, habe ich mir ja ausgesucht. Ich bin, wie Sie gesagt haben, im Alter von 23 Jahren nach dem Ableisten meines Wehrdienstes in Israel nach Deutschland zurückgekehrt.

Welchen Sinn aber haben folgende Fragen: Bist du sowohl Deutscher als auch Jude? Bist Du mehr Deutscher, bist Du mehr Jude? Im Grunde genommen praktiziert jeder, egal ob Hugenotte, Jude, Rheinland-Pfälzer, Ostdeutscher, Norddeutscher, Süddeutscher, sein „Deutschsein“ in einer durchaus unterschiedlichen Form und hat dies auch verinnerlicht.

Sowohl das Deutsche – vor allem kulturelle und auch bundesrepublikanische Traditionen – als auch das Jüdische haben mich geprägt. Dies ist – allen meinen jüdischen und nichtjüdischen Kritikern zum Trotz – die mich prägende Verbindung.

Insofern halte ich dieses Bekenntnis eines „deutsch-jüdischen Patriotismus“, anders als die dümmliche Kritik, die ich oft zu hören bekomme, nicht für ein Wiederaufwärmen eines deutsch-nationalen Schwärmertums, das nie

meine Sache gewesen ist, zumal meine Familie und ich selbst davon ja sehr betroffen worden sind. Viele wollen gar nicht akzeptieren – und hier decken sich die Erfahrungen von Bubis und mir –, daß ein Jude Deutscher ist, und zwar nicht nur im formalen Sinne, sondern, daß ein Jude sich mit Deutschland identifizieren kann.

Die wirklichen Antisemiten und Rechtsextremisten in Deutschland lassen sich von folgender Überlegung leiten: Deutschtum ist für sie rassistisch definiert. Ein Jude kann qua Geburt kein Deutscher sein, und erst recht kein deutsch-jüdischer Patriot. Ich zitiere sinngemäß aus den antisemitischen „Liebesbriefen“, die ich zuhauf bekomme: „Ein Jude kann kein Deutscher sein. Und ein deutsch-jüdischer Patriot ist eine Mogelpackung. Dann ist uns schon ein Jude lieber, der sagt: ‘Hier Juden, da Deutsche.’ Das ist wenigstens eine ehrliche Lösung. Aber mache uns bitte nicht vor, daß Du erstens Deutscher sein kannst und Dich noch darüber hinaus mit Deutschland identifizierst.“

Knopp

Ich bin Ihnen sehr dankbar, daß Sie auf die Nomenklatur hingewiesen haben, die von Nichtüberlegenden gelegentlich verwendet wird: die Unterscheidung von Deutschen und Juden. Wir wollen heute abend, darum möchte ich bitten, zwischen jüdischen und nichtjüdischen Deutschen unterscheiden.

Herr Haverkamp, Sie sind ja unter anderem Vorsitzender der Gesellschaft zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland. Ist denn dieser Konflikt um die schwierige Identität der Juden in Deutschland ein neuer Streit, so, wie er hier angesprochen worden ist, nur möglich nach dem Judenmord, dem sogenannten Holocaust oder handelt es sich nicht doch um einen sehr alten Streit?

Haverkamp

Das würde ich schon meinen. Unsere Zentralbegriffe verweisen ja schon darauf. „Diaspora“ ist ein uralter Begriff, der weit in die Antike zurückgeht und bekanntlich dort fundiert ist. Ich bin nicht kompetent genug, das im einzelnen abzuleiten, aber sicher erfährt dieser Begriff mit 70 n. Chr. eine Negativbesetzung, obwohl er vorher durchaus auch positiv gemeint war.

Insoweit müssen wir uns eigentlich einigen, welchen Diasporabegriff wir hier zugrunde legen wollen. Es gibt einen Diasporabegriff, der überhaupt nicht in einem Gegensatz zu „Heimat“ steht, sondern der beides durchaus zuläßt. Dieser Begriff von „Diaspora“ ist dann antijüdisch aufgeladen wor-

den durch das Christentum, das in der Zerstreung eine Strafe Gottes und ein Zeichen der Verwerfung der Juden gesehen hat.

Insoweit ist die Zerstreung dann auch immer wieder als ein für die Juden bestimmtes Los interpretiert worden, so daß die ganzen Jahrhunderte hindurch die Ansässigkeit und die Verankerung der Juden in der jeweiligen Gesellschaft durch diesen Bodensatz gleichsam mit aufgesprengt werden konnte. Immer wieder haben sich antijüdisch eingestellte Leute – am wenigsten eigentlich die Amtskirche als solche – dieses Reservoirs bedient.

Daneben sind aber auch langfristige Tendenzen zu beachten, wie sie etwa im Bürgerrecht der Juden in den mittelalterlichen Städten zum Ausdruck kommen. Ich verweise beispielhaft auf ein Schreiben der jüdischen Gemeinde aus dem Jahre 1477 an den Regensburger Rat. In ihm behaupten die Juden, sie seien schon vor Christus in Regensburg gewesen und könnten ein Schreiben aus Palästina vorzeigen, in dem ihnen die Hinrichtung Christi mitgeteilt werde. Mit dieser Argumentation soll sicher zum Ausdruck gebracht werden, daß die Regensburger Juden an der Kreuzigung Christi gar nicht beteiligt sein konnten.

Das ist die Überzeichnung einer Grundeinstellung, die wir aber sehen müssen, die auch vorhanden gewesen ist. Insoweit ist, wenn wir von Staatsbürgern sprechen, das Bürgerrecht von Juden auch im Mittelalter oft nicht nur rechtlich, sondern auch faktisch über Jahrhunderte vorhanden gewesen.

Knopp

Herr Breitbart, Sie sind dem Mord entgangen, weil Sie in Holland versteckt worden sind. Was der Holocaust für die jüdische Identität heute in Deutschland bedeutet, ist ja wohl klar. Aber nun warnt ein Schriftsteller, wie Rafael Seligmann vor einer Reduzierung des Judentums auf eine „Holocaustnostalgiegemeinschaft“ und ein Historiker wie Wolffsohn hat schon auch einmal die sogenannte „Holocaustfixierung“ vieler Juden kritisiert. Was empfinden Sie dabei?

Breitbart

Das ganze hat natürlich eine objektive und eine subjektive Komponente. Es ist ein sehr schwieriges Thema. Die jüdische Gemeinschaft, so wie wir sie heute mit rund 50.000 Menschen in der Bundesrepublik Deutschland haben, ist keine homogene, sondern eine sehr differenzierte Gemeinschaft, die nach 1945 sukzessive durch verschiedene Einwanderungswellen entstanden ist. Natürlich waren zunächst einmal die Menschen da, die den Holocaust überlebt hatten, die aus Vernichtungslagern hier in Deutschland, aus welchen Gründen auch immer, hängen geblieben sind und in ihrem Verständnis

jüdische Gemeinden aufgebaut haben. Diese haben natürlich ihr Verständnis aus der Vergangenheit, aus der Schoa, ganz stark in die Gemeinden hineingebracht und die Gemeinden auch entsprechend geprägt.

Das heißt, sie haben auch die Kinder und Enkelkinder sehr stark geprägt. Unsere Jugendkongresse machen immer wieder deutlich, daß die jungen Menschen, die aus Familien kommen, wo Eltern, Großeltern entweder vernichtet wurden oder die KZ's gerade so überlebt haben, ein ganz anderes Verständnis haben, als die Kinder, die aus anderen Familien kommen. Wenn wir jetzt die Neuzuwanderer hier in der Bundesrepublik sehen, die neuen Mitglieder aus der ehemaligen Sowjetunion, dann haben diese Gott sei Dank gar kein oder kaum ein Holocaustverständnis. Das ist die objektive Seite.

Die subjektive Seite ist schon so, daß die Juden der Welt stark an der Schoa fixiert sind. Das ist eigentlich auch verständlich und muß auch so sein.

Das hat viele Gründe: Da ist das übermächtige Gefühl, daß wir einen Verlust erlitten haben, der für das Judentum nie mehr aufholbar ist. Das kann vielleicht der Nichtjude – das ist gar kein Vorwurf – gar nicht verstehen, aber, selbst wenn wir eine Zahl von rund 14 Millionen wieder erreicht haben, die wir auch 1933 hatten, kann man die Juden von 1933, und zwar die Substanz, mit der heutigen überhaupt nicht vergleichen. Das ist nur zahlenmäßig vergleichbar. Wir haben durch den Holocaust einen ganz wesentlichen Teil unserer jüdischen Substanz, und zwar das osteuropäische Judentum, verloren.

Das weiß jeder bewußte Jude, und deshalb bleibt es dabei, daß das subjektive Geschehen in jedem einzelnen von uns, ob man das nun mag oder nicht – und das gilt auch von jüdischer Seite – so stark und so übermächtig ist, daß wir eigentlich subjektiv gesehen wahrscheinlich noch bei dieser Identität bleiben. Selbst wenn wir uns bewußt sind, daß das Judentum auch ganz andere Möglichkeiten, wie Religion, wie Kultur, wie Tradition, wie kulturelle Leistungen etc. hat, bleibt die Schoa ein ganz wesentlicher Gesichtspunkt unseres eigenen Erlebens.

Wolffsohn

Zwei Dinge, erstens: Ich will zunächst wirklich nicht „das Christentum“ reinwaschen, Herr Kollege Haverkamp. Die Diaspora als Strafe Gottes ist eine Erfindung, wenn Sie so wollen, der (jüdischen) Propheten, der Propheten des Alten Testaments. Dann hat natürlich das Christentum in polemischer Überziehung dies als die letztlich ewige Strafe dargestellt und deswegen auch die enormen Probleme mit der Errichtung des jüdischen Staates Israel gehabt.

Zweitens, zum Inhaltlichen: Herr Knopp, sie haben mich richtig und falsch zitiert. Der Gegensatz zwischen Herrn Breitbart und mir ist geringer als Sie und wahrscheinlich ein Teil des Publikums vermuten. Die Fixierung an der Leidensgeschichte ist ja nun wahrhaftig nichts Neues in der jüdischen Geschichte. Jüdische Geschichte ist die Addition des Erinnerens an das Leiden. Das klassische Beispiel, das jeder halbwegs informierte Jude gibt, ist das Pesach-Fest, bei dem man an das Leid und den Auszug der Kinder Israels aus Ägypten erinnert. Jüdische Geschichte ist erstens wirklich eine Abfolge des Leidens und zweitens Erinnern an das Leid. Daß die jeweilige Generation an das Leid erinnert, das ihr am nächsten ist, unabhängig von der Dimension, ist selbstverständlich.

Das Neue und das Problematische für jüdisches Überleben – nicht, weil ich so gerne die Finger in die jüdischen Wunden lege – besteht nun nicht darin, daß wir (selbstverständlich) des Holocausts gedenken, gedenken werden und auch gedenken müssen, sondern daß wir, Herr Breitbart, – und da kommen wir genau zu dem Problem jeder religiösen Gemeinschaft heute – mit der Religion, um das mal ganz umgangssprachlich zu formulieren, leider keinen Hund mehr hinter dem Ofen vorlocken können. Die jüdischen Synagogen – ich sage das bewußt „doppelt“, denn eine nichtjüdische Synagoge gibt es nicht – sind genauso leer wie die Kirchen am Sonntag. Wir haben das Problem der Säkularisierung, das heißt: Die Religion als Stifter jüdischer Identität scheidet in einer zunehmend säkularisierten Gesellschaft – und das ist unsere in Westeuropa, in Deutschland, übrigens in Israel auch – aus.

Zweiter Punkt – und auch das ist etwas Neues: Wir haben ein reduziertes historisch-jüdisches Wissen. Und das schafft Probleme, mit denen Herr Breitbart und Herr Bubis sehr viel mehr zu kämpfen haben, weil sie verdienstvollerweise das organisierte Judentum – trotz meiner Kritik, die sie ja kennen, und aus der wir kein Geheimnis machen müssen – vertreten. Sie haben das schwierigere Los, weil Sie die Gemeindegarbeit gestalten müssen. In einer säkularisierten Gesellschaft ist für eine zunächst einmal religiös bestimmte Gemeinschaft kein Raum. Das ist das Problem Nummer eins.

Bleibt also – und meine Kritik richtet sich nicht darauf, daß wir uns des Holocausts erinnern – die Fixierung auf die Geschichte und das heißt auf die unmittelbar nächstliegende Geschichte. Dies ist eine große Gefahr, die wir überwinden müssen, indem wir jüdische Inhalte zunehmend als Identitätsstifter ausbauen. Das heißt aber freilich nicht, daß wir auf die Erinnerung an den Holocaust und die anderen Leiden verzichten sollen.

Knopp

Der Holocaust als Erinnerung stiftendes Element – eine Gefahr, Herr Bubis?

Bubis

Überhaupt keine, weil es diese Fixierung nicht gibt. Sicherlich spielt die Leidensgeschichte eine Rolle, weil im Judentum grundsätzlich das Leiden eine Rolle spielt.

Ich will Ihnen das an einem sehr einfachen Beispiel erläutern. Der Tag, an dem ich aus dem Konzentrationslager befreit wurde, ist für mich ein Gedenktag. Das war der Tag, an dem mir bewußt wurde, was ich verloren habe und wen ich verloren habe. Hier gibt es schon diese Fixierung auf das Leid. Ich kann mir kein anderes Volk der Erde vorstellen, das seit eintausendenneunhundertfünfundzwanzig Jahren bis auf den heutigen Tag einmal im Jahr – an dem Tag, an dem der zweite Tempel zerstört wurde – immer noch fastet. Da gibt es nichts Vergleichbares. Daß das ein Fastentag ist, lernt das Kind schon im Alter von sechs Jahren.

Mich hat ein getaufter Jude angesprochen: „Sagen Sie mal, Herr Bubis, muß es denn diese hundert von Holocaust-Museen in Amerika geben?“ In Amerika gibt es zwei, und ein drittes ist im Bau. Es gibt eines in Washington, eines in Los Angeles und ein drittes ist im Bau in New York. Mehr Holocaust-Museen gibt es nicht. Wenn man sich aber mit dem Durchschnittsbürger unterhält, spricht er von „hunderten von Holocaust-Museen“.

Nun kenne ich zufällig einige der Initiatoren des Washington-Museums. Diese haben mir gesagt: „Unsere Kinder kennen die Geschichte nicht mehr und unsere Enkelkinder werden die Geschichte nicht mehr glauben. Das, was in Europa, in Deutschland passiert ist – es ist ja nicht nur in Deutschland, es ist ja in Europa geschehen, weil es ja Helfershelfer in allen Ländern gegeben hat –, kann morgen in Amerika passieren, wenn wir unseren Kindern nicht sagen, was damals geschehen ist.“ Bei einer Umfrage hat sich herausgestellt, daß die Mehrheit der amerikanischen Jugend mit dem Begriff Holocaust nichts anfangen kann.

Ich bin öfter in Amerika, wobei New York nicht Amerika ist. In New York sind vielleicht die Verhältnisse noch ein bißchen anders, aber außerhalb New Yorks existiert eine ganz andere amerikanische Welt, wo das Interesse für Europa, für die europäische Geschichte, für Geschichte überhaupt bei den Amerikanern nicht gerade stark ausgeprägt ist. Deshalb wird es falsch verstanden, wenn sich Juden aus der Verantwortung gegenüber der Geschichte heraus verpflichtet fühlen, darüber zu sprechen, damit das Geschehene nicht in Vergessenheit gerät. Sie leben ja immerhin in der

Diaspora, wobei die Juden selbst Diaspora als Zerstreung gesehen haben, auch als Strafe Gottes, weil sie dem goldenen Kalb gefolgt sind, aus allen möglichen Gründen.

Ohne die Religion hätte Judentum 2000 Jahre nicht überleben können. Das Judentum geht einer sehr großen Gefahr entgegen. Dies ist das, was im Moment eine große Rolle spielt in Amerika, in Europa, einschließlich Israel: die Säkularisierung und das Reformjudentum. Hier gibt es einen großen Streit. Manche sagen: „Wir können die Juden nur noch durch Reformen an uns binden und sie in die Synagogen bringen, wobei sie übersehen, daß die Reformjuden überhaupt nur noch ganz selten in die Synagoge gehen, und wenn, dann ist das eine Angelegenheit von einer halben Stunde und dann ist man wieder zu Hause. Nur das traditionelle Judentum wird in der Lage sein, Judentum zu erhalten.“

Zwischendurch war der Zionismus etwas, was das Judentum zusammengehalten hat. Das hat heute auch nachgelassen, weil die Israelis selbst noch nicht in der Mehrheit, aber in großen Teilen anfangen, sich nicht als Volk, als Religion, sondern als Nation zu begreifen.

Ich habe das bei einer Tagung erlebt, als der Staatspräsident vor 350 Teilnehmern aus aller Welt von Kontinuität des Judentums sprach. Da hat sich ein Israeli gemeldet und gemeint: „Herr Staatspräsident, über welches Judentum sprechen Sie? Für mich ist Judentum „Null“. Ich fühle mich weder der Religion noch dem jüdischen Volk zugehörig. Ich bin ein Mitglied der israelischen Nation, ich bin Zionist, ich bin Israeli. Mit Judentum, mit Religion, habe ich überhaupt nichts am Hut.“

Diese Tendenzen sind sehr stark und das drückt sich auch darin aus, daß wir heute ungefähr zwei Millionen Juden weniger haben als vor 10 Jahren. Daran sind nach meiner Meinung die Reformen schuld, weil man von dem Traditionellen, dem was Judentum bedeutet hat, abgeht.

Ich muß aber noch – was ich für ganz wichtig halte – Ihnen, Herr Prof. Wolffsohn, widersprechen. Die Mehrheit in Deutschland sieht in einem Juden einen Fremden. Das hat mit Antisemitismus überhaupt nichts zu tun. In Deutschland ist die Zahl derer, die von jüdischen und nicht-jüdischen Deutschen spricht sehr gering. Die Mehrheit spricht vom Deutschen und Juden.

Jemand, mit dem ich zwanzig Jahre befreundet bin in der Partei, hat mir während des Golfkrieges einen lieben Brief geschrieben, wie sehr ihn die Vorgänge dort belasten, wobei er hinzufügt: „Eine Kopie dieses Schreibens habe ich Deinem Botschafter geschickt.“ Der Betreffende hat mit Antisemitismus überhaupt nichts zu tun. Ich habe ihm dann zurückgeschrieben, daß ich einhundertachtundsechzig deutsche Botschafter in aller Welt habe, wür-

de es mich interessieren, welchem Botschafter er diesen Brief geschrieben hat. Natürlich wußte ich: Er hat an den israelischen Botschafter nach Bonn geschrieben.

Ich will Ihnen ein zweites Beispiel geben. Wirklich Gutmeinende – die merken es nicht einmal – sagen mir: „Wissen Sie, Herr Bubis, mit den Juden ist es ja ganz anders. Die Türken, die haben eine andere Kultur, eine andere Sprache. Aber mit den Juden verbindet uns die Sprache, verbindet uns die Kultur.“ Mit anderen Worten: Ihr seid auch Fremde, aber mit Euch haben wir noch eine Verbindung. Das sind alles keine Antisemiten. Es sitzt aber so tief.

Als ich zum ersten Mal – das war in der Paulskirche vor etwa zwölfhundert Leuten – über die Begriffe „Deutscher“ und „Jude“ sprach, und die Geschichte von meinem Freund erzählte, habe ich in den Saal vielen meiner Bekannten in die Gesichter geschaut und habe deren eigene Betroffenheit bemerkt.

Ich hoffe, ich beleidige hier keinen, wenn ich auf einen CDU-Abgeordneten, den Herrn F. verweise, der, als ich einmal von Rußland-Deutschen als „Deutschstämmigen“ gesprochen habe, gesagt hat: „Bubis hat das deutsche Volk beleidigt; denn, es handelt sich dabei um Rußland-Deutsche.“ Ich weiß nicht, ob er sich so sicher ist, daß die nie zwischendurch mal Ukrainer oder Kirgisen geheiratet haben. Warum er sich so sicher ist, daß sie immer sozusagen „rasserein“ geblieben sind, weiß ich nicht.

In den sowjetischen Pässen wurde als Bekenntnis „Jude“ vermerkt, und das wurde als Volks- bzw. Nationszugehörigkeit angesehen. Eine jüdische Familie hatte beantragt, nach dem Übersiedlungsgesetz als „Rußland-Deutsche“ behandelt zu werden. Ein Beamter des Auswärtigen Amtes sagte daraufhin: „Ein Jude kann kein Deutscher sein.“ Diesen Beamten gibt es noch und er schreibt fleißig an alle Flüchtlingsämter: „Wenn ihr Material braucht, stelle ich es Euch zur Verfügung, daß ein Jude kein Deutscher sein kann.“

Leo Baeck hatte leider recht, auch wenn wir es heute immer noch nicht wahrhaben wollen: Das deutsche Judentum, das es bis in die 20er Jahre dieses Jahrhunderts gegeben hat, gibt es nicht mehr. Es hat es noch nach 1945 bei den Juden in Amerika und Palästina, später in Israel, gegeben. Deren Kinder und mehr noch deren Enkelkinder sind es nicht mehr. Und insofern hat Leo Baeck, zumindest aus meiner Sicht, für die nächsten hundert Jahre recht.

Knopp

Vielleicht liegt die Betonung auf „dieses“ deutsche Judentum. Ein anderes deutsches Judentum wird es doch wohl geben können?

Bubis

Ja, möglicherweise. Wir haben ja mittlerweile zwei Generationen hier Geborene.

Wolffsohn

Das wird genauso wachsen und sich verändern. Jüdische Gemeinschaften haben sich in der gesamten jüdischen Geschichte immer verwandelt. Genau das gleiche gilt für das amerikanische Judentum.

Das macht das Geschehen in keiner Weise ungeschehen, aber es wird da, wo es Juden gibt – das ist in Deutschland eine steigende Zahl – natürlich eine, wie auch immer definierte, jüdische Gemeinschaft geben.

Knopp

Herr Haverkamp, die Frage nach der Identität und die Frage nach dem Holocaust als Element von Identität – unser Ausgangspunkt – ist ja nicht nur eine Frage, die sich an jüdische Deutsche richtet, sondern auch an nicht-jüdische Deutsche in Deutschland. Je mehr Zeit vergeht, desto mehr erscheint der Zweite Weltkrieg, der für die Generation meiner Eltern beispielsweise noch eine schreckliche Erfahrung war, fast wie ein „Mantel“: der Weltkrieg als „Mantel“ und der Holocaust als das eigentliche historische Phänomen nicht nur des Krieges, sondern sogar des 20. Jahrhunderts. Dies ist doch auch etwas, mit dem die Frage nach der Identität der Deutschen umgehen müsste, von der sie abhängt.

„Patriotismus nach Auschwitz“, um ein Wort von Wolffsohn aufzugreifen, wie ist das möglich? Nicht nur im Verhältnis mit den Juden in Deutschland – auch ganz generell.

Haverkamp

Zunächst möchte ich an das anknüpfen, was Herr Bubis ausgeführt hat. Es liegt wirklich eine gewisse Gefahr in unserem Ausschnitts-Journalismus, der immer nur bestimmte Aspekte in den Vordergrund stellt. Die Holocaustfixierung hat in der Öffentlichkeit eine keineswegs notwendigerweise für die Juden günstige Wirkung.

Ich darf das etwas akzentuiert formulieren: Die Antisemiten freuen sich über eine solche öffentliche Wirkung, denn sie sehen sich darin selbst bestätigt. Ich habe das in vielen öffentlichen Veranstaltungen erlebt. Ich kenne den Typ des Fragestellers ziemlich genau, der am Schluß fragt: „Erklären

Sie mir doch 'mal: Warum haben die Juden in der ganzen Weltgeschichte immer nur in Konflikten gelebt?“ Ich will das nicht in jedem Falle sagen, aber die Nähe zum alten SS-Mann verrät sich in solchen Fragen.

Das ist eine Gefahr, der wir entgegenwirken müssen, um nicht den Juden als Fremden, als den grundsätzlichen Gegner erscheinen zu lassen, was ja eine Geschichtsfälschung ist. Diese Öffentlichkeitswirkung kann entstehen und dagegen haben wir vieles zu tun.

Aber entscheidend ist in der Tat – und die Diskussion lief in Richtung auf jüdische Selbstbespiegelung, als ob an der Frage „Heimat oder Diaspora?“ die Juden hauptsächlich beteiligt sind, was ja nicht der Fall ist –, daß wir – und das wäre eben die Pflicht der Deutschen nach dem Holocaust – zunächst einmal die Voraussetzungen dafür zu schaffen haben, daß wir Juden als Mitbürger, als Teil unserer eigenen Geschichte akzeptieren und dafür sorgen, daß sie sich hier heimisch fühlen können.

Wir können den Juden die Entscheidung nicht abnehmen. Wir können nicht sagen: „Sei ein Patriot!“ Das ist eine sehr subjektive Entscheidung der Juden. Aber die Voraussetzungen dafür müssen stimmen.

Knopp

Sind die Voraussetzungen geschaffen, a) formal und b) innerlich?

Wolffsohn

Eine formale und entscheidende Voraussetzung ist die Gewährung einer gemeinsamen Staatsbürgerschaft. Denn ohne diese Staatsbürgerschaft kann sich auch keine inhaltliche Gemeinsamkeit entwickeln. Das ist der entscheidende erste Punkt.

Aber ich meine auch gar nicht, daß wir ein einheitliches Deutschtum, ebensowenig wie ein einheitliches Judentum, als Zielgröße haben müssen. Die Beispiele, die Herr Bubis genannt hat, kenne ich auch. Und selbst Frau Süßmuth, die sich ja nun für die Personifizierung der aufgeklärten Deutschen hält, hat einmal zu mir gesagt: „Herr Wolffsohn, Sie meinen es ja so gut mit uns Deutschen.“ Da habe ich ihr geantwortet: „Frau Süßmuth, ich bin Deutscher.“ Frau Süßmuth wird man ja wohl nicht Antisemitismus unterstellen können.

Es existiert eine elementare Unsicherheit auf der nichtjüdischen Seite. Diese Unsicherheit ist erstens historisch verständlich. Ich muß ehrlich sagen, daß ich darin – nur fünfzig Jahre nach diesem Urverbrechen des millionenfachen Judenmordes – nicht einmal etwas Unerfreuliches sehen kann, daß ein verantwortungsvoller Nichtjude heute diese terminologischen, diese seelischen Unsicherheiten hat.

Daß selbst versierte Politiker wie Frau Süßmuth und Herr Kohl diese Unsicherheiten haben, zeigt das doch. Ich könnte natürlich boshaft sagen, daß es hier eine antisemitische Verwurzelung gibt, doch das tun weder Herr Bubis noch ich. Aber dies ist doch das Problem.

Solange die Christen das Christentum ernstgenommen haben, war das Christentum eine militant antijüdische Religion. Wir können uns darüber streiten, wann das Christentum seine antijüdische Militanz abgelegt hat, aber solange die Christen Christen waren und nicht zuletzt das Wort vom „Christusmörder“ im Johannesevangelium ernstgenommen haben, mußten sie im Juden einen Feind sehen und selbst nach dem Zweiten Vatikanum ist die Missionierung noch nicht aufgegeben. Solange die Christen überzeugte Christen waren, hat das Christentum Juden und Christen voneinander getrennt.

Dann hatten wir die 150-jährige Illusion – grob gerechnet vom 1800 bis zu den Nationalsozialisten –, das Fremdsein zwischen Juden und Christen überwinden zu können. Dann kam der furchtbare Holocaust, der – wie Sie völlig zu Recht sagen, Herr Bubis – eben nicht „nur“ ein deutsches Ereignis war. Der Tod war ein Meister aus Deutschland, aber er hatte sehr viele europäische Gesellen. Begin, der nicht gerne in Deutschland zitiert wird und auch nicht mein politisches Idol ist, hat gesagt: „Der Boden Europas ist mit jüdischem Blut getränkt.“ Und er meinte das vor allem für die Zeit 1939/41 bis 1945. Und er hatte recht.

Wie können wir denn organisch, ich meine im seelisch-organischen Sinne, diese jahrhundertelange Fremdheit überwinden, ihr Nichtjuden – und das sage ich ganz bewußt einmal trotz des deutsch-jüdischen Patriotismus – und wir Juden? Wie können auch wir Juden unverkrampft zunächst unser Verhältnis zur nichtjüdischen Umwelt bestimmen? Wie können das die Nichtjuden zu uns? Das kann doch nur nach Generationen kommen. Daraus erklären sich diese Unsicherheiten die Additionen von geschichtlichen Empfindungen und Empfindsamkeiten.

Ein weiteres: Auch Juden können durchaus verschieden sein: Bubis, Breitbart, Wolffsohn, wer auch immer. Wir werden unser Judentum ernstnehmen und wir erlauben uns, untereinander nicht nur unterschiedliche Meinungen zu haben, sondern diese auch kontrovers auszufechten. Das hindert uns aber nicht, erstens loyale Staatsbürger zu sein, und zweitens uns auch zu engagieren, um dieses demokratische Gemeinwesen in seiner demokratischen Struktur aufrecht zu erhalten: Bubis in der FDP – das hat damit nichts zu tun, daß er Vorsitzender des Zentralrates sein kann – Friedmann

bei der CDU, dann gibt es ein paar bei den Grünen und bei der SPD. Das ist genau jene Vielfalt, die wir in der Demokratie brauchen.

Knopp

Herr Breitbart, in Bezug auf die Überwindung der Fremdheit, von der Wolffsohn gesprochen hat: Was macht denen, denen die Überwindung der Fremdheit in ihren Gemeinden besonders schwerfällt, mehr zu schaffen? Ist es dieses schlechte Gewissen, von dem Wolffsohn gesprochen hat, dieses Fremdheitsgefühl, die Unsicherheit, die oft unbeholfen überwunden wird, oder ein nicht offen gezeigter, aber latenter Antisemitismus?

Breitbart

Ich glaube, man muß das von beiden Seiten sehen. Man muß das einmal von der jüdischen Seite sehen: Bewußt haben viele jüdische Familien, die den Holocaust überlebt hatten, nach 1945 isoliert gelebt. Sie haben bewußt in einer rein jüdischen Welt gelebt, haben sich abgekapselt und dieses Gefühl, in einer relativen Fremdheit zu leben, auch ihren Kindern und Enkelkindern mitgegeben. Dieses Gefühl verliert sich langsam.

Das heißt also: Wenn wir uns unsere Jugend jetzt ansehen – und das müssen wir als Funktionäre der Gemeinden tun –, dann sind das heute Jugendliche, die sich in Deutschland wohl fühlen, die in Deutschland gerne leben, die in Deutschland studieren, die in Deutschland ihre Existenz aufbauen und die, wie man so schön sagt, „deutsch-akkulturiert“ sind. Sie sind dann das, was Herr Wolffsohn als „jüdische Patrioten“ bezeichnet – ob man nun das Wort „Patriot“ verwenden will oder nicht, ist an sich unwichtig.

Das ist die eine Seite. Auf der anderen Seite ist es schon so, wie Herr Bubis sagt, daß natürlich sehr sorgfältig von den Gemeinden die Umwelt registriert wird. Da sind teilweise Rückschläge in der Öffentlichkeit zu beobachten. Es hängt natürlich auch immer von der persönlichen Erlebniswelt jedes einzelnen ab, wie und in welcher Sozialisation sowie in welcher Umgebung er lebt.

Viele der Juden, die nach 1945 mit mir groß geworden sind, haben normale Schulen besucht, haben sehr großen Antisemitismus erlebt nach 1945. Ich selbst habe ein traditionsreiches Gymnasium in Berlin besucht, da gab es überhaupt keinen Antisemitismus. Die Schule wurde 1933 geschlossen und 1945 wieder aufgemacht, hier war das Wort 'Antisemitismus' eine völlige Unmöglichkeit. Das heißt, es hängt wahrscheinlich auch etwas mit dem persönlichen Erleben jedes Menschen zusammen.

Ich möchte an etwas anderes anknüpfen, was, wie ich glaube, auch für die Zuhörerinnen und Zuhörer dieser Podiumsdiskussion wichtig ist: Das ist

das, was vielleicht bei Herrn Bubis etwas untergegangen ist, daß wir Juden in der Welt, egal ob wir jetzt in Deutschland oder in Amerika – lassen wir einmal die besondere Situation Israels weg –, aber auch in Frankreich, in Südamerika oder in England – für England trifft das in ganz besonderer Weise zu – leben, einen Überlebenskampf als Juden führen. Wir haben das große Problem, daß unsere Gemeinschaft, obwohl sie noch zahlenmäßig mit rund 12 bis 14 Millionen Mitgliedern – man schätzt das immer so ungefähr – existiert, abnimmt.

Wir als jüdische Funktionäre führen den Kampf an der Basis in der Überlegung: Wie können wir unsere Mitglieder an unsere Gemeinden binden, welches Konzept, welches religiöse Konzept brauchen wir? Herr Bubis hat gegen das Reformjudentum argumentiert. Da ist mit Sicherheit etwas dran, obwohl man natürlich erkennen muß, daß in Amerika allein 80% der Juden sich zu einem wie auch immer gearteten Reformjudentum bekennen.

Die Frage wird sein, wie sich das weiterentwickelt. Es gibt Schätzungen jüdischer Soziologen in Amerika, die sagen: Sicher vertreten wird das Judentum nur durch ein traditionelles Judentum. Aber wenn wir so weiterzählen, haben wir im Jahre 2020 oder 2030 nur noch 600.000 traditionelle Juden. Sind die überhaupt in der Lage, das Judentum in der Welt als eine besondere Gemeinschaft zu vertreten? Das ist eine große Schwierigkeit und unser zentrales Problem.

Da sind wir als jüdische Funktionäre gefragt: Wie können wir das Problem hier in Deutschland lösen, wie machen wir das mit der Jugend, welche Konzepte bieten wir an in dieser Welt, wo alles erbarmungslos säkularisiert wird und auch unsere Jugend säkularisiert ist und sich auch so fühlt. Wie halten wir eigentlich unsere jungen Menschen in unseren Gemeinden, binden sie an unser Judentum, an unsere Tradition?

Da gibt es natürlich viele Konzepte, aber die Frage ist: Welche greifen? Es gibt religiöse Konzepte, es gibt politische Konzepte, es gibt den Versuch, auch die Tradition des Judentums, zu der auch die Schoa gehört, mit heranzuziehen.

Das sind die Fragen, die uns in den nächsten zwanzig, dreißig Jahren bewegen werden. Die Weichen werden jetzt gestellt, in der ganzen Welt. In England nimmt das Judentum erheblich ab. Wir hatten einmal 500.000 Juden, jetzt bekennen sich nur noch 350.000 zum Judentum, mit abnehmender Tendenz.

Knopp

Das sind schwierige Probleme für die innere Befindlichkeit. Ich komme noch einmal, Herr Bubis, auf das Verhältnis zwischen nichtjüdischen und

jüdischen Deutschen zurück. Sie haben immer gefordert: Was wir künftig brauchen, ist – dies ist fast ein Traum, eine Hoffnung – Normalität. Es ist doch noch ein weiter Weg zur Normalität, wenn – ein kleines Beispiel – der Vorsitzende des Zentralrates der Juden nur mit zwei Bodyguards durch die deutschen Lande reisen kann.

Bubis

Das nehme ich weniger ernst. Hier gibt es die Angst des Staates: Was würde das Ausland sagen, wenn dem Bubis etwas passiert? Da geht es nicht um Bubis, sondern da geht es darum – das haben wir bei vielen Übergriffen, ob das Solingen oder Mölln war erlebt –, was das Ausland sagen wird. Bei Bubis würden sie vielleicht tatsächlich schreien, und das will man vermeiden. Wenn wir an die Attentate auf Schäuble und Lafontaine denken, dann gibt es nicht das Problem „Bubis“, sondern es geht um Menschen, die heute in der Öffentlichkeit stehen und nie vor irgendwelchen Verrückten sicher sein können.

Ich nehme ein anderes Thema viel ernster. Ein Beispiel: Wenn ich mich mit einem Nichtjuden unterhalte, und er sagt als erstes zu mir: „Mein Großvater hatte schon sehr viele jüdische Freunde.“ Dann mag das zutreffen; nur, warum erzählt er mir das? Das ist für mich das Zeichen der Nichtnormalität.

Ich erzähle ein zweites Beispiel: Ich habe von dem Vorsitzenden des Mieterbundes aus München einen Brief bekommen. Dieser schrieb mir: „Sehr geehrter Herr Bubis, in München gibt es einen Mann namens Sowieso.“ Im zweiten Halbsatz schrieb er weiter: „Die Adresse ist Ihnen sicherlich bekannt.“ Ich weiß nicht, wieso er meint, daß ich als Vorsitzender des Zentralrates jeden Münchner Juden kennen muß. „Dieser Mann,“ so schrieb der Münchner weiter, „läßt Häuser, Wohnungen gegen das Gesetz leerstehen, vermietet sie nur an Ausländer zu Wuchermieten. Ich möchte damit nicht in die Öffentlichkeit gehen, weil das den Antisemitismus fördern würde. Ich schreibe Ihnen diesen Brief, um zu verhindern, daß die Banken diesen Mann finanzieren. Da die Banken aber in jüdischer Hand sind, wäre es doch gut, wenn Sie den Banken mitteilen würden, daß sie diesen Mann nicht finanzieren sollten.“ Ich habe einen kurzen Brief zurückgeschrieben, daß er mir die Banken, die den Mann finanzieren, mitteilen möge; ich würde sofort alle Banken anweisen, diesem Mann keine Kredite zu geben.

Nachdem ich dies in einer öffentlichen Veranstaltung erzählt hatte, sprach mich anschließend ein älterer Herr an: „Herr Bubis, ich wollte vorhin nicht öffentlich fragen. Aber wie kommt es, daß alle Juden im Bankwesen tätig sind?“ Wenn er meint, daß dem so ist, warum hat er nicht gefragt? Das

heißt, wir leben irgendwie auch bei Gutmeinenden unter einer Glocke, unter einer Glasglocke. Wenn man einem Juden eine Frage stellen will, überlegt man: Kann ich ihm diese Frage stellen. Einen jüdischen „Armleuchter“ – die gibt es en masse – öffentlich als „Armleuchter“ zu bezeichnen, ist – von Antisemiten abgesehen – ein ganz besonderes Tabu.

Hier spielen zwei Dinge eine Rolle: Solange Juden und Nichtjuden nicht unbefangen miteinander umgehen werden, und sich nicht sagt, was man für die Wahrheit hält, wird es ganz schwierig, weil man die Wahrheit zurückhält, und glaubt, sie nicht sagen zu können.

Gleichzeitig denken diese Leute in Kategorien wie „die Juden“. Sie sind aber alle sofort bereit, auf die Palme zu gehen, wenn man von „den Deutschen“ spricht. „Den Deutschen“ gibt es zu Recht nicht. Die gleichen Leute aber, die davon ausgehen, daß es „die Deutschen“ nicht gibt, sind schnell dabei, über „die Juden“ – das betrifft nicht nur „die Juden“, das gleiche gilt für „die Türken“ oder „die Zigeuner“ – zu sprechen. Sobald es um einen Fremden geht, um einen, der ein bißchen anders ist, gibt es diese Verallgemeinerungen.

Die Frankfurter Rundschau hat kürzlich mit mir ein Interview gemacht, das folgendermaßen eingeleitet wurde: „Herr Bubis, wer wird deutscher Fußballmeister?“ Da habe ich gesagt: „Borussia Dortmund.“ „Wer wird absteigen?“ Da habe ich ihm Mannschaften genannt. Dann fragte der Reporter: „Herr Bubis, hat schon ‘mal ein Journalist oder ein anderer ein Gespräch mit Ihnen so angefangen?“ Da habe ich geantwortet: „Leider nein.“

Knopp

Die Glasglocke, die Unbefangenheit, von der Bubis gesprochen hat, Herr Wolffsohn, Herr Breitbart, ist sie erst dann wegzuziehen, wenn die Deutschen selbst ein entspanntes, ein unbefangenes Verhältnis zu dem, was geschehen ist, gefunden haben, und ist das überhaupt möglich?

Man kann wohl kein unbefangenes Verhältnis zu dem, was geschehen ist, finden, aber man muß natürlich Auschwitz in die Identität mit einbeziehen. „Demokratischer Patriotismus“, von dem Wolffsohn spricht, ist ja heute ohne Auschwitz verlogen. Das ist schwierig, das überfordert viele. Aber ist das die Voraussetzung, Herr Breitbart, Herr Wolffsohn?

Breitbart

Ich glaube schon, daß sich in ein bis zwei Generationen die Situation in Bezug auf die Befangenheit entschärfen wird. Wir müssen ja bei allen Problemen, die auch Herr Bubis geschildert hat, sehen, daß viele hier in Deutschland bemüht sind, die Vergangenheit aufzuarbeiten. Das geschieht

in den Medien, das geschieht überall. Es ist ja nicht so, daß wir in einer Welt verkappter Antisemiten leben. Wir leben in einer Welt von Menschen, die nicht wissen, wie sie mit Juden umgehen sollen oder umgehen können, das hat Herr Bubis ja sehr farbig geschildert. Diese tapen immer von einem Fettnäpfchen in das andere.

Ich meine schon, daß mit weiteren Generationen und mit einer weiteren offenen Aufarbeitung auch der Vergangenheit zwischen jüdischen Deutschen und nichtjüdischen Deutschen ein positives Verhältnis eintreten wird. Ich glaube auch, daß die neuen Strukturen der jüdischen Gemeinden, die ja letztlich jene sein werden, mit denen die anderen zu sprechen haben, in der Bundesrepublik Deutschland mit Sicherheit dafür sorgen werden.

Wir sind augenblicklich in einem völligen Umstrukturierungsprozeß, was unsere Gemeinden angeht. Ich sagte es ja schon im Zusammenhang mit der Zuwanderung, Herr Bubis hat es auch erwähnt: Diese Menschen haben eine ganz andere Beziehung zur Vergangenheit, eine ganz andere Beziehung zum Leben hier in Deutschland. Sie gehen auch ganz anders an die Probleme heran, sie haben ganz andere Sorgen. Sie sehen auch die Gemeinden in einem ganz anderen Gesamtzusammenhang. Und ich glaube schon – wir werden es nicht mehr erleben –, daß in hundert Jahren, falls die positive Entwicklung in Europa und Deutschland so bleibt, mit Sicherheit ein entspanntes Verhältnis eintreten wird. Das glaube ich ganz sicher, wenn es dann noch Juden in Deutschland gibt, und davon gehe ich einmal aus. Die Gemeinden sind ja zahlenmäßig im Ansteigen, nicht im Absinken begriffen.

Knopp

Was sagen Sie den jungen Leute, für die Israel eine Versuchung ist, dorthin auszuwandern, ihren jungen Leuten in der Gemeinde? Ist Israel nach wie vor eine Versuchung, oder nicht mehr?

Breitbart

Wir haben in Deutschland eine Organisation, eine zionistische Organisation, die sich seit Jahrzehnten bemüht – nicht nur in Deutschland, aber auch natürlich in Deutschland –, Menschen zu bewegen, nach Israel auszuwandern. Ich will es einmal vorsichtig formulieren: Die Organisation hat eigentlich nur noch marginale Bedeutung. Das heißt also, die Zahl der jungen Menschen – nur junge Menschen sind es, die zunächst einmal für Israel interessant sind –, die nach Israel auswandern wollen, wird immer kleiner.

Knopp

Herr Wolffsohn, können Sie sich vorstellen, daß eines Tages junge Deutsche jüdischen Glaubens in der Bundeswehr Dienst tun?

Wolffsohn

Das ist keine Frage der Vorstellung, sondern eine Frage des Gesetzes und das ist einwandfrei geregelt. Dies wird sehr bald geschehen, denn die dritte Generation wird sich wie jeder normale deutsche Staatsbürger für oder gegen den Wehrdienst entscheiden. Das ist also keine Frage meiner Meinung oder Vorstellung.

Knopp

Wie wird sie sich entscheiden?

Wolffsohn

Ein großer Teil der Juden wird, genauso wie viele nichtjüdische Deutsche, „Nein Danke“ zur Bundeswehr sagen. Ich kann nicht erkennen, daß die Liebe der nichtjüdischen Deutschen zur Bundeswehr – ob das gut ist oder nicht, ist ein anderes Thema – besonders heftig wäre. Ich kenne ja die Zahl der Zivildienstleistenden. Dies ist rechtsstaatlich geregelt und das heißt: Es besteht Rechtsgleichheit in den Pflichten und in den Rechten.

Es wird aber nicht diese Normalität geben, von der so mancher träumt. Es wird keine deutsche Identität geben ohne Auschwitz. Das heißt nicht, daß deutsche Identität nur von Auschwitz bestimmt würde, wie einige böse Leser meines FAZ-Artikels oder meines Buches „Ewige Schuld“ mir unterstellt haben. Deutsche Identität besteht durchaus auch aus positiven Elementen. Ohne Auschwitz keine deutsche Identität, ohne Auschwitz keine jüdische Identität. Aber ohne einen deutschen Rechts- und Sozialstaat keine gemeinsame Identität und – das sage ich an dieser Stelle bewußt – keine gemeinsame Identität von Juden und Deutschen in Deutschland.

Die Beispiele, die Herr Bubis erzählt hat, lassen sich auch anders interpretieren. Hier im Publikum habe ich das heute abend beobachtet: Als Herr Bubis seine Geschichten erzählt hat, haben alle gelacht. Das ist klar, erstens, weil er blendend erzählen kann, zweitens weil, wie in der Komödie, immer der andere gemeint ist. Bubis erzählt aus Sulzbach, aus Rostock usw., aber natürlich fühlt sich keiner, der hier im Saale sitzt, betroffen oder lacht, wenn überhaupt, dann nur über seinen Nebenmann oder seine Nebenfrau. Das ist das Geheimnis der Komödie. Insofern, Herr Bubis – das ist keine Kritik, sondern ein großes Kompliment – sind Sie ein toller Komödiant.

Zum Ernst der Sache: Wenn Sie sich einmal selbstkritisch fragen, haben Sie doch alle vergleichbare Probleme, vor allem die Befangenen und die Wohlmeinenden, diese heiklen Punkte auszusprechen. Jetzt wissen wir ja: „Juden in Banken“, das ist ein klassisches antisemitisches Klischee. Darf

ich das aussprechen oder darf ich das nicht? Das wird lange Zeit so bleiben, weil diese Stereotypen über Jahrhunderte sich erhalten haben.

Ich schreibe zur Zeit ein Buch über die Judenpolitik der DDR. Das sind nun wahrlich nicht Leute gewesen, die im Verdacht standen, Rechtsextremisten zu sein. In den Politbüroprotokollen und in Besprechungen der verschiedensten Partei- und Regierungsgremien erlebe ich aber die klassischen antisemitischen Muster: „Alle Juden sind reich.“ Am Anfang ist das ja ganz furchtbar: Den Monopolkapitalisten, denen werden wir doch keine Entschädigung zahlen, wir wollen ja die Monopolisten nicht entschädigen.

In den 80er Jahren, als die DDR aus dem finanziell „letzten Loch gepfiffen“ hat, erinnerte man sich der Juden, die ja bekanntlicherweise so reich sind. Plötzlich waren die reichen Juden hochwillkommen und konnten vielleicht die marode DDR retten.

Lange Rede, kurzer Sinn: Jahrhunderte können Sie nicht in Jahrzehnten oder gar in Jahren wegfegen.

Knopp

Herr Haverkamp, Herr Bubis – fünfzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Wie können wir diese Erinnerung, die wir brauchen, lebendig halten, ohne daß sie Ritual wird?

Haverkamp

Zunächst eine kurze Stellungnahme zu dem bisherigen Verlauf der Diskussion. Ich finde es sehr anständig, daß unsere jüdischen Diskutanten das Problem der Beseitigung von Vorurteilen relativ positiv und günstig eingeschätzt haben. Ich schätze es nicht so ein. Und ich glaube nicht, daß man einfach sagen kann: „Warten wir noch eine Generation, dann wird das vorbei sein.“ Die historische Erfahrung spricht dagegen, sie spricht vielmehr dafür, daß sich vieles wieder neu aufladen kann, von dem wir angenommen haben, daß es endgültig beseitigt wäre.

Wer hat den Holocaust voraussehen können? Darum meine ich, daß wir uns darüber mehr besinnen sollten, welche Strategien es denn ermöglichen, dieses Reservoir, von dem gesagt wurde, es sei tief im Christentum verankert – ich würde das auch so sagen, aber ich würde nicht meinen, daß es grundsätzlich nur diesen Antagonismus gegeben hat –, wie man die im Unterbewußtsein gesammelten Stereotypen aufdröseln kann.

Damit kommen wir auch zu der Frage, die Sie angesprochen haben: fünfzig Jahre danach. Wir müssen unser kollektives Gedächtnis in der Langzeitperspektive pflegen, in der dann auch der Holocaust fünfzig Jahre nach dem Krieg seinen festen Platz hat. Man darf sich aber nie darauf beschränken

und meinen, es gäbe nur diesen Zeitabschnitt. Dann kommen wir nämlich nicht zu den Wurzeln, die wirklich wirkten und erneut wirken können.

Bubis

Ich muß kurz noch einmal auf Herrn Wolffsohns Bemerkung zurückkommen: Das, was er als komödiantisch bezeichnet hat, trifft zu. Nur, ohne komödiantisch zu sein, wäre das nicht zu ertragen.

Wir haben einen Trend. Das, was vor zehn Jahren die Historikerdebatte war, spielt sich im Moment auf dem Gebiet „Fünfzig Jahre danach“ ab. Viele derjenigen, die die Vergangenheit ein bißchen abschwächen wollen, haben jetzt die Fronten gewechselt, nicht etwa generell gewechselt, sondern nur die Methodik. Sie sagen: „Wir wissen, daß alles, was passiert ist, schlimm war. Aber nun, fünfzig Jahre danach, ist es genug.“ Das ist die neue Art, Geschichte zu verändern oder zu verharmlosen. Davor habe ich ein bißchen Angst, daß man sozusagen das 50. Jahr abfeiert und im 51. Jahr sagt: „Jetzt haben wir die Stunde ‘Null’, jetzt fangen wir wieder bei ‘Eins’ an. Hier sehe ich nicht etwa die Gefahr, daß daraus etwas entstehen könnte, sondern durch Vergessen wird man leichtsinnig.

Wenn ich in einer Schule oder an der Universität spreche, berühre ich das Thema Vergangenheit nicht. Ich spreche über das Judentum in Deutschland heute. Dazu gehört, daß man sagt: „Soviel haben früher gelebt, viele sind ausgewandert. Viele wissen nicht, daß von den fast 600.000 Juden mehr als 400.000 noch rechtzeitig ausgewandert sind. Früher hat es ein Landjudentum gegeben, das es heute in Deutschland überhaupt nicht mehr gibt. Aber dann spreche ich über Judentum heute. In der Diskussion kommen dann die Fragen zu der Vergangenheit.

Am Ende der Diskussion heißt es dann: „Also mußte der doch wieder darüber reden.“ Ich werde zur Vergangenheit befragt und ich antworte. Einige sagen dann: „Wenn Bubis kommt, fängt der garantiert von der Vergangenheit an.“

Etwas anderes ist es mit dem Vergessen von Geschichte. Und da ich das immer ein bißchen komödiantisch mache, will ich das auch in diesem Zusammenhang tun. Es gab einmal ein Flugzeug, das im Ärmelkanal notgewässert ist. Es gab 36 Tote. Der Pilot hatte vergessen zu tanken. Dieser Pilot wurde bestraft und entlassen. Alfred Krupp hat ihn als Privatpilot engagiert. Auf die Frage der Leute: „Wie kannst Du diesen Mann als deinen Privatpiloten engagieren?“ hat er geantwortet: „Der vergißt nie wieder zu tanken.“ Sehen Sie, das ist Humor. Aber wenn er das Unglück vergißt, kann es ihm wieder passieren, daß er nicht tankt. In diesem Sinne will ich das verstanden wissen.

Wir beschäftigen uns ja alle mit Geschichte. Wozu beschäftigen wir uns mit Bismarck, wozu mit dem 30-jährigen Krieg? Doch aus dem Grund, um aus der Geschichte zu lernen. Viele sagen: „Deutsche Geschichte – 1000 Jahre minus 12, über die 12 reden wir nicht.“ Andere sagen: „Deutsche Geschichte – 12 Jahre.“ Deutsche Geschichte ist weder 1000 minus 12, noch nur 12. Aber man muß sie kennen. Viele sind ganz stolz und beschäftigen sich gerne mit Goethe, Lessing, Schiller und Beethoven, manche mit Bismarck und anderen, nur von Himmler möchten sie nichts wissen. Das geht nicht. Zu Deutschland hat Goethe und Himmler gehört – beide. Das heißt aber nicht, daß ich jeden Tag eine Schaufel Asche nehme und mir aufs Haupt streue. Aber wissen muß ich es, wenn ich die Gegenwart und die Zukunft anders gestalten möchte. Wenn man das so sieht, kann man auch unbefangener sein; denn was hat tatsächlich der heutige junge Mann mit damals zu tun? Es kommt gar nicht darauf an, ob sein Großvater schuldig oder unschuldig war.

Knopp

Meine Damen und Herren, „Juden in Deutschland. Heimat oder Diaspora?“, das war die Frage dieses Abends. Wir haben gehört, wie schwierig es für Juden im vereinten Deutschland sein kann, dieses Land als Heimat zu empfinden. Aber auch, welche Hoffnung es trotz allem gibt, daß sich dies ändert. Diese Hoffnung richtet sich vor allem an die nichtjüdischen Mitbürger in Deutschland. Und ich denke für uns alle, die das betrifft, gilt zunächst die Frage, wie wir mit unserer Erblast der Geschichte umgehen. Trauer, Scham, Erschrecken – fünfzig Jahre später sind sie wichtiger denn je. Aber Betroffenheit alleine reicht nicht. Wir, die wir nach dem Krieg geboren sind, sind für die Verbrechen der NS-Zeit nicht verantwortlich zu machen. Aber ich denke doch, wir sind verantwortlich für das Erinnern, verantwortlich gegen das Vergessen, gegen das Verdrängen, gegen das Leugnen. Das heißt: keine Kollektivschuld, aber Kollektivverantwortung. Das heißt auch, daß wir die Erinnerung an den Holocaust annehmen müssen. Wir müssen uns zu diesem Schmerz bekennen. Auschwitz ist ein unauslöschlicher Bestandteil unserer Geschichte. Wer das einsieht, ist ein Patriot und trägt damit dazu bei, daß aus dem Nebeneinander von jüdischen und nichtjüdischen Bürgern in Deutschland vielleicht doch einmal wieder ein Miteinander werden kann.

Autoren und Teilnehmer der Podiumsdiskussion

René Blättermann: Geboren 1951 in Berlin, Sohn christlich-jüdischer Eltern; aufgewachsen in Bad Kreuznach; Berufsausbildung als Dekorateur; seit 1992 selbständiger Künstler.

Prof. Dr. Gerrard Breitbart: Geboren 1937 in Amsterdam; Studium in Berlin und Hamburg; Hauptabteilungsleiter beim ZDF; Professor für Betriebswirtschaftslehre und Informatik; Mitglied des Direktoriums und des Verwaltungsrats des Zentralrats der Juden in Deutschland, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Mainz.

Ignatz Bubis: Geboren 1927 in Breslau; 1942-1945 Zwangsarbeitslager Deblin und Czestochowa; seit 1956 Unternehmer in Frankfurt; 1978-1981 und seit 1983 Vorstandsvorsitzender der Jüdischen Gemeinde Frankfurt; seit 1977 Mitglied und ab 1992 Vorsitzender des Direktoriums des Zentralrates der Juden in Deutschland.

Prof. Dr. Alfred Haverkamp: Geboren 1937 in Holdorf, Kreis Vechta (Oldenburg); Studium in Münster, Würzburg und München; seit 1970 Professor für mittelalterliche Geschichte an der Universität Trier; Vorsitzender der „Gesellschaft zur Erforschung der Geschichte der Juden e.V.“.

Prof. Dr. Hans-Walter Herrmann: Geboren 1930 in Dudweiler; Studium in Saarbrücken; von 1961-1995 Leiter des Landesarchivs Saarbrücken; seit 1983 Honorarprofessor an der Universität des Saarlandes.

Prof. Dr. Franz-Josef Heyen: Geboren 1928 in Blankenburg; Studium in Mainz; von 1971-1991 Leiter des Landeshauptarchivs in Koblenz; seit 1979 Honorarprofessor an der Universität Trier.

Prof. Dr. Guido Knopp: Geboren 1947 in Treysa; Geschichtsstudium in Würzburg, Professor der Journalistik; seit 1984 Leiter der Redaktion Zeitgeschichte beim ZDF; Moderator vieler Fernseh-Diskussionen und der ZDF-Reihe „damals“ sowie Autor zahlreicher Fernsehfilme.

Dr. Fritz Reuter: Geboren 1929 in Frankfurt/M; Studium in Mainz; seit 1964 Stadtarchivar in Worms, ab 1979 Archivdirektor; seit 1982 Leiter des Jüdischen Museums Raschi-Haus.

Friedrich Schütz: Geboren 1936 in Siegen-Niederschelden; Studium in Mainz; ab 1976 beim Stadtarchiv Mainz, seit 1993 Leiter des Archivs.

Prof. Dr. Michael Wolffsohn: Geboren 1947 in Tel Aviv, aufgewachsen in Berlin; Studium in Berlin, Tel Aviv und New York; Professor für Neuere Geschichte an der Universität der Bundeswehr in München.



Die LBS gibt Ihrer Zukunft ein Zuhause.

Die LBS ist die Bausparkasse der Rheinland-Pfälzer. Sie stellt breiten Bevölkerungskreisen günstige Finanzierungsmittel zur Verwirklichung des Traumes von den eigenen vier Wänden zur Verfügung. Ihre besonderen Stärken sind:

Kundennähe

- Dichtes eigenes Beratungsnetz mit 39 Bezirksdirektionen und 34 Bezirksdirektoren mit 220 Mitarbeitern
- Verbundpartner Sparkasse mit 1.370 Zweigstellen

Kompetenz

- Mitarbeiter mit umfangreichem Fachwissen und Erfahrung
- Kundenorientierte Beratung (auch mit PC-Programmen)
- Schnelle und zuverlässige Bearbeitung durch 320 Mitarbeiter in der Zentrale

Leistungsstärke

- Bedarfsgerechtes Bauspar-Angebot
- Umfassender Service
- Komplettes Angebot aller Finanzdienstleistungen durch die  Finanzgruppe
- Eigene Makler-Gesellschaft, die LBS Immobilien GmbH

Ergebnis

Auszahlung von ca. 15,5 Mrd. DM Bausparmittel zur Mitfinanzierung von ca. 75.000 Wohnungen in den über 21 Jahren seit Bestehen.



Franz Steiner Verlag Stuttgart